



Fachbereich WD 1

Geschichtspolitik in Polen, der Ukraine und in Russland seit 1991

Geschichtspolitik in Polen, der Ukraine und in Russland seit 1991

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 - 018/26
Abschluss der Arbeit: 21. August 2026 (zugleich letzter Zugriff auf Internetlinks)
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Politik und Kultur

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkungen	4
2.	Geschichtspolitik in Polen, der Ukraine und in Russland seit 1991	4
2.1.	Polen	4
2.1.1.	Innerpolnische geschichtspolitische Kontroversen	4
2.1.1.1.	Der Umgang mit dem kommunistischen Erbe	4
2.1.1.2.	Das Institut für Nationales Gedenken	9
2.1.1.3.	Geschichtsmuseen und Institute	11
2.1.2.	Außenpolitische geschichtspolitische Konfliktfelder	13
2.1.2.1.	Deutsch-polnische Kontroversen	13
2.1.2.2.	Polnisch-ukrainische Differenzen	17
2.1.2.3.	Katyń als umstrittenes polnisch-russisches Geschichtsthema	21
2.2.	Ukraine	23
2.2.1.	Wechselnde geschichtspolitische Akzentsetzungen der Präsidenten	23
2.2.2.	Die Dekommunisierungsgesetze von Präsident Petro Poroschenko	27
2.2.3.	Geschichtspolitik in der Amtszeit von Präsident Wolodymyr Selenskyj	30
2.2.4.	Geschichtspolitische Themen und Akteure	31
2.2.4.1.	Holodomor	31
2.2.4.2.	Umkämpfte Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg: Stepan Bandera, die Organisation Ukrainischer Nationalisten und die Ukrainische Aufstandsarmee	35
2.2.4.3.	Ukrainisches Institut für Nationales Gedenken	37
2.3.	Russland	39
2.3.1.	Geschichtspolitik in der Präsidentschaft von Boris Jelzin	39
2.3.2.	Geschichtspolitik in der Präsidentschaft Wladimir Putins	41
2.3.2.1.	Das Konzept der „Russischen Welt“ (Russkij Mir)	41
2.3.2.2.	Stiftungen und „Nichtregierungsorganisationen“ als Akteure staatlicher Geschichtspolitik	42
2.3.2.3.	Die „Patriotischen Programme zur Erziehung der Bürger“	45
2.3.2.4.	Geschichtspolitik in Schulbüchern und Unterricht	46
2.3.2.5.	Die geschichtspolitische Rolle und Bedeutung des „Sieges über den Faschismus“ im „Großen Vaterländischen Krieg“	49
2.3.2.6.	Geschichtskommissionen und Erinnerungsgesetze	51
2.3.2.7.	Putins historische Narrative zur Rechtfertigung des Krieges gegen die Ukraine	53
3.	Literaturverzeichnis	55

1. Vorbemerkungen

Diese Ausarbeitung gibt auftragsgemäß einen Überblick über die staatliche Geschichtspolitik in Polen, der Ukraine und in Russland seit 1991. Dabei werden geschichtspolitische Akteure und Institutionen ebenso beleuchtet wie der Umgang mit dem kommunistischen Erbe. Ein Schwerpunkt liegt zudem auf der Nutzung bzw. Instrumentalisierung staatlicher Geschichtsnarrative in aktuellen außenpolitischen Kontexten insbesondere zwischen den drei untersuchten Ländern.¹

Geschichtspolitik wird im Rahmen dieser Ausarbeitung in Anlehnung an den Historiker Stefan Troebst als Politikfeld verstanden, das gekennzeichnet ist durch den Umgang politischer Instanzen und Akteure mit primär nationalen Jahres- und Gedenktagen, historischen Orten und Persönlichkeiten, Höhen bzw. Tiefen der eigenen Nationalgeschichte, Geschichtsmuseen und -ausstellungen, Denkmälern und Gedenkstätten. Dabei lasse sich, so Troebst, ein „qualitativer Unterschied zwischen demokratisch verfassten Gesellschaften [...] und autoritär bis diktatorisch verfassten Gesellschaften“ ausmachen: In ersteren wirkten staatliche wie nichtstaatliche geschichtspolitische Akteure, in letzteren „[hat] der Staat das Monopol auf Geschichtspolitik inne“.²

2. Geschichtspolitik in Polen, der Ukraine und in Russland seit 1991

2.1. Polen

2.1.1. Innerpolnische geschichtspolitische Kontroversen

Geschichtspolitik ist seit den 2000er Jahren ein an Bedeutung gewinnendes Politikfeld in Polen, das aufgrund von Regierungswechseln mehrfache Wandlungen durchlaufen hat, innenpolitisch umstritten ist und zahlreiche geschichtspolitische Akteure und Institutionen aufweist.

2.1.1.1. Der Umgang mit dem kommunistischen Erbe

In der Zeit des Bestehens der Volksrepublik Polen bis 1989 hatten geschichtspolitische Narrative für die kommunistischen Machthaber eine wichtige Funktion, da sie der historischen Rechtfertigung der am Ende des Zweiten Weltkrieges errichteten sozialistischen Ordnung in Polen dienten. Dabei ging es der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) darum, das Bündnis mit der Sowjetunion als historisch einzig richtige Konsequenz aus den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte erscheinen zu lassen, während die historisch gewachsene Feindschaft zwischen Polen und Deutschland betont und mit dem Wesen des deutschen Imperialismus begründet wurde. Auch wenn die aggressive antideutsche Rhetorik nach dem Warschauer Vertrag von 1970 ein wenig abnahm, blieben diese geschichtspolitischen Konstanten für die politische Eliten der

1 Diese Ausarbeitung beruht auf der Auswertung vorhandener deutsch- und englischsprachiger Literatur.

2 Stefan Troebst: „Geschichtspolitik“. In: Dokupedia-Zeitgeschichte. Begriffe, Methoden und Debatten der zeithistorischen Forschung, 4.8.2014, abrufbar unter <https://docupedia.de/zg/Geschichtspolitik>

Volksrepublik bis 1989 maßgeblich.³ Mit der Bündnislegitimation einher ging auch die Betonung der historischen Verwurzelung Polens auf seinem Staatsgebiet nach 1945 und damit die Legitimation der Westverschiebung Polens nach dem Zweiten Weltkrieg.⁴

Die Abgrenzungsbestrebungen des kommunistischen Regimes richteten sich aber nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen den westlichen Kapitalismus sowie gegen die polnischen politischen Eliten aus der Zeit vor 1939/45, Mitglieder der polnischen Heimatarmee und Teilnehmer des Warschauer Aufstandes von 1944. Propagiert wurde stattdessen das Narrativ von der Befreiung Polens durch die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg.⁵

Das Jahr 1989 änderte die Voraussetzungen der kollektiven Erinnerung in Polen grundlegend. Durch die Demokratisierung des Landes brachen vorgegebene Deutungsmuster und Erinnerungsverbote auf, die unter dem Einfluss der Sowjetunion existiert hatten. Thematisiert wurden nun zuvor tabuisierte Themen der polnisch-sowjetischen Beziehungen, wie z.B. das Geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939, die sowjetische Rolle während des Warschauer Aufstands der Heimatarmee gegen die deutschen Besatzer 1944 sowie das durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD 1940 verübte Massaker in Katyń.⁶

Darüber hinaus wurden historische Themen, welche die Beziehungen Polens zum Westen und zu Deutschland in einem differenzierteren Bild darstellten, im Zuge der deutsch-polnischen Annäherungspolitik und der Orientierung Polens an der Europäischen Union in den 1990er Jahren von politischer Seite gefördert. Dazu gehörten die Geschichte der deutschen Minderheit in Polen, Phasen der deutsch-polnischen Solidarität in den Nationalbewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder auch die Hilfspakete, die in den 1980er Jahren von Westdeutschen nach Polen geschickt worden waren.⁷

Der Umgang mit der Geschichte und dem kommunistischen Erbe wurde seit Beginn der Transformation im Jahr 1989 kontrovers diskutiert. Der Systemwechsel vom Sozialismus zu einer parlamentarischen Demokratie war in Polen im Rahmen der Gespräche am „Runden Tisch“ zwischen Vertretern der Gewerkschaft Solidarność und anderen wichtigen Strömungen der politischen Opposition gemeinsam mit Repräsentanten der kommunistischen Staats- und Parteiführung unter der Moderation der katholischen Kirche ausgehandelt worden. Der Erfolg der Opposition bei den ersten halbfreien Parlamentswahlen im Juni 1989 führte zur Wahl des katholischen Publizisten

3 Angela Siebold: Zwischen Kommunismus, Pluralisierung und Populismus. Polen und seine Vergangenheit in der offiziellen Geschichtspolitik vom Kalten Krieg bis in die Gegenwart. In: Gedenktage im Schatten des Populismus, hrsg. von Bettina Degner und Malgorzata Swider, Heidelberg 2023, S. 91-114, hier: S. 94f.

4 Ebenda, S. 96.

5 Ebenda, S. 96.

6 Ebenda, S. 97f.

7 Ebenda, S. 98.

und Solidarność-Beraters Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten, dessen Koalitionskabinetts auch vier Minister der PZPR angehörten.⁸

In seiner Antrittsrede vor dem Sejm erklärte Mazowiecki im September 1989: „Unter die Vergangenheit ziehen wir einen dicken Strich. Wir werden uns nur für das verantworten, was wir tun, um Polen aus dem gegenwärtigen Zustand des Zusammenbruchs herauszuführen.“⁹ Was von Mazowiecki eigentlich als Beginn einer neuen politischen Ära und Abgrenzung zu den kommunistischen Vorgängerregierungen gedacht war, wurde jedoch für seine Kritiker in der Opposition „zu einem Sinnbild für die übermäßige Zurückhaltung bezüglich einer Abrechnung mit den kommunistischen Kräften“.¹⁰ Tatsächlich verzichtete die Regierung Mazowiecki auf eine umfassende „Dekommunisierung“ und Lustration, Parteimitglieder sollten – außer in den besonders herausgehobenen Positionen – im Amt bleiben können, und von einer umfassenden Enttarnung der Mitarbeiter der Staatssicherheit wurde abgesehen.¹¹ Allerdings machte der Sejm 1991 gesetzlich den Weg frei für die Verfolgung stalinistischer Verbrechen und die Einleitung von Strafverfahren gegen Mitarbeiter der staatlichen Sicherheitsdienste, die in den 1940er und 1950er Jahren für die Verfolgung, Misshandlung und Ermordung von vermeintlichen Systemgegnern verantwortlich gewesen waren.¹² Während der ersten zehn Jahre der „Dritten Republik“ kam es laut dem polnischen Historiker Antoni Dudek insgesamt zu nur elf Prozessen, in denen über Verbrechen mit politischem Hintergrund aus der Zeit der Volksrepublik geurteilt wurde. Nur in fünf Fällen kam es zu rechtskräftigen Urteilen, sechs weitere wurden in zweiter Instanz fortgesetzt.¹³

Während Teile der Transformationseliten sowohl aus den Reihen der ehemaligen Staatspartei PZPR als auch aus den Reihen der damaligen oppositionellen Verhandlungsdelegation den friedlichen und gewaltfreien Übergang als Akt nationaler Versöhnung, als Überwindung eines von außen übergestülpten Systems und als Wertefundament der Dritten Republik betrachteten, kritisierte ein großer Teil des antikommunistischen Lagers, das aus der Unabhängigen Gewerkschaft

-
- 8 Dieter Bingen: Drei Phasen des politischen Umbruchs in Polen. In: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Referate der Tagung des BStU und der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 26.-28.10.1998, hrsg. von Dagmar Unverhau, Münster 1999, S. 19-34.
- 9 Zitiert nach: Carola Lau: Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989. Institute für nationales Gedenken im östlichen Europa im Vergleich, Göttingen 2017, S. 145f.
- 10 Carola Lau, Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 146.
- 11 Claudia Kraft: *Pacto de silencio und gruba kreska*. Vom Umgang mit Vergangenheit in Transformationsprozessen. In: Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, hrsg. von Katrin Hammerstein, Ulrich Mählert, Julie Trappe, Edgar Wolfrum, Göttingen 2009, S. 97-107, hier: S. 103.
- 12 Sabine Grabowski: Mit den Mitteln des Rechtsstaats. Legislative Aspekte der Vergangenheitsbewältigung in Polen nach 1989, In: Welt-Trends: Zeitschrift für internationale Politik, Nr. 34 (2002), S. 114-126, hier: S. 118-121; Dieter Bingen: Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen. In: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Referate der Tagung des BStU und der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 26.-28.10.1998, hrsg. von Dagmar Unverhau, Münster 1999, S. 57-97, hier: S. 66-69.
- 13 Antoni Dudek: Die Auseinandersetzung über das Erbe des Kommunismus im heutigen Polen. In: Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 12 (2018/19), S. 11-30, hier: S. 13.

„Solidarität“ hervorgegangen ist, den ausgebliebenen Bruch mit dem alten Regime. In dieser Sichtweise waren die vorhandenen Probleme der Dritten Republik auf die mangelnde Aufarbeitung der Vergangenheit zurückzuführen, die einem fragwürdigen Versöhnungsbegriff geopfert worden sei.¹⁴

Je länger der Aushandlungsprozess des Jahres 1989 zurücklag, umso schärfer wurde diese Kritik an der mangelnden Zäsur. Während der ersten Regierungszeit der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ („Prawo i Sprawiedliwość“/PiS) in den Jahren 2005-2007 wurde das Narrativ des für einen demokratischen Neuanfang notwendigen Bruchs mit der Vergangenheit weiter verschärft. In einer programmatischen vergangenheitspolitischen Erklärung der Partei unter dem Titel „Erinnerung und Verantwortung“ wurde die mangelnde Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Repressionsapparat dafür verantwortlich gemacht, dass der Übergangszustand zwischen der Volksrepublik und der demokratischen Dritten Republik konserviert worden sei. An die Stelle des realen Kommunismus sei dessen hybride Fortsetzung – der Postkommunismus – getreten.¹⁵

Gegenstand kontroverser Debatten war insbesondere der Umgang mit den Akten der kommunistischen Geheimpolizei. Dabei standen die mangelnde Vollständigkeit der überlieferten Geheimdienstakten, der Zugang zu den Dokumenten und deren Aussagekraft im Fokus des öffentlichen und politischen Interesses, da bereits ab 1990 in der politischen Debatte die Frage nach einer umfassenderen Abrechnung mit der kommunistischen Vergangenheit und der kommunistischen Nomenklatur aufgeworfen wurde. Während die liberalen und laizistisch geprägten politischen Kräfte mit der Auflösung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) den Kampf mit dem Kommunismus als beendet betrachteten, sahen die tendenziell katholisch und konservativ eingestellten Kreise um Lech Wałęsa weiterhin in den „Postkommunisten“ ihre größten Widersacher und den Kampf mit der Nomenklatura als noch lange nicht abgeschlossen, was letztendlich zur Aufspaltung der Solidarność-Bewegung beitragen sollte.¹⁶

Eine immer wiederkehrende Thematik war zudem die Auseinandersetzung über die Frage einer Säuberung öffentlicher Posten von belasteten Personen (Lustration). Der Frage, ob und welche Anwärter auf bestimmte öffentliche Ämter auf eine offizielle und inoffizielle Mitarbeiterschaft in den kommunistischen Geheimdiensten überprüft und wie diese Überprüfung genau ausgestaltet werden sollte, wurde jahrelang kontrovers diskutiert. 1997 verabschiedete der Sejm das „Gesetz über die Offenlegung der Tätigkeit in den Sicherheitsorganen des Staates oder der inoffiziellen Zusammenarbeit mit ihnen in den Jahren 1944-1990 von Personen in öffentlichen Ämtern“. Es sah vor, dass unter anderem der polnische Präsident, Abgeordnete, Senatoren, der Chef des Zivildienstes, Generaldirektoren in Ministerien, zentralen Behörden oder Wojewodschaftsbehörden sowie Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte bei Kandidatur oder Amtsübernahme eine Erklärung abgeben mussten, ob, wann und in welcher Form sie mit dem polnischen Geheimdienst in den Jahren 1944 bis 1990 kooperiert haben. In den ersten Jahren nach Erlass des Lustrationsgesetzes überprüfte das eigens für das Gesetz geschaffene „Büro des Fürsprechers des Öffentlichen Interesses“ die abgegebenen Erklärungen auf ihren Wahrheitsgehalt und konnte dazu Akten aus

14 Claudia Kraft: *Pacto de silencio und gruba kreska*, a.a.O., S. 104f.

15 Ebenda, S. 105.

16 Carola Lau, *Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989*, a.a.O., S. 154.

dem Institut für Nationales Gedenken (IPN) und anderen Behörden anfordern und Zeugen verhö-
ren. Bei Zweifeln am Wahrheitsgehalt der Erklärung seitens eines Betroffenen konnte der „Für-
sprecher des Öffentlichen Interesses“ einen Antrag auf Aufnahme eines Lustrationsverfahrens
gegen die betreffende Person an das Lustrationsgericht stellen. Falls dabei festgestellt wurde, dass
die gemachten Angaben nicht der Wahrheit entsprachen, konnte das Gericht Sperrungen für Äm-
ter und Posten für den Zeitraum von bis zu zehn Jahren verhängen.¹⁷

Die Fronten der Befürworter und Gegner des Lustrationsgesetzes verliefen in der politischen De-
batte nicht nur zwischen den Nachfolgeparteien der PZPR und ehemaligen Oppositionellen, son-
dern auch durch das ehemalige Solidarność-Lager. Gerade die Frage der Abrechnung mit der Ver-
gangenheit sollte die ehemalige Opposition dauerhaft spalten. Die letztendliche gesetzliche Rege-
lung der Lustration schuf überdies die Notwendigkeit, die Verwaltung und Zugänglichmachung
der Aktenbestände der ehemaligen kommunistischen Staatssicherheitsdienste neu zu regeln.¹⁸
Der Umgang mit den Akten der kommunistischen Geheimpolizei war Gegenstand kontroverser
geschichtspolitischer Debatte. Während die einen sie versiegeln wollten, wollten die anderen
dem deutschen Beispiel folgend die Akten offenlegen. Letztere setzen sich durch: 1999 wurde
das Institut für Nationales Gedenken gegründet.¹⁹

Nach ihrer zweiten Regierungsübernahme im Jahr 2015 verschärfte die Partei „Recht und Gerech-
tigkeit“ den Kampf gegen Relikte aus der kommunistischen Zeit. Im April 2016 beschloss das
polnische Parlament ein „Dekommunisierungsgesetz“. Nach dem „Gesetz über das Verbot der
Verbreitung des Kommunismus und anderer totalitärer Systeme durch die Namen öffentlicher
Gebäude und Einrichtungen“ sollten binnen eines Jahres sämtliche Darstellungen von „Personen,
Organisationen, Ereignissen oder Daten, die das repressive, autoritäre und nicht-souveräne polni-
sche Regime von 1944-1989 symbolisieren“, aus dem öffentlichen Raum entfernt werden.²⁰ Das
Gesetz ermächtigt die Woiwoden, nach Absprache mit dem „Institut für Nationales Gedenken“
Straßennamen und Beschlüsse über die Errichtung solcher Denkmäler aufzuheben. Unter das Ge-
setz sollten auch sowjetische Militärdenkmal aus der Zeit der Volksrepublik fallen, welche die
„Dankbarkeit des polnischen Volkes für die Befreiung vom Hitlerfaschismus“ ausdrücken sollten,
wenn sie nicht auf Friedhöfen stehen. Das Gesetz löste in Russland Empörung aus. Der Föderati-
onsrat forderte Präsident Putin auf, Sanktionen gegen Polen zu verhängen. Russlands Außenmi-
nisterium erklärte das polnische Gesetz zu einem „unfreundlichen Akt“, die Entscheidung sei
„eine Provokation, die ihre Antwort finden wird“. Seither blockieren die russischen Behörden

-
- 17 Sabine Grabowski: Vergangenheitsbewältigung in Polen. Dossier und Analyse. In: Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, hrsg. von Helmut König, Michael Kohlstruck, Andreas Wöll, Wiesbaden 1998, S. 261-291, hier: S. 285-287; Carola Lau, Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 161f.; nach Angaben von Lau erließ das Lustrationsgericht von 1999 bis 2006 70 rechtskräftige Urteile, in welchen ein Betroffener der „Lustrationslüge“ für schuldig befunden wurde. Im genannten Zeitraum habe das Büro des Fürsprechers ca. 28.000 Erklärungen von Personen auf öffentlichen Posten entgegengenommen und davon über 26.000 ganz oder teilweise überprüft. (Ebenda, S. 162)
- 18 Carola Lau, Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 163.
- 19 Włodzimierz Borodziej: Geschichtspolitik in Polen. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011, S. 269-273, hier: S. 269, abrufbar unter https://www.kommunismusgeschichte.de/fileadmin/user_upload/JHK/2011/20_JHK_2011_Borodziej_S.269_274.pdf; s. zum Institut das nachfolgende Kapitel 2.1.2.
- 20 Magdalena Saryusz-Wolska, Sabine Stach, Katrin Stoll: Verordnete Geschichte. Nationalistische Narrative in Polen. In: Osteuropa, 3-5/2018, S. 447-464, hier: S. 461.

die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk 2010, bei der neben vielen anderen Polens Staatspräsident Lech Kaczyński und Vertreter von Verbänden der Opferangehörigen des Massakers von Katyń ums Leben gekommen waren. Auch die Staatsduma verabschiedete eine Erklärung, in der Polen vorgeworfen wurde, „die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Frage zu stellen“. Nach Angaben aus Moskau geht es um 500 Denkmäler in Polen.²¹

2.1.1.2. Das Institut für Nationales Gedenken

Die Debatte um die Entstehung eines polnischen „Instituts für Nationales Gedenken“ (IPN) stellte in der Legislaturperiode von Oktober 1997 bis Oktober 2001 eines der zentralen Projekte der konservativ-liberalen Regierung unter Jerzy Buzek im Bereich der Aufarbeitung der jüngsten polnischen Vergangenheit dar. Das Institut entstand aus dem Bedürfnis von Teilen der Abgeordneten und der Bevölkerung, neben der Thematik der Lustration auch die Frage der Aufbewahrung der Dokumente der Staatssicherheitsdienste und die Möglichkeit zur Einsicht in die Akten umfassend zu regeln. Als mögliches Vorbild fungierte hierbei u.a. die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.²²

Am 18. Dezember 1998 verabschiedete der Sejm nach mehrmonatigen Verhandlungen, bei denen das Parlament auch das Veto des polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski überstimmte, mit den Stimmen der Regierungsfractionen das „Gesetz über das Institut für nationales Gedenken und die Kommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation“.²³

Laut der Präambel hat das IPN die Zielsetzung, „das Gedächtnis an die gewaltigen Opfer, Verluste und Schäden des polnischen Volkes während und nach dem Zweiten Weltkrieg zu bewahren und die patriotischen Traditionen des polnischen Volkes in seinen Anstrengungen gegen die Besatzer, Nationalsozialismus und Kommunismus, sowie die Taten polnischer Bürger für einen unabhängigen polnischen Staat und für die Verteidigung der Freiheit und menschlichen Würde zum Ausdruck zu bringen“. Es hat weiterhin die Verpflichtung zur Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen sowie zur Wiedergutmachung durch den polnischen Staat an allen Geschädigten. Keine unrechtmäßige Handlung des Staates gegen seine Bürger, so die Präambel, dürfe durch Geheimhaltung geschützt werden.²⁴

Das Institut für Nationales Gedenken umfasste zunächst drei Abteilungen:

- 1) Das „Büro für Zugänglichmachung und Archivierung von Dokumenten“, das für die Registrierung, Sammlung, Zugänglichmachung, Verwaltung und Verwendung sowohl der Akten

21 Klaus Bachmann: Viel Feind, viel Ehr. Geschichtspolitik in Polen. In: Osteuropa, 68. Jg., 3-5/2018, S. 413-434, hier: S. 426.

22 Carola Lau, Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 169.

23 Zum Verlauf und zum Ergebnis der Verhandlungen s. ausführlich: Ebenda, S. 169-185.

24 Zitat: Ebenda, S. 187; auch wenn wechselnde parlamentarische Mehrheiten das Gesetz über das „Institut für nationales Gedenken“ und die Hauptkommission in den Folgejahren mehrfach verändert und ergänzt hätten, sei die Präambel als Basis der Tätigkeit beider Institutionen stets beibehalten worden, hebt Lau hervor.

der ehemaligen polnischen Staatssicherheitsdienste aus den Jahren 1939 bis 1989 als auch der Dokumente der Sicherheitsorgane des Dritten Reiches und der Sowjetunion zuständig ist;

- 2) die „Hauptkommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation“, das für Verfahren zur Verfolgung nationalsozialistischer und kommunistischer Verbrechen sowie von Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen verantwortlich zeichnet;
- 3) das „Büro für öffentliche Bildung“, das Tätigkeiten im Bereich Bildung, Forschung und Veröffentlichung umfasst.

Mit einer Novellierung des IPN-Gesetzes im Jahr 2007 kam als viertes Tätigkeitsfeld die Durchführung der Lustration und somit als vierte Abteilung das sogenannte „Lustrationsbüro“ hinzu.²⁵

Das Institut habe gerade in den Anfangsjahren seiner Tätigkeit immer wieder betont, dass es bei der Erfüllung dieser umfassenden Aufgaben in Polen „abseits aller politischen Konflikte und Interessen nach 1989“ stehe, hebt die Historikerin Carola Lau hervor: „Die Entstehungsumstände des Instituts, die von grundsätzlichen Debatten um eine Bewertung der Volksrepublik Polen und langwierigen Auseinandersetzungen um einzelne gesetzliche Regelungen begleitet worden waren, ließen hingegen früh vermuten, dass das IPN bereits durch seine Gründung an deutlichen Konfliktlinien innerhalb der polnischen politischen Szene und der polnischen Gesellschaft positioniert worden war. Hinzu kam, dass das Institut bald im Hinblick auf seine Mitarbeiterzahl und seine umfassenden Aktivitäten ein bedeutender, wenn nicht einer der einflussreichsten Akteure in der polnischen Erinnerungslandschaft wurde und somit auch aktiv Position in Konflikten um die Deutung der jüngsten polnischen Vergangenheit bezog sowie letztlich selbst derartige Debatten auslöste.“²⁶

Der Institutsvorsitzende benötigte für seine Wahl zunächst eine Zweidrittel-Mehrheit im Sejm. Nach einer Gesetzesnovellierung im Jahr 2010 beruft der Sejm auf Vorschlag des Institutsrates den IPN-Präsidenten mit einfacher Mehrheit auf fünf Jahre, wobei eine einmalige Wiederwahl möglich ist.²⁷ Die Zahl der Mitarbeiter und das Budget des Instituts wuchsen kontinuierlich. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 1.200 Mitarbeitern im Jahr 2005 auf 2.200 Personen im Jahr 2014 an. 2025 beschäftigte das IPN 2.500 Personen. Standen dem IPN anfangs 18 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, so wuchs die Summe nach der ersten Regierungsübernahme durch die nationalkonservative PiS ab dem Jahr 2006 deutlich an. Die finanziellen Mittel stiegen von rund 34 Millionen Euro 2006 auf 58 Millionen Euro im Jahr 2008 an. Im Jahr 2025 umfasste der Haushalt des IPN 140 Millionen Euro.²⁸

25 Ebenda, S. 189.

26 Ebenda, S. 188.

27 Ebenda, S. 191.

28 Ebenda, S. 195, Zahlen für 2025 bei: Adam Balcer: Die polnische Außenpolitik im Schatten von Geschichte und Identität. In: Polen-Analysen, Ausgabe 353 (25.10.2025), S. 2-6, hier: S. 6, abrufbar unter <https://laender-analyse.de/polen-analysen/polen-aussenpolitik-ostpolitik-geschichtspolitik-identitaetspolitik-ukraine/aussenpolitik-geschichte-identitaet/>.

Aufgrund seiner umfassenden Kompetenzen und seiner zahlreichen Mitarbeiter wurde die Tätigkeit des IPN von Beginn an von Politik, Öffentlichkeit und Medien aufmerksam begleitet. Es entwickelte sich schnell zu einer in der öffentlichen Debatte sichtbaren Einrichtung, die zum Teil deutliche Kritik hervorrief.²⁹ Ab 2005 sorgten beispielsweise Veröffentlichungen von Listen ehemaliger (inoffizieller) Mitarbeiter der Geheimdienste für wiederkehrende Diskussionen. Eine Namenliste mit mehr als 240.000 Personen aus den Beständen des IPN, die für den Geheimdienst tätig gewesen sein sollten, erwies sich als fehlerhaft, da darin auch Bürgerinnen und Bürger verzeichnet waren, die der Geheimdienst der Volksrepublik zwar anzuwerben versucht hatte, die dies jedoch abgelehnt hatten.³⁰

Den deutlichen Ausbau der finanziellen Mittel des IPN unter der ersten PiS-Regierung ab 2005 werteten Kritiker der Einrichtung auch als Beweis der Parteilichkeit und warfen dem IPN inhaltlich vor, ausschließlich den von der PiS propagierten geschichtspolitischen Vorstellungen zu folgen. Dieser Eindruck verschärfte sich nach dem Wahlsieg der PiS bei den Parlamentswahlen 2015 und der erneuten Regierungsübernahme. Sie besetzte die Leitungsgremien ausschließlich mit vertrauten Personen und betraute das IPN mit der Umsetzung der staatlichen Geschichtspolitik. So mussten im Zuge der von der PiS forcierten Politik der „Dekommunisierung“ z.B. Straßenumbenennungen in letzter Instanz vom IPN-Präsidenten bestätigt werden. Vor seiner Wahl zum neuen Staatspräsidenten Polens im Juni 2015 hatte der bis dahin öffentlich wenig in Erscheinung getretene Historiker Karol Nawrocki das IPN vier Jahre lang im Sinne der geschichtspolitischen Vorstellungen der PiS geleitet.³¹

2.1.1.3. Geschichtsmuseen und Institute

Ein zentraler Austragungsort der innerpolnischen geschichtspolitischen Kontroversen sind die zahlreichen Geschichtsmuseen, die seit den 2000er Jahren sowohl von der PiS als auch von den von der Bürgerplattform geführten Regierungen gegründet wurden. Ein zentrales Vorzeigeprojekt der PiS ist das auf Veranlassung des damaligen Warschauer Stadtpräsidenten und späteren polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński 2004 gegründete **„Museum des Warschauer Aufstandes“**. Es erzählt die Geschichte des 63-tägigen Kampfes der polnischen Heimatarmee gegen die deutschen Besatzer im Jahr 1944. Ausführlich werden die Vorbereitungen zum Aufstand, der Ausbruch und Verlauf der Kämpfe sowie die Niederschlagung des Aufstandes geschildert. Das Museum stehe exemplarisch für das von der PiS propagierte „affirmative“ Geschichtsbild, das sich auf die heroischen und martyrologischen Elemente polnischer Vergangenheit konzentriere und die Auseinandersetzung mit deren negativen und umstrittenen Aspekten eher ausblende, konstatiert der Historiker Hubert Leschnik.³²

Für ein anderes, sich auch kritisch mit der eigenen Nationalgeschichte auseinandersetzendes Geschichtsbild steht exemplarisch das 2007 vom damaligen polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk initiierte **„Museum des Zweiten Weltkrieges“** in Danzig. Es stellt die Geschichte des

29 Carola Lau, Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 200.

30 Ebenda, S. 222; Włodzimierz Borodziej: Geschichtspolitik in Polen, a.a.O., S. 269f.

31 Adam Balcer: Die polnische Außenpolitik im Schatten von Geschichte und Identität, S. 6.

32 Hubert Leschnik: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Polen 1998-2010, Marburg 2018, S. 440-442

Zweiten Weltkriegs sowohl in ihrer polnischen als auch ihrer transnationalen Dimension dar und berücksichtigt dabei insbesondere die Perspektive der Zivilbevölkerung, während die militärischen Aspekte des Krieges in der Dauerausstellung nur eine Nebenrolle spielten.³³ Schon unmittelbar nach Bekanntgabe der Museumspläne kritisierten PiS-Politiker die geplante Ausstellung. Sie zeige viel zu wenig vom Heroismus polnischer Waffentaten im Krieg und verwässere das Leiden polnischer Opfer ungebührlich, wurde als Begründung angeführt.³⁴ Kurz nach der Eröffnung des Museums im März 2017 entließ der von der PiS gestellte Minister für Kultur und Nationales Erbe Piotr Gliński den Direktor des Museums Paweł Machcewicz und ersetze ihn durch einen weitgehend unbekannten, aber der PiS nahestehenden Historiker. „In der Dauerausstellung wurden seitdem zahlreiche Eingriffe vorgenommen mit dem Ziel, ein heroisch-martyrologisches Narrativ der polnischen Nation im Krieg einzuführen. Dieser bis dato einmalige Vorgang eines direkten politischen Angriffs auf die organisatorische und inhaltliche Autonomie einer bedeutenden nationalen Kulturinstitution hat nicht nur im Land selbst, sondern auch im Ausland massive Proteste hervorgerufen; diese blieben jedoch folgenlos“, resümierte die Historikerin Monika Heinemann 2020.³⁵ Nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2023 wurde die unter der PiS-Regierung eingesetzte Führung des „Museums des Zweiten Weltkriegs“ entlassen. Provisorischer Direktor wurde im April 2024 Professor Rafał Wnuk, der an der Ausarbeitung der ursprünglichen Konzeption beteiligt war und diese wiederherstellen will.³⁶

Auch auf die geschichtspolitische Ausrichtung anderer Museen wie das **Europäische Solidarność-Zentrum** (Europejskie Centrum Solidarności – ECS) in Danzig sowie das **Warschauer Museum der Geschichte der Polnischen Juden POLIN** (Muzeum Historii Żydów Polskich POLIN) versuchte die PiS-Regierung bzw. das zuständige Ministerium für Kultur und Nationales Erbe, politisch Einfluss zu nehmen, z.B. durch die Besetzung der Direktorenposten, die im Weiteren eine Anpassung der inhaltlichen Arbeit einzelner Institutionen im Sinne der Regierungsvorstellungen ermöglichen sollten.³⁷

In ihrer zweiten Regierungszeit von 2015 bis 2023 hat die PiS im Rahmen ihrer geschichtspolitischen Agenda die Gründung zahlreicher weiterer Geschichtsmuseen und Institute beschlossen. Dazu zählen u.a. das **Museum des Warschauer Ghettos** (Muzeum Getta Warszawskiego), das **Museum der Geschichte Polens** (Muzeum Historii Polski), das **Museum für Papst Johannes Paul II. und Primas Stefan Kardinal Wyszyński** (Muzeum Jana Pawła II i Prymasa Wyszyńskiego), das **Józef Piłsudski-Museum** (Muzeum Józefa Piłsudskiego) in Sulejówek, das **Museum Westerplatte und Verteidigungskrieg 1939** (Muzeum Westerplatte i Wojny Obronnej 1939), das **Museum der**

33 Ebenda, S. 440-442.

34 Peter Oliver Loew, Julia Röttger: Zur Einführung: Ein Museum als Lehrstück – ein Museum als Warnung? In: Paweł Machcewicz: Der umkämpfte Krieg. Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Entstehung und Streit, Wiesbaden 2018, S. VII-XII, hier: S. VIII.

35 Monika Heinemann: Politik im Museum – der Kampf um Deutungshoheiten im polnischen Museumsboom. In: Polen-Analysen, Ausgabe 259 (07.07.2020), S. 2-7, hier: S. 4, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analysen/259/politik-im-museum-der-kampf-um-deutungshoheiten/>.

36 Klaus Ziemer: Der Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg in Polen und im deutsch-polnischen Verhältnis: In: Berliner Debatte Initial 36, 1/2025, S. 102-114, hier: S. 110.

37 Monika Heinemann: Politik im Museum, a.a.O., S. 4f.

Verfemten Soldaten (Muzeum Żołnierzy Wyklętych) in Ostrołęka oder das **Museum für die Polen, die während des Zweiten Weltkrieges Juden gerettet haben – Museum für die Familie Ulma** (Muzeum Polaków Ratujących Żydów) in Markowa. Hinzu kamen weitere von der PiS ins Leben gerufene Institute, die sich mit Geschichtspolitik befassen, beispielsweise das 2019 gegründete **Institut für das Erbe der Solidarność** (Instytut Dziedzictwa Solidarności), das 2017 eingerichtete **Witold Pilecki-Institut für Solidarität und Mut** (Instytut Solidarności i Męstwa im. Witolda Pileckiego) in Warschau mit einer Filiale in Berlin sowie das **Roman Dmowski- und Ignacy Jan Paderewski-Institut des Erbes des Nationalgedankens** (Instytut Dziedzictwa Myśli Narodowej im. Romana Dmowskiego i Ignacego Jana Paderewskiego).³⁸

In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass sich viele der in der Regierungszeit der PiS von 2015 bis 2023 initiierten Institutionen und Museen zum Teil noch im Planungsstadium befinden; ihre Eröffnung verzögere sich oft bereits um mehrere Jahre. Ob die Finanzierung im geplanten Umfang überhaupt ermöglicht werden könne, sei ungewiss.³⁹ Dies gilt umso mehr, da die neue Regierung nach dem Wahlsieg der Bürgerplattform bei den Parlamentswahlen 2023 angekündigt hat, den Weiterbetrieb und die weitere Finanzierung der im Rahmen der PiS-Geschichtspolitik gegründeten Institute auf den Prüfstand stellen zu wollen.⁴⁰

2.1.2. Außenpolitische geschichtspolitische Konfliktfelder

Im Folgenden werden einige zentrale geschichtspolitische Divergenzen näher beleuchtet, die zwischen Polen einerseits und Deutschland, der Ukraine und Russland andererseits bestehen.

2.1.2.1. Deutsch-polnische Kontroversen

Die Beziehungsgeschichte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen war über viele Jahrzehnte durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges geprägt, die während des Ost-West-Konflikts bewusst zur gegenseitigen politischen Abgrenzung instrumentalisiert wurden. Polen hatte infolge des deutschen Angriffskrieges und der brutalen Besatzungsherrschaft sechs Millionen Tote, große materielle Zerstörungen und mit der Abtretung der polnischen Ostgebiete an die Sowjetunion auch einschneidende territoriale Veränderungen zu verkraften. Auf dem Verhältnis der Deutschen den Polen gegenüber lasteten vor allem die Abtretung der ehemaligen Ostgebiete und die Zwangsaussiedlung der dort bisher ansässigen deutschen Bevölkerung.⁴¹

38 Stefan Garsztecki: Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis in Polen. In: Polen-Analysen, Ausgabe 279 (07.09.2021), S. 2-7, hier: S. 4f., abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analysen/279/geschichtspolitik-und-kollektives-gedaechtnis-in-polen/>; Monika Heinemann: Politik im Museum, a.a.O., S. 5f.

39 Monika Heinemann: Politik im Museum, a.a.O., S. 6.

40 Stefan Garsztecki: Mühsamer Wiedereinzug der Demokratie – das erste Jahr der Regierung Tusk. In: Polen-Analysen, Ausgabe 335 (15.10.2024), S. 2-8, hier: S. 6f., abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analysen/335/muehsamer-wiedereinzug-der-demokratie-das-erste-jahr-der-regierung-tusk/>.

41 Krzysztof Ruchniewicz: Die knifflige Vergangenheit. Geschichtspolitik, innenpolitische Instrumentalisierung und große Debatten in den deutsch-polnischen Beziehungen. In: Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991 bis 2011, hrsg. von Dieter Bingen, Peter Oliver Loew, Krzysztof Ruchniewicz und Marek Zybura, Wiesbaden 2011, S. 128-145, hier: S. 131.

In den Jahren nach den politischen Umbrüchen 1989 änderte sich die offizielle Geschichtspolitik zwischen der Bundesrepublik und Polen grundlegend, da sich die Regierungsvertreter beider Länder bei politischen Treffen und Gedenkfeiern nun aktiv für eine Neukonzeption ihres zwischenstaatlichen Verhältnisses einsetzten. Um die neuen politischen Rahmenbedingungen historisch zu untermauern, wurde ein neues Bild der gemeinsamen Geschichte entworfen, das teleologisch auf eine lange herbeigesehnte und nun erreichte deutsch-polnische Partnerschaft ausgerichtet gewesen sei.⁴² In vielen Fällen führte das zu einer Interpretation der bisherigen Beziehungsgeschichte, die geradezu im Gegensatz zur bisherigen offiziellen Erinnerungspolitik stand. So lud der polnische Staatspräsident Lech Wałęsa Bundespräsident Roman Herzog zur Gedenkfeier aus Anlass des 50. Jahrestags des Beginns des Warschauer Aufstands am 1. August 1994 ein. Auf Einladung von Bundestag und Bundesrat sprach der damalige polnische Außenminister und Widerstandskämpfer Władysław Bartoszewski 1995 anlässlich des 50. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs. Seine Worte fanden in der Bundesrepublik ein starkes Echo, da erstmals ein wichtiger polnischer Politiker Worte des Bedauerns über das Schicksal und Leid auch deutscher Zivilisten in der Endphase des 2. Weltkrieges fand.⁴³

Die ersten Jahre der Annäherung zwischen Deutschland und Polen nach 1989 werden in der Literatur teilweise als die „goldenen“ 1990er Jahre bezeichnet.⁴⁴ Getragen von der Euphorie einer gemeinsamen Aussöhnung sei jedoch von deutscher Seite oft unterschätzt worden, wie viel Skepsis in Polen gegenüber der Bundesrepublik auch über die erinnerungspolitische Zäsur 1989 hinaus bestehen geblieben sei und in welchem grundlegenden erinnerungskulturellen Wandlungsprozess sich die polnische Gesellschaft in den Jahren nach 1989 befunden habe, konstatiert die Historikerin Angela Siebold.⁴⁵

Die in der Bundesrepublik Ende der 1990er Jahre geführte Debatte über deutsche Opfer des alliierten Bombenkrieges sowie von Flucht und Vertreibung sorgte in Polen vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Besatzungspolitik parteiübergreifend für erhebliche Irritationen. Insbesondere der vom „Bund der Vertriebenen“ (BdV) betriebene Versuch, ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten, stieß in Polen auf Ablehnung.⁴⁶ Einen weiteren Schub erhielt die Debatte in Polen, als die Landsmannschaft Ostpreußen im Jahr 2000 die „Preußische Treuhand“ gründete. Sie versuchte letztlich erfolglos, Eigentumsansprüche ehemaliger Bewohner der

42 Angela Siebold: Zwischen Annäherung und Entfremdung. Zur geschichtspolitischen Neukonzeption des deutsch-polnischen Verhältnisses nach 1989. In: Deutschlandarchiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 42. Jg., 4/2009, S. 677-683, hier: S. 677.

43 Krzysztof Ruchniewicz: Die knifflige Vergangenheit, a.a.O., S. 137.

44 Dieter Bingen: Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6/2005, S. 9-17, hier: S. 13, abrufbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29248/die-deutsch-polnischen-beziehungen-nach-1945/>.

45 Angela Siebold: Zwischen Annäherung und Entfremdung, a.a.O., S. 83.

46 Stefan Garsztecki: Polen, Deutschland und die Reparationen, a.a.O., S. 58; Krzysztof Ruchniewicz, Die knifflige Vergangenheit, a.a.O., S. 142

deutschen Ostgebiete gegen den polnischen Staat vor nationalen und internationalen Gerichten durchzusetzen.⁴⁷

Das polnische Parlament verabschiedete am 10. September 2004 mit 328 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung eine Resolution, in der der Sejm konstatierte, dass Polen bisher keine angemessene Entschädigung für die erlittenen Kriegsschäden erhalten habe. Es forderte die polnische Regierung auf, den materiellen Umfang der Schäden zu ermitteln und Deutschland die polnischen Reparationsforderungen zu unterbreiten. Doch weder die von 2005 bis 2007 amtierende Koalitionsregierung unter Führung der PiS noch die folgenden Regierungen der Bürgerplattform unter Donald Tusk und seiner Nachfolgerin Ewa Kopacz machten entsprechende Ansprüche geltend.⁴⁸

Erst nach dem Sieg der PiS bei den Parlamentswahlen im Herbst 2015 nahm das Thema Kriegsreparationen wieder Fahrt auf. Im Herbst 2017 wurde ein Parlamentsausschuss unter Vorsitz von Arkadiusz Mularczyk (PiS) eingesetzt, der die Höhe der Polen zustehenden Entschädigungen für die durch Deutschland verursachten Kriegsschäden ermitteln sollte. Die Kommission setzte nach dem erneuten Wahlsieg der PiS bei den Parlamentswahlen im Herbst 2019 ihre Arbeit fort. Am 1. September 2022, dem symbolträchtigen Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, legte die Kommission schließlich den mehrfach verschobenen Abschlussbericht vor, der die Höhe der Reparationen auf 1,3 Billionen Euro taxierte.⁴⁹

Der Zeitpunkt der Einsetzung der Kommission wird in der Literatur mit der in Deutschland vorgebrachten Kritik an den Justizreformen der PiS in Polen in Zusammenhang gebracht. Für die Forderung nach Kriegsreparationen werden das Streben nach einer stärkeren Anerkennung der Verbrechen und Verluste, die Deutschland Polen durch Krieg und Besatzung zugefügt hat, und innenpolitische Motive der PiS genannt, die sich mit Blick auf die Parlamentswahlen im Herbst 2023 Vorteile bei konservativen ländlichen Wählern versprochen habe, so der Historiker Stefan Garsztecki. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IBRiS vom Sommer 2022 sprachen sich 51,1 Prozent der Befragten dafür aus, dass Polen Reparationen von Deutschland fordern sollte, wobei vor allem PiS-Wähler die Forderungen erhoben, während unter den Anhängern der Opposition nur jeder fünfte Befragte diese Ansicht vertrat.⁵⁰

Nach dem Regierungswechsel in Warschau infolge der Parlamentswahlen von 2023 blieb der erhoffte geschichtspolitische Neustart in den deutsch-polnischen Beziehungen bisher aus. Der neue polnische Ministerpräsident Donald Tusk, dem das PiS-Lager stets vorgeworfen hatte, ein

47 Die deutsch-polnischen Beziehungen wurden durch die 2005 in beiden Ländern stattfindenden Wahlen zusätzlich belastet. Zu alten Problemen kamen neue hinzu, z.B. die Frage der Ostsee-Pipeline, Zwischenfälle in der polnisch-deutschen Grenzregion, die Frage der Minderheiten in beiden Staaten und die antideutsche Rhetorik der Anführer der national-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), der Brüder Kaczynski, die als Reaktion auf kontroverse Äußerungen der BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach darauf setzten, im Wahlkampf die antideutsche Karte politisch auszuspielen. (Krzysztof Ruchniewicz, *Die knifflige Vergangenheit*, a.a.O., S. 142)

48 Stefan Garsztecki: Polen, Deutschland und die Reparationen. Der lange Schatten des Zweiten Weltkrieges. In: *Osteuropa*, 72. Jg., 9–10/2022, S. 58–68, hier: S. 60.

49 Ebenda, S. 60; Klaus Ziemer: Der Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg in Polen und im deutsch-polnischen Verhältnis, a.a.O., S. 110.

50 Stefan Garsztecki: Polen, Deutschland und die Reparationen, a.a.O., S. 67.

Interessenvertreter deutscher Politik zu sein, konnte es sich nach seinem Wahlsieg nicht erlauben, die von der PiS-Vorgängerregierung angestoßene Frage der Reparationen einfach fallenzulassen. Schließlich hatte die Bürgerplattform die Sejm-Resolution vom September 2022, die Deutschland dazu aufforderte, eine ernsthaftere historische Verantwortung für die Weltkriegsverbrechen gegenüber Polen zu übernehmen, aus innenpolitischem Kalkül mitgetragen, um zu verhindern, vor den richtungsweisenden Wahlen im Herbst 2023 als „unpatriotisch“ abgestempelt zu werden, hebt der Historiker Peter Sawicki hervor.⁵¹

Bei seinem Antrittsbesuch in Berlin im Februar 2024 sprach Tusk davon, dass Reparationen „im formalen Sinne“ zwar seit Jahren abgeschlossen seien, eine „materielle und moralische Wiedergutmachung“ jedoch „nie realisiert“ worden sei. Auf diesem Gebiet habe Deutschland folglich „noch etwas zu tun“.⁵² Wie das heikle Thema auf „kreative“ Weise angegangen werden könnte, skizzierte der polnische Außenminister Radosław Sikorski in einer programmatischen Rede im Sejm. Darin erklärte er, dass „es an Ideen dazu nicht mangelt: Unterstützung der noch lebenden polnischen Weltkriegsopfer, Wiederaufbau polnischer Denkmäler, Investitionen in die polnische Sicherheit, Erweiterung des Lehrangebots polnischer Sprache in Deutschland, Popularisierung polnischer Geschichte in der Bundesrepublik.“⁵³

Ohne abschließende Einigung wird seit den deutsch-polnischen Regierungskonsultationen im Juli 2024 über die Einrichtung eines Fonds für noch lebende polnische Weltkriegsopfer diskutiert. Neben der Höhe der Entschädigungssumme herrsche auch rund um den Mechanismus der Auszahlung sowie die Anzahl möglicher polnischer Empfänger einer Kompensation weiterhin Uneinigkeit. Darüber hinaus spielt das bereits länger geplante, ursprünglich als Polen-Gedenkort gestartete Projekt des „Deutsch-Polnischen Hauses“, das die spezifische Erinnerung an die polnischen NS-Opfer institutionalisieren soll, eine zentrale Rolle in den Überlegungen.⁵⁴ Zudem solle es unterschiedliche Vorstellungen darüber geben, auf welche Art Deutschland in polnische Sicherheit investieren könnte, was ein weiterer Teil einer angestrebten „Paket-Lösung“ bei der Wiedergutmachung sein solle. Unter dem Strich bleibe das vorläufige Ergebnis einer nicht vorhandenen Einigung bei einem geschichtspolitisch relevanten Thema, betont Peter Sawicki.⁵⁵ Die Zahlung einer Kompensation für nur noch wenige Zehntausend lebende polnische NS-Opfer, führte etwa der damalige Deutschland-Beauftragter der polnischen Regierung, Krzysztof Ruchniewicz, 2024 im Deutschlandfunk aus, wäre ein großer symbolischer Akt und Ausweis eines ernsthaften

51 Peter Sawicki: Neustart verschoben. Polen, Deutsche und der Schatten des Krieges. In: Osteuropa, 74. Jg., 11–12/2024, S. 181–194, hier: S. 188.

52 Zitiert nach: Ebenda. S. 188.

53 Zitiert nach: Ebenda, S. 189.

54 Ebenda, S. 190; am 30. Oktober 2020 hatte der Deutsche Bundestag den Antrag „Mit einem Ort des Erinnerns und der Begegnung dem Charakter der deutsch-polnischen Geschichte gerecht werden und zur Vertiefung der besonderen bilateralen Beziehungen beitragen“ beschlossen ([Bundestagsdrucksache 19/23708](#)). Er sieht vor zum einen die Errichtung eines Denkmals für die polnischen Opfer des Nationalsozialismus und der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen 1939 bis 1945 sowie zum anderen die Einrichtung eines „Deutsch-Polnischen Hauses“ als Ort der historischen Aufklärung, Begegnung und Auseinandersetzung mit der deutsch-polnischen Geschichte. Beide Projekte sind derzeit noch in [Planung](#).

55 Ebenda, S. 192

Willens Deutschlands, Wiedergutmachung leisten zu wollen.⁵⁶ Allerdings werde eine Entschädigungssumme an überlebende polnische Opfer deutscher Besatzung für sich genommen aber kaum als ausreichende Geste wahrgenommen werden können, unabhängig von ihrer letztlichen Höhe, warnt der Historiker Peter Sawicki.⁵⁷

2.1.2.2. Polnisch-ukrainische Differenzen

Eine zentrale geschichtspolitische Kontroverse, die die politischen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine bis heute belasten, sind die von ukrainischen Nationalisten in den Jahren 1943-1945 in Wolhynien verübten Verbrechen an der polnischen Zivilbevölkerung. Die Konflikte in dieser Region hatten ihren Ursprung nach Ende des Ersten Weltkrieges, als die polnischen und ukrainischen Bestrebungen, Nationalstaaten zu gründen, zu einem Konflikt um die Territorien mit einer gemischten polnischen und ukrainischen Bevölkerung führten. Bereits zwischen November 1918 und Juli 1919 hatte es nach der Kapitulation der Habsburgermonarchie einen polnisch-ukrainischen Krieg um die Zugehörigkeit Ostgaliziens gegeben, in dem die Ukrainer unterlagen. Mit dem Vertrag von Riga zwischen Polen und der Sowjetunion im März 1921 entstand eine Grenze, durch die ca. fünf Millionen Ukrainer im polnischen Staat lebten und im südöstlichen Teil Polens die Bevölkerungsmehrheit stellten. Die ukrainische Seite gab das Ziel der Unabhängigkeit auch nach dem Anschluss an Polen nicht auf. Die 1929 entstandene radikal nationalistische „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) setzte auf einen bewaffneten Kampf gegen den polnischen Staat, der mit Repressionen und Anstrengungen zur Polonisierung dieser Gebiete reagierte.⁵⁸

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde der Osten Polens im September 1939 aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes zunächst von der Sowjetunion und nach Beginn des deutschen Angriffskrieges auf die Sowjetunion ab Juli 1941 vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt. Der latente polnisch-ukrainische Konflikt, der vor 1939 immer wieder zu Gewaltausbrüchen geführt hatte, schlug im Zweiten Weltkrieg in einen offenen Konflikt um, da der polnisch-ukrainische Gegensatz struktureller Natur gewesen sei, meint die Historikerin Kornelia Kończal. Während die polnische Exilregierung während des Krieges die Wiederherstellung des status quo ante angestrebt habe, habe die ukrainische Seite die Vereinigung aller ethnisch ukrainischen Gebiete in einem gemeinsamen Staat erstrebt.⁵⁹ Im Februar und März 1943 begann die „Ukrainische Aufstandarmee“ (UPA), die sich Ende 1942 als militärischer Arm der OUN gegründet hatte, den bewaffneten Kampf gegen die deutsche Okkupation, um den Anspruch auf einen ukrainischen Nationalstaat zu untermauern. Dabei betrieb sie in den vorwiegend von Ukrainern bewohnten Gebieten des Vorkriegspolens eine gewaltsame Politik der „Depolonisierung“. In Wolhynien,

56 Krzysztof Ruchniewicz: Polen dringt auf finanzielle Entschädigung für NS-Opfer, Deutschlandfunk, 28.7.2024, abrufbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/interview-prof-ruchniewicz-krzysztof-beauftragter-deut-poln-zusammenarbeit-dlf-323aadf3-100.html>

57 Peter Sawicki: Neustart verschoben. Polen, Deutsche und der Schatten des Krieges, a.a.O. S. 192.

58 Kai Struve: Wolhynien 1943. In Frankfurter Allgemeine, 03.07.2023. S. 6.

59 Kornelia Kończal: Über den Tellerrand. Dritte in den deutsch-polnischen Beziehungen. In: Osteuropa, 73. Jg., 1–2/2023, S. 97–122, hier: S. 111f.

Ostgalizien und später auch in Teilen Westgaliziens führte die polnische Heimatarmee ihrerseits Vergeltungsaktionen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung durch.⁶⁰

Nach Schätzungen polnischer Historiker fielen dem von 1943 bis 1945 andauernden polnisch-ukrainischen Konflikt in Wolhynien und im benachbarten Ostgalizien zwischen 80.000 und 100.000 Polen, davon allein 40.000 bis 60.000 in Wolhynien im Jahr 1943, sowie 10.000 bis 15.000 Ukrainer zum Opfer. Ukrainische Historiker gehen von einer möglicherweise doppelt so hohen Zahl ukrainischer Opfer aus, während sie die Gesamtzahl der polnischen Opfer auf höchstens 60.000 schätzen.⁶¹

Neben der Zahl der Opfer differiert auch die inhaltliche Sicht auf die Ereignisse in Politik und Wissenschaft beider Länder grundlegend. Während in Polen das „wolhynische Massaker“ als von Ukrainern verübter „Genozid“ am polnischen Volk gilt, wird die „wolhynische Tragödie“, wie sie in der Ukraine meist genannt wird, als Teil eines längeren polnisch-ukrainischen Konflikts gesehen, in dem beide Seiten Verbrechen begangen hätten.⁶² Umstritten zwischen polnischen und ukrainischen Historikern ist vor allem, ob es eine Entscheidung der Führung von OUN und UPA zur gezielten Vernichtung der polnischen Bevölkerung in Wolhynien gab oder ob die Gewaltakte aus einer von beiden Seiten zu verantwortenden, schrittweisen Eskalation entstanden sind.⁶³

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sowohl Wolhynien als auch Ostgalizien Teil der Sowjetunion. Die Nachkriegs-Sowjetisierung Osteuropas ging einher mit einer ethnischen Homogenisierung. Zwischen dem sozialistischen Polen und der Sowjetukraine fanden „freiwillige“ Bevölkerungsaustausche statt – hinter denen sich Zwangsdeportationen von hunderttausenden Menschen aufgrund ihrer nationalen Zugehörigkeit verbargen. Zur „Lösung der ukrainischen Frage“ im eigenen Staatsgebiet führten die Behörden der sozialistischen Volksrepublik Polen (PRL) vom 28. April bis zum 28. August 1947 die „Aktion Weichsel“ durch, bei der 140.000 Ukrainer aus dem polnisch-sowjetischen Grenzgebiet nach West- und Nordpolen umgesiedelt wurden mit der

60 Kai Struve: Wolhynien 1943. In Frankfurter Allgemeine, 03.07.2023. S. 6.

61 Kai Struve: Wolhynien 1943. In Frankfurter Allgemeine, 03.07.2023. S. 6.; Andrii Portnov: Wolhynien-Massaker, veröffentlicht im Rahmen der „Gnose“-Reihe in Kooperation mit dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) am 1. August 2025, abrufbar unter <https://www.dekoder.org/de/gnose/wolhynien-massaker-1943-ukraine-polen/#7bd22a10-ee97-4b91-bf96-375cef1b9f8c>

62 Kai Struve: Wolhynien 1943. In Frankfurter Allgemeine, 03.07.2023. S. 6.

63 Für Wolhynien sehen polnische Historiker Belege dafür, dass der regionale UPA-Befehlshaber Dmytro Kljatschkiwskyj im Juni 1943 einen Befehl zur systematischen „Säuberung“ des westlichen Wolhyniens von der polnischen Bevölkerung durch Massenmord erteilt habe, die zwar von der OUN-Führung nicht beauftragt, aber nachträglich gutgeheißen worden sei. Dagegen betonen ukrainische Historiker, dass es keinen Befehl zur „ethnischen Säuberung“ in Wolhynien gegeben habe. Die Morde trügen Züge eines spontanen Aufstands, bei dem die Gewalt auf die Benachteiligung der Ukrainer während der polnischen Zweiten Republik zurückgegangen sei, und habe sich vor allem gegen polnische Siedler gerichtet, die in Wolhynien in dieser Zeit in großer Zahl angesiedelt wurden, um die Zugehörigkeit der Region zu Polen zu stärken (vgl. Kai Struve: Wolhynien 1943. In Frankfurter Allgemeine, 03.07.2023. S. 6; Andrii Portnov: Wolhynien-Massaker, a.a.O.; Tomasz Stryjek, Joanna Koniczna-Salamatin: Geschichte und Gegenwart in den polnisch-ukrainischen Beziehungen 1989-2023: In: Polen Analysen, Ausgabe 319 (07.11.2023), S. 2-8, hier: S. 8, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analyse/319/geschichte-und-gegenwart-in-den-polnisch-ukrainischen-beziehungen-1989-2023/>).

Absicht, dass sie sich dort, in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, schneller assimilieren würden. Infolgedessen wurde Nachkriegs-Polen nicht nur geografisch nach Westen verschoben, sondern zum ersten Mal in seiner Geschichte zu einem nahezu ethnisch homogenen Staat, in dem über 90 Prozent der Bevölkerung Polnisch sprachen und dem katholischen Glauben angehörten.⁶⁴

Die Geschehnisse in Wolhynien und Ostgalizien konnten nach dem Zweiten Weltkrieg weder in der ukrainischen Sowjetrepublik noch im sozialistischen Polen öffentlich thematisiert werden. Dies änderte sich erst nach der politischen Wende von 1989. Es kam zu einem raschen Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen der 1991 unabhängig gewordenen Ukraine und Polen. Am 18. Mai 1992 unterzeichneten die Präsidenten Lech Wałęsa und Leonid Krawtschuk den Vertrag über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den beiden Nachbarstaaten. Er enthält die gegenseitige Anerkennung der gemeinsamen Nachkriegsgrenze, der Rechte nationaler Minderheiten sowie die Formulierung offenkundiger gemeinsamer Interessen in der Außenpolitik. Während der Amtszeit von Aleksander Kwaśniewski (1995-2005) war die polnische Politik davon geleitet, die historischen Kontroversen von den aktuellen politischen Beziehungen zur Ukraine zu trennen. Polen gehörte zu den aktivsten Unterstützern der Ukraine bei deren Annäherung an die EU, die als ein zentrales polnisches politisches Interesse gesehen wurde. Gleichzeitig bestand aber die Erwartung, dass es in der Ukraine eine kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen an Polen während des Zweiten Weltkrieges geben müsse.⁶⁵

Seit Beginn der 2010er Jahre war es die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ in Polen, die die geschichtspolitischen Kontroversen zwischen beiden Ländern verschärfte. 2013 debattierte der Sejm auf Initiative der damals oppositionellen PiS zum ersten Mal über die Wolhynien-Massaker und die Einführung eines nationalen Gedenktags und forderte, die Massaker als „Völkermord“ zu bezeichnen. Die regierende Bürgerplattform und die Bauernpartei, die die Debatte nicht zu einer außenpolitischen Belastung in den Beziehungen mit der Ukraine werden lassen wollten, legten ihrerseits einen Resolutions-Entwurf vor, der von „ethnischen Säuberungen mit Anzeichen von Völkermord“ sprach. Er wurde gegen die Stimmen der PiS angenommen.⁶⁶

Nach ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen 2015 brachte die PiS eine neue Resolution ein, die der Sejm am 22. Juli 2016 verabschiedete. Darin werden die Massaker in Wolhynien nunmehr ohne Umschweife als „Völkermord“ bezeichnet. Ferner bestimmte der Sejm den 11. Juli „– den Jahrestag des Höhepunkts der Verbrechen [in Wolhynien] – zum Nationalen Feiertag des Gedenkens an die Opfer des Völkermords, verübt durch ukrainische Nationalisten an Bürgern der

64 Andrii Portnov: Wolhynien-Massaker, a.a.O.

65 Bohdan Hud: Das ukrainisch-polnische Verhältnis. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9/2007, S. 31-38, hier: 37, abrufbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30642/das-ukrainisch-polnische-verhaeltnis/>; Kai Struve: Wolhynien 1943, a.a.O.

66 Klaus Bachmann: Viel Feind, viel Ehr. Geschichtspolitik in Polen, a.a.O., S. 424; Lech M. Nijakowski: Die polnische Erinnerungspolitik. In: Polen Jahrbuch 2017 Politik, hrsg. vom Deutschen Polen Institut, Wiesbaden 2017, S. 29-48, hier: S. 38.

Zweiten Republik Polen“.⁶⁷ Kurz zuvor war der ukrainische Präsident Petro Poroschenko Anfang Juli 2016 bei einem Polenbesuch als Geste der Entschuldigung vor einem Denkmal für die Opfer der Wolhynien-Massaker im Warschauer Stadtteil Żoliborz niedergekniet. Die „Völkermord“-Resolution löste in der Ukraine Empörung aus. Als Reaktion verabschiedete das ukrainische Parlament eine Resolution, in der es hieß, sie nehme die polnische Erklärung mit „Bedauern, Enttäuschung und tiefer Sorge“ zur Kenntnis.⁶⁸

Nach Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 traten die geschichtspolitischen Kontroversen zwischen beiden Ländern zunächst in den Hintergrund. Am 9. Juli 2023 nahmen die Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Andrzej Duda in Lusk, der Hauptstadt der Region Wolhynien, gemeinsam an einem ökumenischen Gottesdienst teil, um anlässlich des 80. Jahrestags der Verbrechen von 1943 der Opfer zu gedenken. Beide Staatsoberhäupter veröffentlichten dazu eine gleichlautende Erklärung, in der es heißt: „Gemeinsam gedenken wir aller unschuldigen Opfer von Wolhynien. Die Erinnerung verbindet uns. Gemeinsam sind wir stärker.“⁶⁹ Im Januar 2025 vereinbarten die Ukraine und Polen zudem die gemeinsame Exhumierung von Opfern des Wolhynien-Massakers auf dem Gebiet des ehemaligen Dorfes Puzniki, wo vermutlich zwischen 70 und 120 Menschen, vor allem Frauen und Kinder, von der UPA ermordet worden waren.⁷⁰

Zuletzt brachen die geschichtspolitischen Kontroversen zwischen Polen und der Ukraine wieder auf. Am 19. Juni 2026 entzog Polens Präsident Karol Nawrocki in einer auch im eigenen Land zum Teil kritisierten Entscheidung dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj den Orden des Weißen Adlers, Polens höchste zivile Auszeichnung, da Selenskyj zuvor einer Spezialeinheit der ukrainischen Armee den Titel „Helden der UPA“ verliehen hatte. Selenskyj hat den Orden inzwischen nach Warschau zurückgesandt.⁷¹ Mitte Juli kündigte er jedoch zur Entschärfung des Konflikts an, „alle Archive des Sicherheitsdienstes und des Auslandsnachrichtendienstes der Ukraine, welche die tragischen Ereignisse in Wolhynien im 20. Jahrhundert betreffen“, zu öffnen. Zudem werde Kiew „eine erhebliche Anzahl von Genehmigungen für Such- und Ausgrabungsarbeiten [nach den Opfern] erteilen“.⁷²

67 Zitiert nach der Dokumentation: Beschlüsse des Sejm zum Jahrestag der Verbrechen von Wolhynien (2016 und 2023). In: Polen-Analysen, Ausgabe 319 (07.11.2023), S. 9-11, hier: S. 10, abrufbar unter <https://laender-analyse.de/polen-analysen/319/beschluesse-des-sejm-zum-jahrestag-der-verbrechen-von-wolhynien-2016-und-2023/>.

68 Klaus Bachmann, Viel Feind, viel Ehr. Geschichtspolitik in Polen, a.a.O., S. 422.

69 Ukraine, Poland leaders jointly mark WWII massacres that strained ties. Reuters, 09.07.2023, abrufbar unter <https://www.reuters.com/world/europe/zelenskiy-polands-duda-pay-tribute-victims-ww2-massacre-2023-07-09/>

70 Katarzyna-Maria Skiba und Weronika Wakulska: Beginn der Exhumierung der Opfer des Massakers von Wolhynien. In: *euronews*. 24. April 2025, abrufbar unter <https://de.euronews.com/my-europe/2025/04/24/wolhynien-massaker-polen-und-die-ukraine-beginnen-mit-gemeinsamer-exhumierung-der-opfer>

71 Stefan Locke: Mit Versandbestätigung zurück nach Warschau. In: Frankfurter Allgemeine, 22.06.2026; Florian Hassel: Polen und Ukraine streiten über ihre Geschichte. In: Süddeutsche Zeitung, 24.06.2026.

72 Stefan Locke: Selenskyj deeskaliert. Kiew will Archive zu Massakern öffnen, Frankfurter Allgemeine, 20.07.2026, S. 2.

2.1.2.3. Katyn als umstrittenes polnisch-russisches Geschichtsthema

Die historische Chiffre „Katyn“ steht in Polen symbolhaft für die verbrecherische Terrorpolitik der sowjetischen Führung. Sie bezeichnet den Massenmord an fast 22.000 Repräsentanten des polnischen Staates, die aufgrund eines Beschlusses des sowjetischen Politbüros vom 5. März 1940 erschossen wurden. Die Opfer waren Offiziere der polnischen Armee sowie Angehörige der polnischen Elite und Oberschicht. Sie waren nach dem Einmarsch der Roten Armee infolge des Hitler-Stalin-Paktes interniert und in sowjetische Sonderlager gebracht worden. Im April und Mai 1940 wurden rund 15.000 Kriegsgefangenen aus den Lagern in Kosselsk, Ostaschkow und Starobielsk mit Zügen zu den Exekutionsstätten in Katyn, Twer und Charkiw gebracht. Nach ihrer Hinrichtung verscharrte man die sterblichen Überreste der Ermordeten in namenlosen Massengräbern, davon 4.000 Gefangene im Wald von Katyn nahe der russischen Stadt Smolensk, die weiteren an mindestens vier weiteren Orten, darunter in Pjatischatki nahe der ostukrainischen Stadt Charkiw und in Kuropaty bei Minsk.⁷³

Die deutsche Wehrmacht entdeckte im Jahr 1943 im Wald von Katyn die dort verscharrten Leichen. Der Massenmord wurde in der Folge Teil eines großen Propagandakampfes, den die Historikerin Claudia Weber als „Krieg um Kriegsverbrechen“ bezeichnet hat, bei dem sich das Deutsche Reich und die Sowjetunion gegenseitig der Täterschaft bezichtigten.⁷⁴ Auch nach 1945 leugnete die Sowjetunion jahrzehntelang das Verbrechen. Mit allen Mitteln – von politischen Drohungen bis hin zur Verfolgung und Bestrafung von Personen – versuchten alle sowjetischen Regierungen im Kalten Krieg, die Rede über Katyn zu verhindern. Erst 1990 räumte Gorbatschow die sowjetische Verantwortung ein und entschuldigte sich bei den Polen. Er hoffte, durch das Ende des Täterstreits im Fall Katyn eine gefährliche Debatte über sowjetische Kriegsverbrechen „im Keim zu ersticken“, da diese den letzten sowjetischen Integrationsmythos vom „Großen Vaterländischen Krieg“ bedroht hätte. Aus diesem Grund rieten ihm Außenminister Eduard Schewardnadse, sein Berater Valentin Falin und der Chef des KGB, Wladimir Krjutschkow, so die Historikerin Claudia Weber, „zu sagen, was wirklich geschehen ist“, um „die Sache zu beenden“ und keine „Diskussion des Hitler-Stalin-Pakts in Gang zu setzen“.⁷⁵ 1992 machte Russlands Präsident Boris Jelzin die bis dahin streng geheimen Dokumente von Berias Geheimpolizei zu den Morden von 1940 öffentlich und übergab sie dem polnischen Präsidenten Lech Wałęsa.⁷⁶

In der Zeit der Volksrepublik hatten sich die Regierenden in Polen ebenfalls bemüht, das Schicksal der Ermordeten in Vergessenheit geraten zu lassen. An die Morde zu erinnern, war untersagt.

73 Krzysztof Ruchniewicz: Das polnische Kriegstrauma Katyn: zwischen Instrumentalisierung durch die Kommunisten und Heroisierung der nationalen Opfer durch Polen. In: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 21, Heft 2/2008, S. 268-284, hier: S. 272-276, abrufbar unter <https://dnb.info/1187051624/34>

74 Claudia Weber: „Too closely identified with Dr. Goebbels“. Die Massenerschießungen von Katyn in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs. In: Zeithistorische Forschungen 8 (2011), S. 37-59, hier: S. 41, abrufbar unter https://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/Druckausgabe/2011-1/ZF_1_2011_37_59_Weber.pdf

75 Claudia Weber: Die Massenerschießungen von Katyn, abrufbar unter <https://www.dekoder.org/de/gnose/massenerschiessungen-katyn-aufarbeitung-polen/>

76 Krzysztof Ruchniewicz: Das polnische Kriegstrauma Katyn, a.a.O., S. 281.

Personen, die die Wahrheit über Katyń verbreiteten, mussten mit staatlichen Repressionen rechnen. Die Erinnerung an die Opfer konnte nur in den Familien gepflegt werden. Mit dem Kriegsverbrechen von Katyń befassten sich ausschließlich Kreise der polnischen Emigration im Westen.⁷⁷

In den 1990er Jahren entstanden in Polen erste Denkmäler zur Erinnerung an die Katyń-Opfer, Forschungen zu den Ereignissen wurden nun unterstützt. Jedes Jahr wurden Gedenkfeiern zur Erinnerung an die Morde mit Beteiligung der Regierung oder des Präsidenten abgehalten. Anlässlich des 65. Jahrestages der Katyń-Morde im Jahr 2005 ehrte der polnische Staatspräsident, Aleksander Kwaśniewski, russische Bürgerrechtler und Historiker, die sich für die Aufklärung der Morde eingesetzt hatten, mit hohen polnischen Auszeichnungen. Das Thema Katyń wurde darüber hinaus nun in polnischen Schulbüchern stärker berücksichtigt.⁷⁸

2010 rückte Katyń erneut in den Fokus. Am 10. April 2010 stürzte ein Flugzeug mit einer polnischen Delegation, unter ihnen Staatspräsident Lech Kaczyński, am Flughafen von Smolensk ab, alle Passagiere starben. Die Delegation war unterwegs zu den Gedenkfeiern anlässlich des 70. Jahrestags des Verbrechens in Katyń. Wenige Tage zuvor hatten die Ministerpräsidenten Russlands und Polens, Wladimir Putin und Donald Tusk, in Katyń erstmals gemeinsam der Verbrechen gedacht. Polen habe nicht nur einen erheblichen Teil seiner politischen Führungsspitze verloren, sondern der symbolische Rahmen des Absturzes habe auch die Chance auf eine geschichtspolitische Aussöhnung zwischen Polen und Russland zerstört. Der Tod von Kaczyński, die nachfolgenden Anschuldigungen über die Absturzursache sowie die generell problematischen Entwicklungen der Geschichtspolitik in beiden Ländern hätten die sich zuvor andeutenden vorsichtigen Annäherungsversuche zunichte gemacht, konstatiert der Historiker Tilman Plath.⁷⁹

Bis heute ist der Massenmord von Katyń im nationalen Bewusstsein Polens weithin präsent. Er gilt als das größte kommunistische Verbrechen gegen das polnische Volk und ist in der polnischen Erinnerungskultur stark verankert. Inzwischen drängt die russische Führung die Erinnerung an Katyń weiter zurück. Im April 2018 wurde in Katyń ein neues Museum eröffnet, das die polnisch-russischen Beziehungen aus einer russisch-nationalistischen Perspektive darstellt. An der Konzeption des Museums war die 2012 von Putin gegründete „Russische Militärgeschichtliche Gesellschaft“ entscheidend beteiligt.⁸⁰ Inzwischen würden in politischen Diskursen in Russland die Tat mit dem Hinweis auf tote sowjetische Kriegsgefangene im Polnisch-Sowjetischen Krieg 1919/21 wieder relativiert und die NKWD-Täterschaft durch Verschwörungstheoretiker komplett infrage gestellt. Putin lasse sie gewähren, während das Gedenken der Verbrechen des Stalinismus

77 Ebenda, S. 278f.

78 Ebenda, S. 281f.

79 Tilman Plath: Vom Weg in die vorhersehbare Vergangenheit. Geschichtspolitik in Polen und Russland 2010-2020. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70 (2022), H. 9, S. 744-760, hier: S. 744; im Jahr 2010 hatte die russische Staatsduma Katyń als Kriegsverbrechen bezeichnet und den Opferfamilien ihr Mitgefühl ausgesprochen. Allerdings war mit diesen Zugeständnissen keine juristische Rehabilitation oder Entschädigung der Opferfamilien verbunden. (Claudia Weber: Die Massenerschießungen von Katyń, a.a.O.)

80 Onlineredaktion der Bundeszentrale für politische Bildung: Vor 85 Jahren: Verbrechen von Katyń, „Hintergrund Aktuell“, April 2020, zuletzt aktualisiert am 28.03.2025, abrufbar unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/203716/vor-85-jahren-verbrechen-von-katyn/>

aus der öffentlichen Erinnerung verschwinde. Das Interesse an einer breiten historischen Aufarbeitung, die Katyń beispielsweise in den Kontext der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit in den ersten Weltkriegsmonaten stelle, sei, – ähnlich wie zur Zeit Gorbatschows – seitens der russischen Staatsführung auch heute nicht vorhanden, urteilt die Historikerin Claudia Weber.⁸¹ In einer Rede auf einem Gipfel der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten im Dezember 2019 behauptete Putin, die Sowjetunion habe durch ihre Besetzung Ostpolens in Folge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 viele Menschenleben gerettet. Verbrechen wie Katyń erwähnte er hingegen nicht. Stattdessen gab er Polen eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Im Juni 2022 wurde die polnische Fahne am Friedhof für die Opfer von Katyń durch die russischen Behörden entfernt.⁸²

2.2. Ukraine

Geschichtspolitik spielt in der Ukraine sowohl innenpolitisch als auch besonders in den Beziehungen zu Polen und Russland eine wichtige Rolle. Dabei folgte die Geschichtspolitik seit der staatlichen Unabhängigkeit im Jahr 1991 keiner stringenten Linie, sondern war vor allem von Brüchen und unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen geprägt, die mit den jeweils amtierenden Präsidenten eng verknüpft sind.

2.2.1. Wechselnde geschichtspolitische Akzentsetzungen der Präsidenten

Im September 1989 bildete sich in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik mit der „Volksbewegung der Ukraine für Perestroika“ (Ruch) eine demokratische Opposition heraus, die von ukrainischen Intellektuellen, Schriftstellern und Historikern ausging. „Ruch“ trat u.a. für eine nationale und wirtschaftliche Souveränität der Ukraine innerhalb einer sowjetischen Konföderation, eine allgemeine Demokratisierung, Reformen der Verfassung und einen verbesserten Status der ukrainischen Sprache und mehr Rechte für die christlichen Kirchen neben der russisch-orthodoxen Kirche ein.⁸³ Darüber hinaus proklamierte „Ruch“ ein betont nationalstaatliches Geschichtsbild. Auf dem Gründungskongress trat man für die Einführung jener ukrainischer nationaler Symbole (blau-gelbe Flagge, Dreizack als Wappenzeichen und die Hymne „Noch ist die Ukraine nicht gestorben“) ein, die mit der kurzen Phase nationaler Staatsbildungsversuche in den Jahren zwischen 1917 und 1921 verbunden waren.⁸⁴ Bei den Parlamentswahlen im März 1990 errang das von „Ruch“ angeführte Oppositionsbündnis über ein Viertel der Mandate im

81 Claudia Weber: Die Massenerschießungen von Katyn, a.a.O.

82 Onlineredaktion der Bundeszentrale für politische Bildung: Vor 85 Jahren: Verbrechen von Katyń, a.a.O.

83 Kerstin S. Jobst: Geschichte der Ukraine, 3., aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Ditzingen 2022, S. 242-246.

84 Wilfried Jilge: Nationale Geschichtspolitik während der Zeit der Perestroika in der Ukraine. In: GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, hrsg. von Helmut Altrichter, München 2006, S. 99-128, hier: S. 120f.

Obersten Sowjet, während auf die Kommunistische Partei der Ukraine 70 Prozent der Parlamentsmandate entfielen.⁸⁵

Entscheidend für die weitere Entwicklung war, dass große Teile der Kommunistischen Partei der Ukraine ebenfalls eine Lösung vom sowjetischen Zentralismus anstrebten und zusammen mit „Ruch“-Vertretern im Juli 1990 für die staatliche Souveränität der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik stimmten. Am 24. August 1991, kurz nach dem gescheiterten Putschversuch gegen Gorbatschow in Moskau, sprach sich der Oberste Sowjet der Ukraine für die nationale Unabhängigkeit aus. Das Votum wurde in einem Referendum im Dezember 1991 mit klarer Mehrheit bestätigt. Am 5. Dezember 1991 folgte der Austritt aus der Sowjetunion. Der Schulterschluss zwischen dem oppositionellen Lager und den Nationalkommunisten habe einerseits zu einem friedlichen politischen Übergang geführt, andererseits aber in der Folge eine umfassende Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit gehemmt, für die sich vor allem die ukrainische Zivilgesellschaft seit Ende der 1980er Jahre stark gemacht hatte, da Vertreter der Nomenklatura der späten Sowjetzeit die politische Landschaft in der Ukraine in der Anfangszeit der staatlichen Unabhängigkeit weiterhin entscheidend prägten, wie die Historikerin Claudia Lau konstatiert.⁸⁶

Erster frei gewählter Präsident der unabhängigen Ukraine wurde im Dezember 1991 Leonid Krawtschuk, der zwischen 1980 und 1988 Leiter der Abteilung für Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine gewesen war und sich bei der Wahl gegen den ehemaligen Dissidenten Vjačeslav Čornovil durchsetzen konnte.⁸⁷ Krawtschuk stilisierte sich zum Hüter des ukrainischen Volkes mit Verweisen auf die ukrainische Nationalgeschichte und der Einführung der blau-gelben Flagge, Dreizack-Banner und Hymne als Staatssymbolen.⁸⁸ Die Gesellschaft „Memorial“, die sich 1989 auch in Kiew gegründet hatte, setzte sich für die Aufarbeitung politisch motivierter Straftaten in der Sowjetzeit ein und plante auf Basis der ihr vorliegenden Dokumente ein Museum über kommunistische Verbrechen. Zu einer Lustrationsgesetzgebung oder einer strafrechtlichen Verfolgung von Verantwortlichen für vergangene Verbrechen kam es während Krawtschuks Amtszeit nicht.⁸⁹

Die Geschichtspolitik seines Nachfolgers Leonid Kutschma (1994-2004) war zu Beginn seiner Amtszeit geprägt von einer „bewusst praktizierten Ambivalenz“, die nationale und sowjetische Erinnerungskulturen zu vereinen und kontroverse Ereignisse und Personen zu umgehen versuchte.⁹⁰ So wurden beispielsweise anlässlich des 50. Jahrestag des „Tages des Sieges“ am 9. Mai 1995 Elemente des ehemals offiziellen sowjetischen Geschichtsbildes vom „Großen Vaterländischen Krieg“ aufgegriffen und zugleich „ukrainisiert“: Die staatlichen Grenzen der unabhängigen Ukraine wurden als Folge des Sieges im „Großen Vaterländischen Krieg“ präsentiert und der

85 Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, München 2022, 6. Auflage, S. 251.

86 Carola Lau, Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 423.

87 Ebenda, S. 429; Andreas Kappeler: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Bonn 2023, S. 194f.

88 Carola Lau, Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 430.

89 Ebenda, S. 428f.

90 Ebenda, S. 430.

„ukrainische Faktor“ in der Roten Armee und in den Partisaneneinheiten als zentraler Beitrag zu diesem Sieg betont. Auf diese Weise sollte das Erbe der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik in das nationale Geschichtsbild des unabhängig gewordenen Staates integriert werden.⁹¹

Im Präsidentschaftswahlkampf 2004 versuchten Präsident Kutschma und der von ihm unterstützte Präsidentschaftskandidat Wiktor Janukowytsch den „Tag des Sieges“ und die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ parteipolitisch zu besetzen und damit vor allem die sowjetisch geprägten Erinnerungskulturen der südlichen und östlichen Regionen des Landes zu bedienen. Dies illustrierte beispielsweise das staatliche Gedenken an den „60. Jahrestag der Befreiung der Ukraine von den faschistischen Eroberern“ am 28. Oktober 2004, dessen Höhepunkt eine große Militärparade in Anwesenheit des russischen Präsidenten Wladimir Putin war. Sie erinnerte in ihrer Ikonographie mit historischen T-34-Panzern, roter Siegesfahne und hochdekorierten sowjetischen Kriegsveteranen, die in sowjetischen Geländewagen an der Tribüne mit den Repräsentanten der Staatsführung sowie der ehemaligen „Bruderrepubliken“ vorbeifuhren, an Paraden in sowjetischer Zeit. In Anlehnung an die sowjetische Erzählung von der gemeinsamen Verteidigung der sowjetischen Brudervölker unter der Führung Russlands gegen den Faschismus dienten die Gedenkfeierlichkeiten, so der Historiker Wilfried Jilge, auch der Rechtfertigung der immer stärkeren außenpolitischen Anlehnung der Ukraine an Russland am Ende der Präsidentschaft Kutschmas.⁹² Andere historische Bezüge wie beispielsweise die öffentliche Erinnerung an den Holodomor nahmen in seiner Geschichtspolitik dagegen während seiner beiden Amtszeiten keinen zentralen Platz ein. Erinnert wurde an die Hungerkatastrophe von 1932/33 insbesondere anlässlich von „runden“ Jubiläen. Allerdings führte Kutschma per Dekret 1998 einen nationalen Gedenktag an die Opfer des Holodomor ein.⁹³

Während des Präsidentschaftswahlkampfes 2004 zwischen Wiktor Janukowytsch und Wiktor Juschtschenko, der durch die Massenproteste auf dem Majdan gegen die Wahlfälschungen der auf Beschluss des Obersten Gerichts annullierten und anschließend wiederholten Stichwahl geprägt war, spielten Bezüge an die jüngste ukrainische Geschichte bei den politischen Akteuren eine zentrale Rolle. Vor allem in den überwiegend russischsprachigen Gebieten der Ostukraine und auf der Halbinsel Krim wurden Juschtschenko-Anhänger auf der Grundlage von historischen Analogiebildungen zur stalinistischen Freund-Feind-Propaganda der 1940er Jahre als radikale „Nationalisten“ und „Faschisten“ und Agenten des „amerikanischen Imperialismus“ gebrandmarkt, die darauf aus seien, die ökonomischen Grundlagen der Bevölkerung zu zerstören und „die russische Sprachkultur in der Ukraine auszurotten“.⁹⁴ Auch im Wahlkampf des neu gewählten Präsidenten Wiktor Juschtschenko, der eine kulturell einheitliche ukrainische Nation nach

91 Wilfried Jilge: Von der Perestrojka zur orangefarbenen Revolution. Geschichtspolitik und nationalstaatliche Symbole in der Ukraine. In: Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen, Ukraine, hrsg. von Zdzisław Krasnodebski, Stefan Garsztecki und Rüdiger Ritter, Hamburg 2008, S. 427-468, hier: S. 453.

92 Ebenda, S. 454.

93 Carola Lau, Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 430; Martin-Paul Buchholz: Populismus für Opfer und Sieger. Zwei Gedenktage und die ukrainische Geschichtspolitik. In: Gedenktage im Schatten des Populismus, hrsg. von Bettina Degner und Małgorzata Świder, Heidelberg 2022, S. 173-194, hier S. 178; vgl. zum Holodomor Kapitel 2.2.4.1.

94 Wilfried Jilge: Von der Perestrojka zur orangefarbenen Revolution, a.a.O., S. 455f.

der Formel „eine Kirche, eine Sprache, eine Geschichte“ proklamiert hatte, spielten geschichtspolitische Themen wie die Erinnerung an den Holodomor und an nationalistische Widerstandsgruppen im Zweiten Weltkrieg wie die „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) und die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) eine wichtige Rolle.⁹⁵

Präsident Wiktor Juschtschenko legte während seiner Amtszeit (2005-2010) besonderen Wert auf die Neuausrichtung der Grundlagen und des Selbstverständnisses der ukrainischen Nation und ihrer nationalen Identität. Geschichts- und Identitätspolitik sowie die damit verbundene Kultivierung einer bestimmten Erinnerungskultur waren dabei zentrale Elemente, auf die Juschtschenko maßgeblich Einfluss nahm. Dabei zeichnete sich laut Literatur der Trend ab, dass man der falschen, sowjetideologisch geprägten Geschichtsschreibung nun eine „wahrhaftige“ Nationalgeschichte gegenüberstellte. Die Zentralisierung des Deutungsmonopols der Exekutive mit einer herausragenden Stellung des Präsidenten manifestierte sich auch in der Gründung des „Ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken“ (UINP), das der Präsidialadministration unterstand und als zentraler geschichtspolitischer Sinnproduzent fungieren sollte.⁹⁶

Wiktor Janukowytsch, der sich bei der Neuwahl des Staatspräsidenten 2010 gegen Julija Tymoschenko durchgesetzt hatte, leitete während seiner Amtszeit eine erneute Wende in der Geschichtspolitik ein, in der ein Geschichtsnarrativ dominant war, welches die Ukraine als „brüderlichen“ Nachbarn Russlands herausstellte und den erinnerungspolitischen Mythos vom gemeinsamen Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945“ betonte. Dies illustrierten bereits die Feiern zum 65. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg am 9. Mai 2010, die an den früheren pompösen Stil sowjetischer Paraden anknüpften und in enger Abstimmung mit der russischen und belarussischen Regierung vorbereitet und in Anwesenheit der Präsidenten der drei Länder begangen wurden.⁹⁷ Die Sowjetperiode erschien insgesamt nicht mehr als eine Periode permanenter Unterdrückung ukrainischer Autonomiebestrebungen oder gar „Fremdherrschaft“, wie sie die Geschichtspolitik seines Amtsvorgängers Wiktor Juschtschenko proklamiert hatte. In der Präsidentschaft Wiktor Janukowytschs habe sich eine Rückkehr zum „autoritären Eklektizismus“ (Wilfried Jilge) der Kutschma-Periode vollzogen, in der wahllos und inkonsistent Elemente sowjetischer Historiografie mit nationalukrainischen Nuancen kombiniert worden seien. So sei im Mai 2010 in Saporischschja mit Billigung des neuen Präsidenten Janukowytsch eine Büste zu Ehren Stalins eingeweiht worden, der weitere Denkmäler folgten, wie der Geschichts- und Politikwissenschaftler Ingmar Bredies konstatiert.⁹⁸

95 Carola Lau, Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 434, vgl. Kapitel 2.2.4.2. zur OUN und UPA.

96 Ingmar Bredies: Volle Fahrt zurück! Richtungswechsel in der Geschichts- und Identitätspolitik. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 75 (25.05.2010), S.2-6, hier: S. 2f., abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/75/volle-fahrt-zurueck-richtungswechsel-in-der-geschichts-und-identitaetspolitik/>; vgl. Kapitel 2.2.4.3. zum UINP.

97 Tomasz Stryjek: Opfer und Helden – vergangenheitspolitische Strategien der ukrainischen Eliten. In: Geschichtspolitik in Europa nach 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, hrsg. von Etienne François, Kornelia Konczal, Robert Traba und Stefan Troebst, Göttingen 2013, S. 264-297, hier: S. 268.

98 Ingmar Bredies: Volle Fahrt zurück! Richtungswechsel in der Geschichts- und Identitätspolitik, a.a.O., S. 4f.

Die durch die Abkehr vom geplanten EU-Assoziierungsabkommen ausgelösten Maidan-Proteste von 2013 und 2014, die nach blutiger Polizeigewalt gegen Demonstranten zur Absetzung des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch führten und in dessen Flucht nach Moskau mündeten, markieren eine politischen Zäsur, die durch die sich anschließende russische Annexion der Krim und die Proklamation der „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ in der Ostukraine durch von Russland unterstützte Separatisten weiter vertieft wurde. In der Folge leitete der 2014 neu ins Amt gewählte ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Schatten des russisch-ukrainischen Konfliktes einen erneuten geschichtspolitischen Kurswechsel ein. Die dabei im Mittelpunkt stehenden Dekommunisierungsgesetze werden aufgrund ihrer geschichtspolitischen Bedeutung im folgenden Kapitel näher beleuchtet.

2.2.2. Die Dekommunisierungsgesetze von Präsident Petro Poroschenko

Der seit Mai 2014 amtierende Präsident Petro Poroschenko und die Regierung von Arsenij Jazenuk leiteten eine Politik der „Dekommunisierung“ ein, die sie als nachholende Entwicklung der aus ihrer Sicht auf halbem Weg steckengebliebenen revolutionären Umwälzung von 1989 bis 1991 betrachteten.⁹⁹ Das im April 2015 vom ukrainischen Parlament beschlossene Gesetzespaket zur Dekommunisierung zielt darauf ab, mit der postsowjetischen Geschichtskultur zu brechen und einen grundlegenden Umbau der staatlichen Erinnerungspolitik einzuleiten.¹⁰⁰ Hierzu wurde ein aus insgesamt vier Einzelgesetzen bestehendes Gesetzespaket vom ukrainischen Parlament verabschiedet:

- 1) Gesetz über die Verurteilung der kommunistischen und nationalsozialistischen totalitären Regime in der Ukraine und das Verbot der Propaganda mit deren Symbolen;
- 2) Gesetz über den Zugang zu den Archiven der repressiven Organe des kommunistischen totalitären Regimes der Jahre 1917–1991;
- 3) Gesetz über die Verewigung des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg von 1939–1945;
- 4) Gesetz über den rechtlichen Status und die Erinnerung an die Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert.¹⁰¹

Das „**Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik**“ zielte darauf ab, Relikte der kommunistischen Vergangenheit aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. In der Folge wurden zahlreiche kommunistische Denkmäler demontiert sowie Orts- und Straßennamen in vielen Teilen der Ukraine umbenannt. Bereits unmittelbar nach der Ausrufung der staatlichen Unabhängigkeit im Dezember 1991 war es vor allem in Galizien und Wolhynien aufgrund von Beschlüssen örtlicher Behörden zur Demontage zahlreicher Lenin-Denkmäler gekommen, die allerdings die

99 Gerhard Simon: Good Bye, Lenin! Die Ukraine verbietet kommunistische Symbole. In: Osteuropa, 66. Jg., 3/2016, S. 79–94, hier S. 80; Florian Peters: Roter Mohn statt Rotem Stern. „Entkommunisierung“ der Geschichtskultur in der Ukraine. In: Osteuropa, 66 Jg., 3/2016, S. 59-77, hier: S. 74.

100 Florian Peters: Roter Mohn statt Rotem Stern, a.a.O., S. 59.

101 Gerhard Simon: Good Bye, Lenin!, a.a.O., S. 81.

Zentralukraine nur begrenzt und den Osten des Landes gar nicht erreichte. Von den mehr als 5.000 Lenin-Denkmalern wurden 2.000 demontiert. Eine gesamtstaatliche Strategie oder gesetzliche Regelungen gab es damals ebenso wenig wie Ende der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre, als noch einmal rund 600 Lenin-Denkmäler und Skulpturen in den westlichen zentralen Gebieten abgebaut wurden. Nach der „Orangen Revolution“ wurden in den Jahren 2005 bis 2008 in der Zentralukraine ca. 600 weitere Monumente demontiert. Im Zuge des „Euromajdan“ 2013/14 kam es zu weiteren Zerstörungen von Lenin-Statuen durch Protestaktivisten.¹⁰²

Neben der Demontage von Denkmälern legalisierte das Gesetz die Umbenennung von Orts- und Straßennamen sowie geographischen Bezeichnungen, die zu Ehren kommunistischer Führer oder Funktionäre, aber auch zu Ehren kommunistischer Institutionen ihren Namen erhalten hatten. Für die Umbenennungen von städtischen Bezirken, Straßen und Plätzen innerhalb von Ortschaften sowie für die Demontage der kommunistischen Denkmäler sind laut dem Gesetz die örtlichen Selbstverwaltungsorgane zuständig, die innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes, d.h. bis zum 21. November 2015, verpflichtet wurden, die Dekommunisierung umzusetzen.¹⁰³

Für die Umbenennungen von Städten, Dörfern und Bezirken (außerhalb von Ortschaften) ist das ukrainische Parlament, die Werchowyna Rada, zuständig. Vorschläge für die neuen Ortsnamen sollten von den betroffenen Selbstverwaltungsorganen vorgelegt werden. Im Falle des Ausbleibens von Vorschlägen entschied das Parlament aufgrund von Empfehlungen des „Ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken“, das die zentrale Steuerungsfunktion bei der Dekommunisierung innehatte, über neue Ortsnamen.¹⁰⁴ Es stellte Listen der umzubenennenden Ortschaften und Personen zusammen, die als Träger des kommunistischen Systems in Zukunft nicht mehr Namengeber sein sollten, sowie ein Verzeichnis der Organisationen, Ereignisse und Bezeichnungen, die künftig für die Namengebung im öffentlichen Raum ausscheiden.¹⁰⁵

Bis Ende 2016 wurden laut Angaben des „Ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken“ 32 Städte, 955 Orte, 25 Rajone (Landkreise) und 51.493 Straßen, Parks und andere Orte in der Ukraine umbenannt. Darüber hinaus wurden 2.389 Denkmäler und Gedenktafeln demontiert, darunter 1.320 Lenin-Statuen.¹⁰⁶ Insgesamt waren etwa drei Prozent der Ortschaften und zwischen drei und fünf Prozent der Straßennamen von Umbenennungen betroffen, in der Ostukraine ungefähr

102 Ebenda, S. 80-82; das Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik sah einige Ausnahmen vor. So sollten Denkmäler oder Gedenktafeln zu Ehren des Widerstandes und des Sieges über die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg erhalten bleiben. Das Verbot der kommunistischen Symbolik erstreckt sich auch nicht auf Exponate in Museen, Bibliotheken, auf wissenschaftliche und künstlerische Werke, auf Schul- und Lehrbücher sowie auf Gedenksteine auf Friedhöfen. (Ebenda, S. 82)

103 Ebenda, S. 84f.

104 Ebenda, S. 86.

105 Ebenda, S. 86.

106 Lina Klymenko: Die Politik der Umbenennung: Nationsbildung und Straßennamen in der Ukraine. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 214 (15.03.2019), S. 2-5, hier: S. 2, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analyse/214/die-politik-der-umbenennung-nationsbildung-und-strassennamen-in-der-ukraine/>.

zehn Prozent.¹⁰⁷ Die Dekommunisierung von Straßen- und Ortschaftsnamen löste mancherorts erregte Auseinandersetzungen und Widerstände aus.¹⁰⁸

Das Gesetz sah außerdem Verbote und Freiheitsstrafen vor für „die öffentliche Leugnung, insbesondere im Rahmen von Massenmedien, des verbrecherischen Charakters des kommunistischen totalitären Regimes der Jahre 1917-1991 in der Ukraine, [...] die Verbreitung von Informationen, die auf eine Rechtfertigung des verbrecherischen Charakters des kommunistischen [...] totalitären Regimes gerichtet sind, die Rechtfertigung der Tätigkeit der sowjetischen Staatssicherheitsorgane auf dem Territorium der Ukraine, die Rechtfertigung der Errichtung der Sowjetmacht auf dem Territorium der Ukraine [...] der Verfolgung von Teilnehmern am Kampf für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert“.¹⁰⁹

Die breite Palette an verbotenen Symbolen, die vage Definition der strafbewehrten Handlungen und die Höhe des vorgesehenen Strafmaßes von bis zu zehn Jahren Haft für die Verbreitung „totalitärer“ Symbole stießen vielfach auf Kritik, u.a. bei der „Venedig-Kommission“ des Europarats und beim Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE.¹¹⁰

Zwei Gesetze des Dekommunisierungspaketes befassten sich mit der Erinnerungspolitik in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg. Das **„Gesetz über den rechtlichen Status und die Erinnerung an die Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert“** zählt eine große Zahl von zivilen und militärischen Organisationen und Einrichtungen, politischen Gruppierungen, legalen und illegalen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen seit 1917 auf, die für die Unabhängigkeit der Ukraine kämpften – beginnend mit der Ukrainischen Volksrepublik und der Westukrainischen Volksrepublik von 1917/18 und endend mit der 1976 gegründeten Ukrainischen „Helsinki-Gruppe“ sowie mit der 1989 gegründeten „Volksbewegung der Ukraine für die Perestroika“ (Ruch). Als Kämpfer für die Unabhängigkeit werden in dem Gesetz ausdrücklich auch die politischen und militärischen Untergrundorganisationen der 1930er und 1940er Jahre wie die „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) und die „Ukrainische Aufstandsarmee“ (UPA) genannt, was aufgrund ihrer Beteiligung an der Ermordung von Polen und Juden im Zweiten Weltkrieg sowohl innerhalb der Ukraine als auch im Ausland auf Kritik stieß.¹¹¹ Das Gesetz sichert ihnen ein ehrendes Andenken zu als Kämpfer für die „Erneuerung der ukrainischen Staatlichkeit“. Es stuft zudem die „öffentliche Leugnung“ der „Rechtmäßigkeit des Kampfes für die

107 Good Bye, Lenin!, a.a.O., S. 88;

108 Ebenda, S. 86-89; Florian Peters: Roter Mohn statt Rotem Stern, a.a.O., S. 71-73; Lina Klymenko: Die Politik der Umbenennung: Nationsbildung und Straßennamen in der Ukraine, a.a.O., S. 2-4.

109 Gerhard Simon: Good Bye, Lenin!, a.a.O., S. 82.

110 Florian Peters: Roter Mohn statt Rotem Stern, a.a.O., S. 74.

111 Gerhard Simon: Good Bye, Lenin!, a.a.O., S. 90, Oksana Myshlovska: Regelung der Vergangenheit per Gesetz – Einordnung der ukrainischen „Erinnerungsgesetze“. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 199 (12.04.2018), S. 2-6, hier: S. 3, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/199/regelung-der-vergangenheit-per-gesetz-einordnung-der-ukrainischen-erinnerungsgesetze/>.

Unabhängigkeit der Ukraine“ als rechtswidrige „Verunglimpfung der Erinnerung an die Kämpfer für die Unabhängigkeit“ ein.¹¹²

Im **„Gesetz über die Verewigung des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg von 1939–1945“** wird ausdrücklich eine geschichtspolitische Gleichstellung der „Veteranen des Krieges, der Teilnehmer am ukrainischen Befreiungskampf und der Opfer des Nazismus“ formuliert, denen gleichermaßen ein „ehrendes Andenken“ zugesichert wird. Der Staat wird zudem verpflichtet, auch in Zukunft die Gedenkstätten und Friedhöfe zu unterhalten, das Andenken an die Veteranen in Wissenschaft und Schulen zu fördern sowie die „objektive und allseitige Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ zu unterstützen. Der 9. Mai bleibt laut dem Gesetz als Staatsfeiertag erhalten. Er soll jedoch künftig nicht mehr als „Tag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945“, sondern als „Tag des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg 1939–1945“ begangen werden. Zusätzlich soll fortan der 8. Mai als „Tag des Gedenkens und der Versöhnung“ im Gedenken an alle Opfer des Zweiten Weltkriegs begangen werden.¹¹³ „Mit dem neuen Gesetz geht die ukrainische Führung klar auf Distanz zum Tag des Sieges, der in letzter Zeit zu Propagandazwecken instrumentalisiert und mythologisch überlagert wurde. Damit widerspricht sie deutlich den vom Putin-Regime erhobenen Ansprüchen auf ein Deutungsmonopol über die Kriegsgeschichte“, konstatiert der Historiker Dmytro Myeshkov vom Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte der Universität Freiburg.¹¹⁴

Ebenfalls integraler Bestandteil des Gesetzespakets zur Dekommunisierung war die Öffnung der Archive der ehemaligen sowjetischen Repressionsorgane in der Ukraine. Diese wurde im **„Gesetz über den Zugang zu den Archiven der repressiven Organe des kommunistischen totalitären Regimes der Jahre 1917–1991“** gesondert geregelt. Das Archivgesetz legt fest, dass jedermann Zugang zu den Archiven erhalten soll. Zu den Repressionsorganen gehören laut dem Gesetz neben den Organen der Staatssicherheit und der politischen Polizei u.a. das Oberste Gericht, das Justizministerium, das Innenministerium, die Staatsanwaltschaft, Volksgerichte und Militärtribunale. Auch die Truppen des Innenministeriums, die Grenztruppen sowie die speziellen Wach- und Sicherungstruppen der Regierung werden den Repressionsorganen zugerechnet ebenso wie die Gulag-Lagerverwaltungen und die Strafvollzugsorgane.¹¹⁵

2.2.3. Geschichtspolitik in der Amtszeit von Präsident Wolodymyr Selenskyj

Der 2019 ins Präsidentenamt gewählte Präsident Wolodymyr Selenskyj knüpfte nach seinem Amtsantritt an die Geschichtspolitik seines Vorgängers Petro Poroschenko an. Die 2015 beschlossenen Dekommunisierungsgesetze sind weiterhin in Kraft. Eine zentrale Rolle spielen auch weiterhin die Erinnerung an den Holodomor und den ukrainischen Widerstand gegen die deutschen Besatzer sowie gegen die sowjetische Fremdherrschaft im und nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu

112 Gerhard Simon: Good Bye, Lenin!, a.a.O., S. 90.

113 Ebenda, S. 91f.; Dmytro Myeshkov: Die Geschichtspolitik in der Ukraine seit dem Machtwechsel im Frühjahr 2014. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 149 (15.04.2015), S. 17–21, hier: S. 18 abrufbar unter <https://laender-analyse.de/ukraine-analysen/149/die-geschichtspolitik-in-der-ukraine-seit-dem-machtwechsel-im-fruehjahr-2014/>.

114 Ebenda, S. 20.

115 Gerhard Simon: Good Bye, Lenin!, a.a.O., S. 92–94.

Änderungen kam es beim Ukrainischen Institut für Nationales Gedenken, das seit 2020 mit deutlich geringeren Mitteln ausgestattet weiter existiert. Darüber hinaus entließ das ukrainische Kabinett im September 2019 den bisherigen Direktor des UINP, Wolodymyr Wjatrowytsch, und ernannte im Dezember 2019 den Doktor der Philosophie und Leiter des Bildungsprogramms am Holocaust-Gedenkzentrum Babyn Jar, Anton Drobowytsch, zu dessen Nachfolger. In ersten Stellungnahmen trat der neue Direktor für Kontinuität ein und sprach sich unter anderem für die Fortsetzung der Arbeiten für ein „Denkmal für die sog. Himmlischen Hundert“ und ein „Nationales Museum für die Revolution der Würde“ aus. Außerdem solle die „Rolle des Instituts bei der Bekämpfung russischer Aggressionen gestärkt werden, insbesondere im Kampf gegen historische Mythen, die in der ukrainischen Gesellschaft Feindseligkeiten hervorrufen.“¹¹⁶

2.2.4. Geschichtspolitische Themen und Akteure

Im Folgenden werden mit dem Holodomor und der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwei geschichtspolitische Themen und deren unterschiedliche Bewertungen im Zeitverlauf näher beleuchtet. Außerdem wird die Rolle des „Instituts für Nationales Gedenken“ als zentraler staatlicher Akteur in der Geschichtspolitik betrachtet.

2.2.4.1. Holodomor

Ein zentrales Schlüsselereignis im nationalen Geschichtsbild der Ukraine seit der staatlichen Unabhängigkeit ist der Holodomor, die durch Stalins Politik herbeigeführte Hungersnot in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik zu Beginn der 1930er Jahre. Auslöser der Hungerkatastrophe waren die vom sowjetischen Diktator vorangetriebene Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die Verfolgung der sog. Kulaken und die den Bauern abverlangten immer höheren Ablieferungsquoten. Um Devisen für die forcierte Industrialisierung zu erzielen, exportierte die Sowjetunion trotz der Hungersnot im eigenen Land weiter Weizen in das westliche Ausland. Auf dem Höhepunkt der Krise schickte die Partei Trupps in die Dörfer, die erbarmungslos Getreide, Saatgut, Vieh und Gemüse requirierten und die Hungergebiete absperreten. Opfer der Hungerkatastrophe war vor allem die ländliche Bevölkerung in der Ukraine, im Kuban-Gebiet, in Kasachstan und in der Wolga-Uralregion. Nach Schätzungen fielen der Hungerkatastrophe insgesamt

116 Guido Hausmann, Olha Martyniuk: Geschichtspolitik unter der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyj. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 234 (15.05.2020), S. 7-10, hier: S. 7f., abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/234/geschichtspolitik-unter-der-praesidentschaft-von-wolodymyr-selenskyj/>.

zwischen 5 und 7 Millionen Menschen zum Opfer, die meisten davon in der Ukraine mit bis zu 3,9 Millionen Menschen.¹¹⁷

Bis zur Perestroika unter Michail Gorbatschow war der Holodomor in der Sowjetunion tabuisiert. 1987 sprach mit Wolodymyr Schtscherbyzkyj ein Mitglied des Politbüros, der zugleich erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine war, zum ersten Mal das Faktum der durch Stalins Kollektivierungspolitik verursachten Hungersnot in der Ukraine in den Jahren 1932/33 an.¹¹⁸ Die Erinnerung an den Holodomor war zuvor vor allem von im US-amerikanischen Exil lebenden Ukrainern in den 1980er Jahren angestoßen worden. Geschichtspolitische Bedeutung erlangte dabei die Einrichtung der „Kommission über die ukrainische Hungersnot“ im US-Kongress im Jahr 1986.¹¹⁹ In der Ukraine wurde der Holodomor erst in den späten 1980er Jahren von der „Volksbewegung der Ukraine für die Perestroika“ (Ruch) thematisiert. Der Holodomor entwickelt sich seitdem zu einem der Kernelemente des nationalukrainischen Geschichtsbildes, das darauf abzielte, das Sowjetsystem zu delegitimieren und die angestrebte staatliche Unabhängigkeit der Ukraine zu begründen.¹²⁰

Das erste Zeichen öffentlichen Gedenkens setzte die ukrainische Regierung unter dem ersten Präsidenten Leonid Krawtschuk. Zum 60. Jahrestag des Holodomor fand 1993 im Zentrum der

-
- 117 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Fragen zur ukrainischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Die Hungersnot in der Ukraine 1932/33 („Holodomor“) sowie die Folgen der Resowjetisierung nach Ende des Zweiten Weltkrieges, WD 1-065/08, Berlin 2008, abrufbar unter <https://www.bundestag.de/re-source/blob/411750/6631dd7f4c04c6a13165e33295b62733/WD-1-065-08-pdf-data.pdf>, Martin-Paul Buchholz: Populismus für Opfer und Sieger. Zwei Gedenktage und die ukrainische Geschichtspolitik, a.a.O., S. 175; Martin Schulze Wessel, Yaroslav Hrytsak: Einleitung. In: Hunger als Waffe. Der Holodomor in der Ukraine als Völkermord und europäischer Erinnerungsort, hrsg. von Martin Schulze Wessel und Yaroslav Hrytsak, Leipzig 2024, S. 7-16, hier: S. 7, abrufbar unter https://www.duhk.org/fileadmin/data_duhk/documents/DUHK_Hunger-als-Waffe_Ebook.pdf; dass es sich bei den Geschehnissen um ein durch nichts zu rechtfertigendes Verbrechen handelt, ist heute allgemein anerkannt und unstrittig. Ob es sich beim Holodomor um einen geplanten Genozid am ukrainischen Volk gehandelt hat, wird in der wissenschaftlichen Forschung nach wie vor kontrovers beurteilt: „Während in der ukrainischen Forschung die Genozidthese inzwischen weitgehend Konsens ist, besteht in der westlichen Forschung ein breites Spektrum von der Akzeptanz der Völkermordthese bis hin zu einer vehementen Ablehnung“, konstatiert der Historiker Gerhard Simon. (Gerhard Simon: Der Holodomor als Völkermord - Tatsachen und Kontroversen. Referat bei der Tagung „Holodomor 1932-33. Politik der Vernichtung“, Mannheim 2007, abrufbar unter <https://osteuropa.lpb-bw.de/simon-holodomor-als-voelkerm>; vgl. als Übersicht zum Forschungsstand: Andrii Portnov: Der Holodomor als Genozid. Historiographische und juristische Diskussionen. In: Osteuropa, 70 Jg., 1-2/2020, S. 31-49; Stephan Merl: Die Hungersnot 1932/33 in der Ukraine – ein Völkermord? In: Die Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 2023, S. 175-198)
- 118 Franziska Davies: Verdrängen, erinnern, aufarbeiten. Vom Umgang mit Holodomor und Holocaust in der Ukraine. In: Die Ukraine, Russland und die Deutschen. 1990/91 bis heute, hrsg. von Sybille Steinbacher und Dietmar Süß, Göttingen 2024, S. 61-79, hier: S. 75.
- 119 Wilfried Jilge: Nationale Geschichtspolitik während der Zeit der Perestroika in der Ukraine, a.a.O., S. 115.
- 120 Wilfried Jilge: Geschichtspolitik in der Ukraine. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9/2007, S.24-30, hier: S. 24, abrufbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30640/geschichtspolitik-in-der-ukraine/>.

ukrainischen Hauptstadt erstmals eine öffentliche Gedenkveranstaltung statt, bei der zur Erinnerung an die Opfer ein Monument eingeweiht wurde.¹²¹

In den beiden Amtszeiten von Präsident Leonid Kutschma zwischen 1994 und 2004 wurde an die Hungersnot vornehmlich anlässlich von „runden“ Jahrestagen erinnert. 1998 erklärte Kutschma den vierten Samstag im November zum offiziellen Gedenktag an den Holodomor, vermied es aber, sich zwischen den erinnerungskulturellen Lagern der Ukraine in Bezug auf den Holodomor eindeutig zu positionieren.¹²² Gleichwohl gehörte die sich in der ukrainischen Forschung seit Anfang der 1990er Jahre durchsetzende Deutung der Hungersnot als ein geplantes Verbrechen mit nationalukrainischer Ausrichtung in der autoritären Endphase von Kutschmas Präsidentschaft, als die Staatsführung ansonsten zunehmend auf Versatzstücke sowjetischer Geschichtspolitik zurückgriff, zum Bestandteil offiziell zugelassener Schulgeschichtsbücher.¹²³

Wiktor Juschtschenko machte während seiner Präsidentschaft von 2005 bis 2010 die Befassung mit dem Holodomor zum Kristallisationspunkt seiner präsidialen Erinnerungs- und Integrationspolitik. Im November 2006 verabschiedete das Parlament mehrheitlich das **„Gesetz über den Holodomor in der Ukraine in den Jahren 1932 – 1933“**. Darin wurde der Holodomor als „Genozid am ukrainischen Volk“ benannt und seine Leugnung als widerrechtlich eingestuft.¹²⁴ In der Folge warb die Juschtschenko-Administration aktiv bei anderen Staaten und internationalen Organisationen für die Anerkennung des Holodomor als Völkermord. Während Juschtschenkos Präsidentschaft wurden Archivmaterialien zum Holodomor für Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftlern besser zugänglich gemacht und die Forschung zu den Opferzahlen gefördert. Ein weiteres wichtiges Projekt war die Errichtung einer zentralen Holodomor-Gedenkstätte in Kiew.¹²⁵ Die Etablierung eines gesamtukrainischen Opfernarrativs, welches sich in der erinnerungskulturell heterogenen Ukraine einheitsstiftend auswirken sollte, sei jedoch weniger erfolgreich gewesen als von ihm erhofft. Die Hungerkatastrophe, die besonders Regionen im

121 Martin-Paul Buchholz: Populismus für Opfer und Sieger. Zwei Gedenktage und die ukrainische Geschichtspolitik, a.a.O., S. 177.

122 Franziska Davies: Verdrängen, erinnern, aufarbeiten. Vom Umgang mit Holodomor und Holocaust in der Ukraine, a.a.O., S. 77; Nadija Honcarenko: Die Erinnerung an den Holodomor in der Ukraine. Vom sowjetischen Vergessen über individuelles Gedenken zur staatlichen Politik. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 75 (2024), Heft 3/4, S. 148-163, hier: S. 156; Tomasz Stryjek: Opfer und Helden – vergangenheitspolitische Strategien der ukrainischen Eliten, a.a.O., S. 269.

123 Wilfried Jilge: Holodomor und Nation. Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild, in: Osteuropa 54. Jg., 12/2004, S. 147-163.

124 Wilfried Jilge: Geschichtspolitik in der Ukraine, a.a.O., S. 26f; die parlamentarische Mehrheit wurde durch die fast geschlossene Zustimmung derjenigen Fraktionen gewährleistet, die bis zum Sommer 2006 in den beiden von Juschtschenko eingesetzten „orangenen“ Regierungen vertreten waren und mit dem Präsidenten auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew die Proteste gegen die gefälschten Präsidentenwahlen im November/Dezember 2004 unterstützten: der propräsidiale Block „Unsere Ukraine“, der größte Oppositionsblock „Block Julia Timoschenko“ sowie die Fraktion der Sozialistischen Partei der Ukraine (SPU). Die Partei der Regionen (PR) von Wiktor Janukowytsch stimmte mit Ausnahme von zwei Abgeordneten nicht für das Gesetz. Auch die Kommunistische Partei (KPU) lehnte das Gesetzesvorhaben ab.

125 Nadija Honcarenko: Die Erinnerung an den Holodomor in der Ukraine, a.a.O., S. 157f.; Christiane Schubert, Wolfgang Templin: Dreizack und Roter Stern. Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Berlin 2015, S. 149.

Osten und im Zentrum der heutigen Ukraine betroffen hatte, also jene Regionen, in denen die nationalukrainische Identität schwächer ausgebildet war, sei dort nur wenig Beachtung beigekommen worden, urteilt der Historiker Martin-Paul Buchholz.¹²⁶

Bei der russischen Regierung stießen diese geschichtspolitischen Initiativen von Präsident Juschtschenko auf deutliche Ablehnung. So erklärte Präsident Dimitri Medwedew 2008, Russland lehne die Charakterisierung des Holodomor als „Genozid“ ab, da sich die Hungersnot nicht speziell gegen die Ukraine als Nation gerichtet habe.¹²⁷

Die Politik seines Amtsnachfolgers Wiktor Janukowytsch ab 2010 orientierte sich wieder stärker an sowjetischen und russischen Geschichtsnarrativen. Dies zeigte sich in Bezug auf den Holodomor besonders an seiner abweichenden Haltung zu der Frage, ob dieser als Völkermord zu betrachten sei. So erklärte er im April 2010 im Rahmen einer Sitzung des Europarats: „Den Holodomor als Völkermord an einem bestimmten Volk anzuerkennen, halten wir für falsch und ungerrecht. Es war eine gemeinsame Tragödie der Völker, die damals Teil der einheitlichen Sowjetunion waren“.¹²⁸

Der Janukowytsch 2014 im Präsidentenamt folgende Petro Poroschenko erließ in seiner Amtszeit mehrere Dekrete zum Gedenken an den Holodomor. Diese betrafen den zweiten Bauabschnitt des Nationalmuseums in Kiew, die Fortsetzung der Archivstudien und die Veröffentlichung wichtiger Dokumente zum Holodomor. Neben dem Werben für dessen Anerkennung als Völkermord auf internationaler Ebene stellte Poroschenko im Jahr 2018 einen Zusammenhang zwischen der Hungersnot vor 85 Jahren und dem bewaffneten Konflikt im Osten der Ukraine her:

„Die historische Verantwortung für den Holodomor liegt bei der Russischen Föderation als Nachfolgerin der UdSSR, und dieses Verbrechen ist nicht verjährt. Russland hat erneut, wie vor hundert Jahren, eine Aggression gegen die Ukraine entfesselt, um sie in das Imperium zurückzuholen. Der Kreml hasst und fürchtet erneut eine freie europäische Ukraine. Aber ich bin mir sicher: Sie werden das Rad der Geschichte nicht in die andere Richtung drehen können.“¹²⁹

Der derzeitige Präsident Wolodymyr Selenskyj knüpfte in seiner Gedenkpoltik zum Holodomor an seine Amtsvorgänger Juschtschenko sowie Poroschenko an. In einem Dekret zum Gedenktag 2021 betonte er die Notwendigkeit, „die Arbeit an der Anerkennung des Holodomor von 1932-1933 in der Ukraine als Völkermord am ukrainischen Volk durch ausländische Staaten und internationale Organisationen fortzusetzen“. Die russische Aggression im Jahr 2022 veranlasste ihn in einer Videoansprache im November 2022, Parallelen zu ziehen zwischen dem Holodomor und dem Versuch der russischen Regierung, den Getreideexport der Ukraine zu unterbinden: „Die Ukrainer haben einen Völkermord erlebt. Und heute tun wir alles Mögliche und Unmögliche, um

126 Martin-Paul Buchholz: Populismus für Opfer und Sieger. Zwei Gedenktage und die ukrainische Geschichtspolitik, a.a.O., S. 179.

127 Franziska Davies: Verdrängen, erinnern, aufarbeiten. Vom Umgang mit Holodomor und Holocaust in der Ukraine, a.a.O., S. 79.

128 Zitiert nach: Nadija Honcarenko: Die Erinnerung an den Holodomor in der Ukraine, a.a.O., S. 160.

129 Zitiert nach: Ebenda, S. 162.

die neue völkermörderische Politik Russlands zu stoppen. Neu, aber ähnlich wie die, die im 20. Jahrhundert Millionen von Menschen getötet hat“.¹³⁰

2.2.4.2. Umkämpfte Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg: Stepan Bandera, die Organisation Ukrainischer Nationalisten und die Ukrainische Aufstandsarmee

Über kaum etwas wird innerhalb und außerhalb der Ukraine seit Jahrzehnten geschichtspolitisch so erbittert gestritten wie über die Rolle der „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) und der „Ukrainischen Aufstandsarmee“ (UPA) im Zweiten Weltkrieg¹³¹ sowie des führenden OUN-Mitglieds Stepan Bandera.¹³² Für die einen gelten OUN, UPA und Bandera als Inbegriff der ukrainischen Kollaboration mit den Deutschen während des Zweiten Weltkriegs und der Beteiligung von Ukrainern am Holocaust. Die „banderovcy“, die Anhänger Banderas, stehen im Zentrum des propagandistischen russischen Vorwurfs, die heutige Ukraine werde von „Nazis“ beherrscht und müsse „entnazifiziert“ werden. Für andere, insbesondere in der Westukraine, gilt Bandera dagegen als das Symbol des heroischen ukrainischen Unabhängigkeitskampfes.¹³³

Die „Organisation Ukrainischer Nationalisten“, die 1929 als Sammelbecken verschiedener nationalistischer Gruppen und Weltkriegsveteranen gegründet wurde, war eine extrem nationalistische Organisation, deren Ziel eine unabhängige Ukraine war. Sie organisierte in den 1930er Jahren im damals zu Polen gehörenden Galizien terroristische Anschläge gegen polnische Einrichtungen, Behörden und Politiker, bei denen u.a. 1934 der polnische Innenminister Bronisław Pieracki getötet wurde. Neben Polen galt die Sowjetunion aus Sicht der OUN als größter ideologischer Feind einer ukrainischen Eigenstaatlichkeit. Die OUN spaltete sich 1940 im Zuge eines internen Machtkampfes, deren eine Teilfraktion von Stepan Bandera (OUN-B) geleitet wurde. Die OUN hatte den deutschen Angriff auf Polen im September 1939 unterstützt und kooperierte auch unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 mit der „Abwehr“, dem Nachrichtendienst der Wehrmacht, in der erneut vergeblichen Hoffnung, mit deutscher Unterstützung einen ukrainischen Staat mit Bandera an der Spitze gründen zu können. Unmittelbar nach der Besetzung der westukrainischen Hauptstadt Lemberg durch die Wehrmacht erklärte Banderas Stellvertreter Jaroslaw Stezko am 30. Juni 1941 ohne vorherige Absprache mit der NS-Führung die Gründung eines ukrainischen Staates und die Einsetzung einer ukrainischen Regierung. Hitler entschied jedoch Mitte Juli 1941, dass die besetzten ukrainischen Territorien unter direkte deutsche Herrschaft gestellt werden sollten. Als Bandera und Stezko sich weigerten, die

130 Zitiert nach: Ebenda, S. 163.

131 Vgl. hierzu die Dokumentation der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages: Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) während des Zweiten Weltkrieg. Aktuelle Studien zur Beteiligung am Holocaust und an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, WD 1 - 3000 - 022/22, Berlin 2022, abrufbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/908756/a40b294b8006bf7b3fc97b2295007b79/WD-1-022-22-pdf.pdf>

132 Grzegorz Rossoliński-Liebe: Stepan Bandera. Leben und Kult. Wallstein, Göttingen 2025.

133 Kai Struve: Stepan Bandera: Geschichte, Erinnerung und Propaganda. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 270 (22.06.2022), S. 10-14, hier: S. 10, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/270/stepan-bandera-geschichte-erinnerung-und-propaganda/>; Christiane Schubert, Wolfgang Templin: Dreizack und Roter Stern, a.a.O., S 154; vgl. Kapitel 2.1.2.2. zu den diesbezüglichen polnisch-ukrainischen Kontroversen.

Staatsproklamation zurückzunehmen, wurden sie verhaftet und bis Herbst 1944 im KZ Sachsenhausen inhaftiert.¹³⁴

Anfang 1943 begann die Ende 1942 von der OUN als militärischer Arm gegründete „Ukrainische Aufstandsarmee“ im westukrainischen Wolhynien den bewaffneten Kampf gegen die deutschen Besatzer. Um den gemischten Bevölkerungscharakter Galiziens und Wolhyniens zu verändern und die Rückkehr zu Polen in einer Nachkriegsordnung zu verhindern, proklamierte die OUN eine „Entpolonisierung“ der westlichen Gebiete der Ukraine und ermordete in diesem Kontext auch Zehntausende dort lebende Polinnen und Polen.¹³⁵ Nach dem Rückzug der Wehrmacht kämpfte die UPA ab 1944 gegen die in die westlichen Gebiete der Ukraine zurückkehrende Rote Armee. Die Kämpfe forderten viele zehntausend Opfer, bevor die UPA schließlich Anfang der 1950er Jahre besiegt wurde. Mehrere hunderttausend Ukrainer wurden in Lagern in der Sowjetunion inhaftiert.¹³⁶

Bereits während des Zweiten Weltkrieges nutzte die sowjetische Propaganda den Vorwurf, alle antisowjetischen nationalukrainischen Kräfte seien faschistische Kollaborateure der Deutschen gewesen, um die gewaltsame Unterdrückung des ukrainischen Widerstands zu rechtfertigen, und übergang dabei die zwischen der Bandera-OUN und dem NS-Regime nach den ersten Kriegswochen bestehenden Interessengegensätze. Demgegenüber hielt sich nach der militärischen Niederlage der UPA zu Zeiten der sowjetischen Herrschaft vor allem in der Westukraine ein positives Bild der antisowjetischen Aufständischen von OUN und UPA, das negative Aspekte wie die Ermordung polnischer Zivilisten in Wolhynien und die partielle Beteiligung am Holocaust weitgehend ausblendete.¹³⁷

Erst mit der Unabhängigkeit Anfang der 1990er Jahre konnte in der Ukraine öffentlich an den antisowjetischen Widerstand erinnert werden. Dabei stießen nun die nationale, vorwiegend in der Westukraine verankerte Sichtweise und das sowjetische Feindbild des ukrainischen Nationalismus aufeinander, das vor allem im russischsprachigen und noch stärker sowjetisch geprägten Osten der Ukraine einflussreich war und blieb. Zum umstrittenen Symbol dieses innerukrainischen Erinnerungskonflikts wurde Stepan Bandera.¹³⁸

Diese Gegensätze verschärften sich im Jahrzehnt zwischen 2004 und 2014. Sie waren Teil einer starken politischen Polarisierung zwischen Parteien und Politikern, die für eine stärkere Unabhängigkeit gegenüber Russland eintraten und eine Westorientierung anstrebten, sowie stärker in sowjetischen Traditionen stehenden, nach Russland orientierten Kräften. Während in der Westukraine Bandera-Denkmäler entstanden, wurden zeitgleich im Osten und Süden der Ukraine

134 Kai Struve: Stepan Bandera: Geschichte, Erinnerung und Propaganda, a.a.O., 10f.; Grzegorz Rossoliński-Liebe: Die Massengewalt der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufständischen Armee. In: Die Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 2023, S. 199-217, hier: S. 201-208.

135 Ebend., S. 11.; Bohdan Hud: Das ukrainisch-polnische Verhältnis, a.a.O., S. 36.

136 Kai Struve: Stepan Bandera: Geschichte, Erinnerung und Propaganda, a.a.O., S. 12

137 Ebenda, S. 12.

138 Ebenda, S. 13.

Denkmäler zur Erinnerung an Angehörige der sowjetischen Sicherheitsorgane errichtet, die die UPA bekämpft hatten.¹³⁹

2013/14 benutzten die Anhänger des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch das Feindbild des „ukrainischen Faschismus“ gegen den Euromajdan. Russland nutzte es seinerseits 2014 zur Rechtfertigung der Besetzung der Krim und der Unterstützung der Separatistenrepubliken im Donbas sowie im Februar 2022 zur Begründung der russischen Vollinvasion in der Ukraine. Nicht zuletzt dadurch ist das Feindbild des „ukrainischen Faschismus“ in der Ukraine seit 2014 inzwischen weitgehend diskreditiert.¹⁴⁰

2.2.4.3. Ukrainisches Institut für Nationales Gedenken

Im Mai 2006 wurde per Regierungsbeschluss das „Ukrainische Institut für Nationales Gedenken“ (UINP) gegründet, das nach den Plänen von Präsident Wiktor Juschtschenko für die Vorbereitung und Umsetzung staatlicher Erinnerungspolitik verantwortlich sein sollte.¹⁴¹ Als Hauptaufgaben des Instituts wurden im Gründungsbeschluss festgelegt:

- 1) Die Erhöhung der Aufmerksamkeit in der Bevölkerung für die eigene Geschichte und die Verbreitung objektiver Informationen über sie in der Ukraine und der Welt;
- 2) die Umsetzung der staatlichen Politik und die Koordinierung im Bereich der Wiederherstellung und des Erhalts des nationalen Gedächtnisses des ukrainischen Volkes;
- 3) die Sicherstellung umfassender Forschung zu den Etappen des Kampfes für die Wiederherstellung der ukrainischen Staatlichkeit im 20. Jahrhundert und der historischen Vergangenheit des ukrainischen Volkes inklusive aller Formen der Repression;
- 4) die Umsetzung von Maßnahmen, um an die Opfer von Holodomor und politischer Repression sowie an die Teilnehmer des nationalen Unabhängigkeitskampfes zu erinnern.¹⁴²

Das UINP legte während der Amtszeit von Präsident Wiktor Juschtschenko bis 2010 den Fokus seiner Tätigkeit insbesondere auf die Erinnerung an den Holodomor und dabei insbesondere seine Einstufung als Genozid. Es legte ein Konzept für ein „Gesamtstaatliches Programm über den Holodomor 1932-1933“ vor und erarbeitete eine ukrainisch-, englisch- und russischsprachige Ausstellung zum Thema. Es war überdies zentral bei der Umsetzung der durch Präsident Juschtschenko vorangetriebenen nationalen Holodomor-Gedenkstätte in Kiew eingebunden.¹⁴³

139 Ebenda, S. 13.

140 Ebenda, S. 13, vgl. hierzu auch unten das Kapitel 2.4.2.7.

141 Ein Vorbild für die Gründung des „Ukrainischen Institutes für Nationales Gedenken“ war das im Jahr 2000 in Polen ins Leben gerufene „Institut für Nationales Gedenken“ (vgl. hierzu Kapitel 2.1.1.2.). Das polnische Institut hatte jedoch einen zeitlich komprimierteren Forschungszeitraum und konnte über wesentlich mehr finanzielle Mittel verfügen. (Tomasz Stryjek: Opfer und Helden – vergangenheitspolitische Strategien der ukrainischen Eliten, a.a.O., S. 283, Anm. 24)

142 Carola Lau: Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 440f.; Tomasz Stryjek: Opfer und Helden – vergangenheitspolitische Strategien der ukrainischen Eliten, a.a.O., S. 283.

143 Carola Lau: Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989, a.a.O., S. 468.

Ein weiterer thematischer Tätigkeitsschwerpunkt in den Jahren zwischen 2006 und 2010 war die Beschäftigung mit der „ukrainischen Befreiungsbewegung“ des 20. Jahrhunderts, wozu die Armee der Ukrainischen Volksrepublik (UNR), die anti-bolschewistische Aufstands- und Partisanenarmeen zwischen 1918 und 1923 sowie die Kämpfer von OUN und UPA zwischen 1941 und 1955 gezählt wurden.¹⁴⁴ Ziel des UINP war es laut der Historikerin Carola Lau, „die Erinnerung an die Teilnehmer dieser Kampfhandlungen wiederzubeleben. Das Schicksal der Kämpfer wurde, auch aufgrund ihrer Verfemung und Verleugnung in der Sowjetzeit, als tragisch wahrgenommen, ihre Handlungen sollten nun jedoch deutlich positiv besetzt und ihr ‚guter Name‘ wiederhergestellt werden. Insbesondere Darstellungen der Kämpfer vor 1991 als ‚Banditen‘, ‚Verräter‘, ‚Spione‘ und ‚Saboteure‘ wollte das Institut entgegenwirken.“ Es habe hierfür die Erzählung einer jahrzehntelangen, andauernden Bewegung hin zu nationaler Unabhängigkeit geschaffen, welche OUN und UPA einschloss.¹⁴⁵ Die Themensetzung des UINP fügte sich damit in die offizielle staatliche Geschichtspolitik Präsident Juschtschenkos ein, der im Jahr 2007 den Oberbefehlshaber der UPA Roman Schuchewytsch und noch kurz vor den Präsidentenwahlen 2010 auch den OUN-Anführer Stepan Bandera zu „Helden der Ukraine“ ernannte. Kritisiert wurden diese Entscheidungen nicht nur von den politischen Gegnern Juschtschenkos in der Ukraine, sondern auch vom Europäischen Parlament sowie der polnischen Regierung.¹⁴⁶

Angesichts seines umfassenden Aufgabengebietes blieb die bewilligte Finanz- und Personalausstattung des UINP zunächst gering. Laut dem Historiker Andrii Portnov sei das Institut in der Präsidentschaft Juschtschenko eine weitgehend „dekorative Institution“ geblieben, die nur minimale Auswirkungen auf die Gesellschaft gehabt habe. Dies habe, so konstatiert Portnov, jedoch auch dazu beigetragen, dass das Institut nach der Wahl von Wiktor Janukowytsch zum ukrainischen Staatspräsidenten im Februar 2010 und der Bildung der Regierung unter Premier Mykola Azarov aus der „Partei der Regionen“ (PR) im März 2010 nicht rückabgewickelt worden sei.¹⁴⁷ Es erhielt im Januar 2011 einen neuen Status als wissenschaftliche Forschungseinrichtung und unterstand fortan dem Ministerkabinett. Seine nominell herausgehobene Stellung als zentrales geschichtspolitisches Organ des Präsidenten büßte das Institut damit ein. Als neuen UINP-Direktor ernannte die Regierung den Historiker Valerij Soldatenko, der früher Mitarbeiter am „Institut für Parteigeschichte des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine“ und später Abteilungsleiter in der Parteihochschule in Kiew gewesen war.¹⁴⁸ Dieser Paradigmenwechsel ging einher mit einem beinahe vollständigen Personalwechsel. Zu Beginn des Jahres 2014 arbeitete von den ursprünglich rund vierzig Mitarbeitern lediglich eine Person weiterhin am UINP, die zuvor dort bereits unter Juschtschenko tätig gewesen war.¹⁴⁹

144 Ebenda, S. 473-475.

145 Zitat: Ebenda, S. 475f.

146 Ebenda, S. 477; Matthäus Wehowski: Empörung, Polarisierung und schwierige Versöhnung. Die umstrittene Erinnerung in Polen und der Ukraine an Stepan Bandera und die OUN. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 75 (2024), Heft 3/4, S. 164-179, hier: S. 175.

147 Ebenda, S. 448f.

148 Ebenda, S. 449f.

149 Ebenda, S. 451.

Deutlich abweichend von der Institutspolitik bis 2010 positionierte sich das UINP unter neuer Leitung in Bezug auf die OUN und die UPA. In offiziellen Stellungnahmen wurde nun eine Reihe kritischer Aspekte der OUN-/UPA-Aktivitäten hervorgehoben, z.B. die Kooperation mit den Nationalsozialisten bis Herbst 1941, die Unterstützung bei der Vernichtung der Juden, die radikale Form des Kampfes und die Ermordung russischer und polnischer Zivilisten sowie die totalitäre Ideologie der OUM samt internem Führerkult.¹⁵⁰ Außerdem wurden neben den revolutionären Ereignissen und Kriegen des 20. Jahrhunderts positive Bezugspunkte der ukrainischen Vergangenheit stärker betont, etwa die Kosaken-Ära oder die Freiheitskämpfer des 18. und 19. Jahrhunderts.¹⁵¹

Nach den Ereignissen des Euromajdan 2013/2014 und der Wahl von Pedro Poroschenko zum ukrainischen Präsidenten erhielt das UINP mehr Kompetenzen und nahm wieder eine zentrale Rolle in der Geschichtspolitik des Landes ein. Es zeichnete für die praktische Umsetzung der Dekommunisierungsgesetze verantwortlich und war in nahezu alle geschichtspolitischen Regierungsprojekte und -vorhaben involviert. Dazu gehörten Maßnahmen zur Veränderung des öffentlichen Stadtraums (Demontage von kommunistischen Denkmälern, Umbenennung von Orts- und Straßennamen etc.), die Vorbereitung von geschichtspolitischen Parlaments- und Regierungsbeschlüssen, Gesetzen oder Erlassen sowie die Mitgestaltung des öffentlichen Meinungsbildes zur Geschichte. Neben der innerukrainischen Geschichtspolitik ist das UINP auch in internationalen Netzwerken aktiv, beispielsweise in der europäischen NGO „Platform of European Memory and Conscience“.¹⁵²

2.3. Russland

2.3.1. Geschichtspolitik in der Präsidentschaft von Boris Jelzin

In der Literatur wird konstatiert, dass Boris Jelzin in seiner Zeit als Präsident der Russischen Föderation (1990-1999) keine genuine geschichtspolitische Agenda verfolgt hat. Im Mittelpunkt seiner Präsidentschaft standen die Transformation Russlands zur Marktwirtschaft und die Reform des politischen Systems. Dies ging einher mit einer deutlichen Distanzierung vom Kommunismus. Per Dekret vom 6. November 1991 verbot Präsident Jelzin als Reaktion auf den gescheiterten August-Putsch gegen Michail Gorbatschow die Tätigkeit der KPdSU und der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und ordnete die Auflösung ihrer Organisationsstrukturen an. Letzteres wurde jedoch im November 1992 vom russischen Verfassungsgericht zum Teil

150 Ebenda, S. 480.

151 Ebenda, S. 482.

152 Christian Hörbelt: Eine erinnerungskulturelle Zerreißprobe: Wie das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung ein neues nationalukrainisches Narrativ konstruiert. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 193, (13.12.2017), S. 11-15, hier: S. 11f., abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/193/eine-erinnerungskulturelle-zerreissprobe-wie-das-ukrainische-institut-fuer-nationale-erinnerung-ein-neues-nationalukrainisches/>; Dmytro Myeshkov: Die Geschichtspolitik in der Ukraine seit dem Machtwechsel im Frühjahr 2014, a.a.O., S. 18f.

aufgehoben.¹⁵³ Das öffentliche Gedenken an die Oktoberrevolution wurde sukzessive reduziert, aber tausende kommunistische Denkmäler und hunderttausende Straßen, Plätze, Dörfer und Städte, die nach sowjetischen Politikern und Funktionären benannt waren, blieben erhalten. Eine konsequente staatliche Dekommunisierungspolitik fand in der Folgezeit nicht statt. Viele sowjetische Institutionen und Machtgruppen, insbesondere der Geheimdienst KGB, fanden lückenlos im postsowjetischen Russland wieder Anschluss an die Machteliten.¹⁵⁴

Initiativen zur kritischen Aufarbeitung des kommunistischen Erbes gingen primär von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus. Im Zuge der Perestroika sammelten Menschenrechtsaktivisten in den Jahren 1987 und 1988 Unterschriften für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der politischen Repression in der Sowjetunion. Aus dieser Initiative ging 1989 die Organisation „Memorial“ hervor, die sich für die Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen, die Dokumentation von Repression und politischer Gewaltherrschaft in der Sowjetunion und in Russland sowie die Rehabilitation der Opfer und die Unterstützung der Überlebenden des sowjetischen Arbeitersystems Gulag einsetzte. Durch ihr klares Eintreten für Demokratie und Menschenrechte im heutigen Russland geriet sie während der Präsidentschaft von Wladimir Putin seit den 2000er Jahren zunehmend in Konflikt mit der russischen Regierung, die ihre Arbeit in Russland erst erschwerte und 2021 schließlich komplett verbot.¹⁵⁵

Präsident Boris Jelzin versuchte, durch den Rückgriff auf vorrevolutionäre Traditionen aus der Zeit der Romanow-Dynastie neue Legitimationsbezüge für den russischen Staat zu erschließen. Im August 1991 erließ Jelzin ein Dekret, durch das die rote Flagge sowie Hammer und Sichel durch die von Peter I. eingeführte Trikolore des Zarenreichs ersetzt wurde. Durch das „Gesetz über die Feiertage des militärischen Ruhmes“ von 1995 wurde der Tag der Oktoberrevolution am 7. November abgeschafft, stattdessen wurde an diesem Datum nun der „Tag der Befreiung Moskaus von den polnischen Invasoren“ im Jahr 1612 begangen.¹⁵⁶

Insgesamt sei die von Jelzin und den russischen Behörden im ersten Jahrzehnt nach dem Zerfall der Sowjetunion betriebene Erinnerungspolitik weder umfassend noch gut geplant gewesen, urteilt der polnische Historiker Wojciech Materski. Man könne sogar die Hypothese aufstellen, dass

153 Wojciech Materski: *Tsars, Soviets, Putin. A Study of Russia's Politics of History*, Berlin/Boston 2024, S. 161-167.

154 Ebenda, S. 183.

155 Vgl. zu Memorial u.a.: Historischer Hintergrund: Aus dem Untergrund in den Untergrund. Zur Geschichte der Menschenrechtsorganisation Memorial von deren Gründung 1989 bis zu deren Verbot 2021, abrufbar unter <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/memorial/historischer-hintergrund>; Elke Fenin: Die Gesellschaft „Memorial“ und die postsowjetische Erinnerungskultur in Russland. In: *Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland*, hrsg. von Lars Karl und Igor J. Polianski, Göttingen 2009, S. 165-186; Irina Scherbakowa: Memorial unter Druck. In: *Osteuropa*, 70. Jg., 3/4-2020, S. 215-218; Natalia Kolyagina: Offizielles und inoffizielles Gedenken an den sowjetischen Terror in Russland. Die Gesellschaft Memorial im Kontext staatlicher Geschichtspolitik (1989-2022). In: *Die Ukraine, Russland und die Deutschen. 1990/91 bis heute*, hrsg. von Sybille Steinbacher und Dietmar Süß, Göttingen 2024, S. 23-41.

156 Wojciech Materski: *Tsars, Soviets, Putin. A Study of Russia's Politics of History*, a.a.O., S. 161; Philipp Bürger: *Geschichte im Dienst für das Vaterland. Traditionen und Ziele der russländischen Geschichtspolitik seit 2000*, Göttingen 2018, S. 64; Ekaterina Makhotina: Ein „victim turn“? Gesellschaftliche und staatliche Formen der Opfererinnerung in Russland. In: *Totalitarismus und Demokratie*, 16 (2019), S. 61-74, hier: S. 63.

Jelzin und seine Anhänger der Erinnerungspolitik misstrauten, da sie sie für eine typische Propagandawaffe des kommunistischen Regimes hielten. Öffentliche Unterstützung für Politik sollte aus ihrer Sicht in erster Linie durch wirtschaftliche Erfolge und nicht durch Manipulation der Vergangenheit generiert werden.¹⁵⁷

2.3.2. Geschichtspolitik in der Präsidentschaft Wladimir Putins

Seit seiner Wahl zum russischen Präsidenten im Jahr 2000 intensivierte Wladimir Putin die Bemühungen zur Identitätssuche für das postsowjetische Russland erheblich. Als Negativfolie fungierten dabei der „Zerfall der UdSSR“, den Putin in seiner Rede zur Lage der Nation 2005 als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete, und die „chaotischen 1990er Jahre“.¹⁵⁸ Das nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandene geistige Vakuum sollte mit einem Konzept kollektiver staatsnationaler Identität gefüllt werden, das Wladimir Putin bereits in seiner Millenniumbotschaft im Jahr 2000 formulierte. Es beinhaltete drei wesentliche Punkte:

- 1) Patriotismus, beruhend auf dem Stolz auf das Vaterland, seine Geschichte, Errungenschaften und vor allem militärischen Siege;
- 2) Wiederherstellung des Großmachtstatus, den Russland aufgrund seiner geopolitischen, ökonomischen, kulturellen und historischen Bedeutung viele Jahrhunderten innegehabt hatte;
- 3) Etablierung eines starken Staates als Quell und Garant der sozialen und politischen Ordnung.¹⁵⁹

2.3.2.1. Das Konzept der „Russischen Welt“ (Russkij Mir)

Eine wichtige Rolle in den geschichtspolitischen Vorstellungen Putins spielt das Konzept der „Russischen Welt“ (Russkij Mir). Das von kremlnahen Intellektuellen, Wissenschaftlern und Publizisten entwickelte Konzept beinhaltet ein Konglomerat verschiedener Strömungen des antiwestlichen, antiliberalen und neoimperialen russischen Nationalismus. Grundlagen der von Moskau geführten „Russkij Mir“ sind u. a. die „Heilige Rus“, die die Idee einer religiös-spirituellen Einheit der ostslawischen Völker (Russland, Ukraine und Belarus) bezeichnet, deren Wurzeln auf die Christianisierung der Kiewer Rus im Jahr 988 durch Fürst Wladimir I. zurückgehen. Weitere Elemente neben der Russisch-Orthodoxen Kirche sind vor allem die russische Sprache und Kultur.¹⁶⁰ Programmatisch definierte Putin das Konzept bei einem Treffen mit Kulturschaffenden im

157 Wojciech Materski: Tsars, Soviets, Putin, a.a.O., S. 167.

158 Felix Riefer: Die Erzählung vom Ende der Sowjetunion als außenpolitischer Referenzpunkt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2017, S. 22-26, hier: S. 23, abrufbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/248508/die-erzaehlung-vom-ende-der-sowjetunion-als-aussenpolitischer-referenzpunkt/>; Andrej Kolesnikov: Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes. In: Osteuropa, 70. Jg., 6/2020, S. 3–28, hier: S. 25.

159 Anna Kim: Mythos des Sieges: Russlands Geschichtspolitik seit 2000, Konrad-Adenauer-Stiftung, Zeitgeschichte Aktuell, Nr. 9/September 2022, Berlin 2022, S. 4, abrufbar unter <https://www.kas.de/de/web/ge-schichtsbewusst/zeitgeschichte-aktuell/detail/-/content/mythos-des-sieges>

160 Wilfried Jilge: Die Ukraine aus Sicht der „Russkij Mir“. In: Russland-Analysen, Ausgabe 278 (06.06.2014), S. 2-6, hier: S. 2, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/russland-analysen/278/die-ukraine-aus-sicht-der-russkij-mir/>

Jahr 2006: „Die russische Welt kann und muss alle vereinen, denen das russische Wort und die russische Kultur teuer sind, wo immer sie auch leben, in Russland oder außerhalb. Verwenden Sie diesen Ausdruck so oft wie möglich – Russische Welt.“¹⁶¹

Putin erklärte das Jahr 2007 offiziell zum „Jahr der russischen Sprache“ und gründete im selben Jahr per Dekret die **Stiftung „Russki Mir“**, die die russische Sprache und Kultur im Ausland, insbesondere in postsowjetischen Staaten, fördern und popularisieren soll. Aus dem ursprünglichen Kulturkonzept entwickelte sich rasch eine geopolitische Konzeption, in der die Ukraine (häufig ohne das „nationalistische“ Galizien) ideologisch als ein Kernbestandteil einer von Russland geführten „Russischen Welt“ und damit eines orthodox-ostslawischen, der EU entgegengestellten Orbits aufgefasst wurde.¹⁶² 2014 diente das Konzept als ideologische Rechtfertigung der russischen Annexion der Krim. Diese und die verdeckte Unterstützung der prorussischen Separatisten in der Ostukraine habe für die Idee der „Russkij Mir“ den endgültigen Übergang von einer diskursiven Imperiums- und Nationsbildung in den Bereich politischer Programmatik markiert, urteilt Oleksandr Zabirko vom Institut für Slavistik der Universität Regensburg. In seiner Rede vom 18. März 2014 bezeichnete Präsident Putin die Russen als ein „geteiltes Volk“, das zusammengeführt werden müsse.¹⁶³ Als Dachbegriff für verschiedene religiös und nationalistisch verbrämte großrussische Ideale habe das Konzept der „Russkij Mir“ zudem den (pro)russischen Kämpfern im ostukrainischen Donbass eine wichtige Legitimationsgrundlage geliefert.¹⁶⁴ Der Begriff fand zudem Eingang in die Präambel der Verfassung der von den Separatisten proklamierten „Volksrepublik Donezk“, wo er vier Mal erwähnt wird.¹⁶⁵

2.3.2.2. Stiftungen und „Nichtregierungsorganisationen“ als Akteure staatlicher Geschichtspolitik

Um ihren geschichtspolitischen Vorstellungen möglichst umfassend Geltung zu verschaffen, bedient sich die russische Staatsführung einer Vielzahl vermeintlich unabhängiger Stiftungen und „Nichtregierungsorganisationen“, die vom Staat großzügig finanziell unterstützt werden und von Regierungsvertretern entweder selbst gegründet oder von ihnen durch ihre Stellung in den Leitungsgremien wesentlich beeinflusst werden.¹⁶⁶

Ziel der von der früheren Duma-Abgeordneten und Putin Vertrauten Natalija Narotschnizkaja 2004 gegründeten und geleiteten **Stiftung „Historische Perspektive“** ist, Studierende der

161 Zitate in: Ulrich Schmid: Russki Mir, abrufbar unter <https://www.dekoder.org/de/gnose/russki-mir/#38608081-1ec2-4746-b449-38fc4fec71f0>

162 Wilfried Jilge: Die Ukraine aus Sicht der „Russkij Mir“, a.a.O., S. 2.

163 Oleksandr Zabirko: Russkij mir. Vom kulturellen Konzept zur geopolitischen Ersatzideologie, Bundeszentrale für politische Bildung, 15.06.2023, abrufbar unter <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/522375/russkij-mir/>

164 Ebenda.

165 Ulrich Schmid: Russki Mir, a.a.O.

166 Dietmar Neutatz: Putins Geschichtspolitikmaschine. Die Russländische Militärgeschichtliche Gesellschaft. In: Osteuropa, 72. Jg., 12/2022, S. 143-164, hier: S. 145.

Geopolitik, Geschichte und Medienwissenschaften zusammenzubringen, um strategische Fragen zu Vergangenheit und Gegenwart Russlands im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses der russischen Zivilisation und der Stärkung des nationalen Bewusstseins zu untersuchen. Die Mission der Stiftung besteht einerseits darin, Fälschungen der russischen Geschichte entgegenzuwirken, und andererseits darin, ein positives Bild Russlands in der Welt zu vermitteln. Konkret strebt sie an, „auf der konservativen Grundlage russischer Werte und der historischen Erfahrung Russlands grundlegend neue Lösungen für die russische Außen- und Innenpolitik zu entwickeln“. Viele der bislang von der Stiftung herausgegebenen Bücher stammen aus der Feder von Narotschnizkaja. Im Jahr 2008 weitete die Stiftung ihre Tätigkeit auf internationaler Ebene aus. Putin ernannte Narotschnizkaja zur Leiterin des neu gegründeten „Instituts für Demokratie und Zusammenarbeit“ in Paris. Ebenso wie die Moskauer Stiftung befasste sich das Pariser Institut unter anderem mit der „Instrumentalisierung der Geschichte in der aktuellen Politik“, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf den großen Kriegen des 19. und 20. Jahrhunderts liege, konstatiert der estnische Historiker Anton Weiss-Wendt.¹⁶⁷

Die 2008 vom russischen Historiker Alexander Djukov gegründete **Stiftung „Historisches Gedächtnis“** befasst sich mit Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und dabei schwerpunktmäßig mit der Ukraine und den baltischen Staaten. Inhaltlich sieht sie ihre Hauptaufgabe darin, die russische und osteuropäische Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erforschen und sich im „Widerstand gegen die Falsifizierung und politisch motivierte Geschichtsverzerrung auf dem postsowjetischen Territorium zu profilieren“.¹⁶⁸ Sie leistet darüber hinaus aktive Bildungsarbeit und entfaltet eine rege Publikationstätigkeit. Darüber hinaus treten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig als Experten in den Medien auf.¹⁶⁹

Ab 2012 nahm die Rückbesinnung auf Russlands historische Größe und traditionellen Werte mit zahlreichen neuen Initiativen seitens der russischen Staatsführung weiter an Fahrt auf. Per Erlass rief der damalige Präsident Dmitri Medwedew 2012 zum **„Jahr der russländischen Geschichte“** aus, um in der Gesellschaft das Interesse für Russlands Geschichte und seine Rolle in der Weltgeschichte zu wecken, wie es in der Begründung hieß.¹⁷⁰

Ebenfalls im Jahr 2012 wurde von Sergej Naryschkin, ehemaliger Leiter der Präsidialverwaltung, hochrangiger Funktionär der Partei „Einiges Russland“ und Vorsitzender der Staatsduma sowie zuletzt Leiter des Auslandsgeheimdienstes, die **„Russische Historische Gesellschaft“** gegründet.

167 Alle Zitate zur Stiftung nach: Anton Weiss-Wendt: *Putin's Russia and the Falsification of History. Reasserting Control over the Past*, London, New York, Oxford, New Delhi, Sydney 2020, S. 44.

168 Anna Becker: *Mythos Stalin. Stalinismus und staatliche Geschichtspolitik im postsowjetischen Russland der Ära Putin*, Berlin 2016, S. 75f.

169 Anna Kim: *Mythos des Sieges: Russlands Geschichtspolitik seit 2000*, S. 10; Anton Weiss-Wendt: *Putin's Russia and the Falsification of History*, a.a.O., S. 45f.

170 Dietmar Neutatz: *Putins Geschichtspolitikmaschine*, a.a.O., S. 145.

Zu ihren primären Aufgaben zählt die Förderung der offiziellen Geschichtsschreibung und der Erhalt von Denkmälern.¹⁷¹

Mit einem Präsidialerlass vom 29. Dezember 2012 wurde zudem die „**Russische Militärhistorische Gesellschaft**“ (RVIO) gegründet. Ihre Vorgängerin, die „Imperiale Russische Militärhistorische Gesellschaft“, war von Zar Nikolaus II. im Jahr 1907 gegründet und nach der Oktoberrevolution 1917 aufgelöst worden. Sie steht wie die Wiederbelebung der Russischen Historischen Gesellschaft für das Bestreben der russischen Staatsführung, an die zaristische Epoche anzuknüpfen.¹⁷² Mitgründer der RVIO sind das russische Verteidigungs- und das Kulturministerium. Vorsitzender ist der langjährige ehemalige Kulturminister und Leiter der russischen Delegation zu den Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland im Jahr 2022, Wladimir Medinski.¹⁷³ Die RVIO wird aus dem Staatshaushalt sowie von privaten Geldgebern unterstützt, darunter Großkonzernen wie der Russischen Eisenbahn und dem staatlichen Ölonternehmen „Transneft“.¹⁷⁴ Die RVIO betreibt ein Netz von 87 regionalen und 487 lokalen Abteilungen mit über 16.000 Mitgliedern (Stand Dezember 2022).¹⁷⁵

Zur Vielzahl der Ziele der staatsnahen „gesellschaftlichen“ Organisation zählen: 1) die Konsolidierung der Gesellschaft und des Staates beim Studium der militärhistorischen Vergangenheit Russlands; 2) die Unterstützung des Studiums der Militärgeschichte sowie Vorbeugung von Versuchen, sie zu verzerren; 3) die Popularisierung der Errungenschaften im militärhistorischen Bereich; 4) die patriotische Erziehung; 5) die Erhöhung des Prestiges des Wehrdienstes; 6) die Präservierung von Objekten des militärhistorischen und kulturellen Erbes.¹⁷⁶

Die Russische Militärhistorische Gesellschaft errichtet Denkmäler, publiziert Bücher, veranstaltet patriotische Festivals und „Reenactments“ historischer Schlachten, organisiert Ausstellungen, betreut Gedenkstätten und Museen, installiert Informations- und Gedenktafeln und fungiert als Berater für Dokumentarfilme. Gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft, der Russischen Historischen Gesellschaft und dem Kulturministerium der Russländischen Föderation beteiligte sich die RVIO an der Erarbeitung des sogenannten „Historisch-kulturellen Standards“ für Geschichtslehrbücher. Außerdem richtet sie Exkursionen und Ferienlager für Kinder und Jugendliche aus, in denen militärisches Heldentum gelehrt wird.¹⁷⁷ Eine große

171 Susann Stewart: Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands. Wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst, SWP-Studie 22, Berlin, November 2020, S. 38, abrufbar unter https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S22_geschichtspolitik_russland.pdf; es handelt sich um eine Neugründung der zwischen 1866 und 1920 bestehenden „Imperialen Russischen Historischen Gesellschaft“.

172 Ebenda, S. 38.

173 Vgl. zur Person und Rolle Wladimir Medinskis ausführlich: Anton Weiss-Wendt: Putin's Russia and the Falsification of History, a.a.O., S. 46-55.

174 Susann Stewart: Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands, a.a.O., S. 38f.

175 Dietmar Neutatz: Putins Geschichtspolitikmaschine, a.a.O., S. 147.

176 Susann Stewart: Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands, a.a.O., S. 38.

177 Dietmar Neutatz: Putins Geschichtspolitikmaschine, a.a.O., S. 149.

Breitenwirkung erzielt die RVIO mit ihrem Internet-Geschichtsportal Istorija.rf, das von 17 Millionen Nutzern im Jahr besucht wird und zum führenden Geschichtsportal Russlands geworden ist. Daneben ist die Gesellschaft auch auf Twitter, Instagram und in anderen sozialen Netzwerken präsent.¹⁷⁸

Ein weiterer wichtiger Akteur in der russischen Geschichtspolitik ist die im April 2016 per Dekret von Präsident Putin gegründete **Stiftung „Die Geschichte des Vaterlandes“**. Ihr Vorstandsvorsitzender ist ebenfalls Sergej Naryschkin, ihren Beirat leitet die ehemalige „Ministerin für Aufklärung“, Olga Wasiljewa. Die Stiftung soll die nationale Geschichte fördern, Forschungsergebnisse russischer Historiker verbreiten, den Zugang zu russischen Archiven sichern helfen, Grundsätze für die Erstellung von Geschichtslehrbüchern formulieren und Bildungsarbeit leisten. Die Stiftung unterstützt Ausstellungen, Konferenzen, Filmproduktionen und Buchveröffentlichungen und hat die Aufgabe, die russische Geschichte im In- und Ausland populär zu machen.¹⁷⁹

Die jüngste geschichtspolitische Institution ist das im November 2023 per Dekret gegründete **„Nationale Zentrum für historisches Gedenken beim Präsidenten der Russischen Föderation“**. Es soll dem Schutz traditioneller Werte, der Kultur und des historischen Gedächtnisses sowie der Umsetzung gesellschaftlich bedeutsamer Erinnerungs- und Bildungsprojekte dienen.¹⁸⁰

2.3.2.3. Die „Patriotischen Programme zur Erziehung der Bürger“

Ein zentrales Element der Geschichtspolitik während der Präsidentschaft von Wladimir Putin sind die **„Patriotischen Programme zur Erziehung der Bürger“**. 2001 ursprünglich auf zunächst fünf Jahre angelegt, wurden sie seitdem mehrfach neu aufgelegt und mit stetig steigenden, erheblichen finanziellen Mitteln aus dem Staatshaushalt ausgestattet. Standen 2001 für das Programm 177,95 Millionen Rubel zur Verfügung, waren es 2006 497,8 Millionen Rubel, 2011 777,2 Millionen Rubel und 2016 1,66 Milliarden Rubel.¹⁸¹ Der Patriotismus, als „Liebe zur Heimat“ und Bereitschaft, sich für den Staat zu engagieren, soll aus Geschichtsbewusstsein sowie dem Stolz auf die eigene Geschichte generiert werden. Eine prominente Stellung innerhalb des Programms nimmt dabei der „Große Vaterländische Krieg“ ein.¹⁸² Im Rahmen des Programms zur patriotischen Erziehung wurden zahlreiche militärhistorische Gesellschaften gegründet, die sich stark in der Bildungsarbeit engagieren, indem sie etwa Geschichte zum Erleben in Form von „Reenactments“ anbieten, damit sich gerade junge Menschen als Teil einer siegreichen Großmacht sehen

178 Ebenda, S. 157f.

179 Anton Weiss-Wendt: Putin's Russia and the Falsification of History, a.a.O., S. 59f.

180 Konstantin Pachaljuk: Schmierstoff Geschichte. Russlands Kriegs- und Propagandamaschine. In: Osteuropa, 74. Jg., 5/2024, S. 147-166, hier: S. 156.

181 Philipp Bürger: Geschichte im Dienst für das Vaterland, a.a.O., S. 35.

182 Ebenda, S. 119.

können.¹⁸³ Entstanden ist ein komplexes System, das durch erinnerungspolitische Ansätze gesamtgesellschaftliche Kohäsionskräfte generieren soll.¹⁸⁴

2.3.2.4. Geschichtspolitik in Schulbüchern und Unterricht

In der Sowjetunion hatte es jeweils ein Einheitsbuch für sowjetische Geschichte und für allgemeine Geschichte pro Klassenstufe gegeben. Das sowjetische Einheitsgeschichtsbuch, das einen „synchronisierten“ Geschichtsunterricht im gesamten Land ermöglichen sollte, geriet im Laufe der Perestroika zunehmend in die Kritik. Durch die Enttabuisierung von Themen und die neue Offenheit, mit der öffentlich, aber auch privat über die Geschichte der Sowjetunion diskutiert wurde, verbreiteten sich vielfach neue Geschichtsdeutungen, die das traditionelle sowjetische Geschichtsbild in Frage stellten. Ab 1990 setzte im Bereich des Geschichtsunterrichtes und der Schulbücher eine Phase des Experimentierens ein. Ab Frühjahr 1992 kamen die ersten russländischen Geschichtsschulbücher auf den Markt. Sie unterschieden sich deutlich sowohl in ihrer didaktischen Konzeption als auch in ihrer politischen Grundhaltung und in den enthaltenen Geschichtsdeutungen voneinander, da es zunächst kaum inhaltliche Vorgaben für die miteinander konkurrierenden Schulbuchverlage gab. Erst 1998 entstanden erste provisorische Bildungsstandards.¹⁸⁵

Im Zuge der ersten Präsidentschaft Wladimir Putins wurde rasch deutlich, dass sowohl der Geschichtspolitik als auch der Bildungspolitik ein höherer Stellenwert zugemessen wurde. Neben zahlreichen Anpassungen des Bildungsgesetzes war die Verabschiedung von föderalen Bildungsstandards eines der zentralen politischen Anliegen, um die provisorischen Lösungen der 1990er Jahre abzulösen. Im Zusammenspiel mit der geschichtlich grundierten Patriotischen Erziehung sollte nach dem Willen von Präsident Putin auch der Geschichtsunterricht seinen Beitrag leisten, um bei den „jungen Menschen das Gefühl des Stolzes für die Geschichte des Vaterlands, für seine Heimat [zu] erzeugen.“¹⁸⁶ Dieser Zugriff auf die Geschichte wurde durch die Bildungsstandards im Jahr 2004 institutionalisiert. Bei den Lernzielen für das Fach Geschichte der Klassen 5-9 stand „die Erziehung zum Patriotismus, zur Liebe zur Heimat und zur Achtung gegenüber unserer Geschichte und den Traditionen unserer Heimat“ an erster Stelle.¹⁸⁷ Seit der Novellierung des Bildungsstandards im Jahr 2011 ist zudem das Thema „Fälschung der Geschichte“ verbindlicher Unterrichtsinhalt im Fach Geschichte für die Klassen 10 und 11.¹⁸⁸

In der Praxis kam es aber nicht zu einer durchgängigen Vereinheitlichung der Geschichtsdeutungen in den Schulbüchern. Zehn Jahre nach seinen Worten zur patriotischen Funktion von Schulbüchern forderte Putin 2013 die Einführung einheitlicher Schulbücher ohne innere Widersprüche und doppeldeutige Interpretationen. Statt der Einführung eines Einheitsschulbuches für das

183 Anna Kim: Mythos des Sieges: Russlands Geschichtspolitik seit 2000, a.a.O., S. 13f.

184 Philipp Bürger: Geschichte im Dienst für das Vaterland, a.a.O., S. 119.

185 Ebenda, S. 124-127.

186 Zitat: Ebenda, S. 129.

187 Zitat: Ebenda, S. 131.

188 Ebenda, S. 133.

Fach Geschichte wurden 2013 nur „historisch-kulturelle Standards“ verabschiedet. Der Versuch, eine staatliche Perspektive auf die Geschichte und einheitliche Deutungen zu etablieren, sei vor allem daran gescheitert, so der Historiker Philipp Bürger, dass primär in den beteiligten Institutionen – der Russländischen Historischen Gesellschaft und der Russländischen Akademie der Wissenschaften – kein Konsens in diesen Fragen erzielt werden konnte.¹⁸⁹

Zum Schuljahresbeginn 2023 führte Russland neue verbindliche Lehrbücher für den Geschichtsunterricht an Schulen ein, womit sich Putins lang gehegter Wunsch erfüllt hat. Sie betreffen die Lehrwerke für die Fächer „Geschichte Russlands“ und „Allgemeine Geschichte“ (Weltgeschichte) in den Klassen 10 und 11 und behandeln das 20. und 21. Jahrhundert. Das vom Putin-Regime vertretene Geschichtsbild des 20. Jahrhunderts und die offizielle Rechtfertigung des aktuellen Krieges in der Ukraine schlagen sich nach Einschätzung der Historikerin Ilse Kreutzberg deutlich in diesen Werken nieder. So würden darin der Zerfall des Zarenreiches durch die Oktoberrevolution und die damit einhergehende Zerstörung einer starken Staatsmacht ebenso kritisch bewertet wie die auf die Revolution folgende Nationalitätenpolitik Lenins, die erst die ukrainische Nation geschaffen habe. Stalins Verdienst sei es gewesen, die Nationalitätenpolitik korrigiert zu haben. Eine Lehre aus der Geschichte sei, dass die Einheit Russlands nicht infrage gestellt werden dürfe. Die „Spezialoperation“ in der Ukraine geschehe zur Selbstverteidigung im „Kampf gegen den Faschismus“ in der Ukraine und gegen die Aggression des Westens.¹⁹⁰

Welche Bedeutung die Staatsführung der ideologischen Legitimation des Angriffskrieges gegen die Ukraine beimisst, zeigt sich zudem an einem Bündel von Maßnahmen, das unmittelbar nach Beginn der Vollinvasion 2022 an Schulen und Universitäten eingeführt wurde:

- Geschichte wird nun ab der ersten Klasse unterrichtet und nicht erst ab der fünften Klasse;
- an allen Schulen findet wöchentlich ein Fahnenappell statt, bei dem die Nationalhymne zu singen ist;
- an allen Hochschulen ist der Geschichtsunterricht seit dem 1.9.2023 für Studenten aller Fakultäten obligatorisch. Sie müssen mindestens 144 Stunden absolvieren und einen benoteten Leistungsnachweis ablegen.¹⁹¹

In jeder Schule des Landes finden zudem seit Beginn des Schuljahres 2022 montags in der ersten Stunde nach dem Fahnenappell und dem Singen der Nationalhymne die „Gespräche über Wichtiges“ statt. Auch wenn es nicht als offizielles Schulfach gelte und keine Zensuren vergeben werden, sei es verpflichtend für alle Jahrgangsstufen. Pro Woche gebe es ein Thema, das je nach Alter der Kinder und Jugendlichen behandelt wird. Die Themen seien vielfältig und befassten sich u.a. mit Geografie, Geschichte, Kultur und gesellschaftliche Pflichten. Zum Teil lehnten sie sich an Feiertage an. Dabei wiesen die meisten Themen einen starken oder gar ausschließlichen Bezug zu Russland auf. Die Inhalte für die „Gespräche über Wichtiges“ würden vom russischen

189 Ebenda, S. 177.

190 Ilse Kreutzberg: Russlands großartiges 20. Jahrhundert. Geschichtsbild im Schulbuch. In: Osteuropa, 75. Jg., 5/2025, S. 27-43, hier: S. 28f.

191 Ebenda, S. 29.

Bildungsministerium vorgegeben, konstatieren Margarete Klein und Susan Stewart von der Stiftung Wissenschaft und Politik.¹⁹² Die russische Staatsführung setze zudem darauf, dass patriotische Botschaften Kinder und Jugendliche nicht nur in der Schule, sondern auch im außerschulischen Umfeld erreichen. Seit 2022 sei der finanzielle Umfang der Unterstützung für entsprechende Organisationen und Maßnahmen stark ausgeweitet worden. Zu den wichtigsten neu gegründeten Organisationen gehören die „Freiwilligen des Sieges“ (wolontjory pobedy) sowie die „Jugendarmee“ (junarmija), deren Mitgliederzahlen seit 2022 von einigen Hunderttausend auf offiziell eine Million bzw. 1,8 Millionen im Jahr 2025 wuchsen.¹⁹³

Die „**Freiwilligen des Sieges**“ gingen ursprünglich auf eine 2015 ins Leben gerufene Initiative zurück, die Aktivitäten zur Erinnerung an den 70. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg durchführte. Diese wurde anschließend als Freiwilligenorganisation institutionalisiert. Jugendliche ab 14 Jahren veranstalten Gedenkaktionen, pflegen und restaurieren Kriegsgräber sowie Denkmäler, unterstützen Veteranen und organisieren patriotisch-historische Vorträge und Wettbewerbe. Dabei wird Russlands Geschichte als langer, ruhmreicher Abwehrkampf dargestellt, dessen Helden der heutigen Generation als Vorbild dienen sollen.¹⁹⁴

Während die „Freiwilligen des Sieges“ vor allem der patriotischen Erziehung der Jugend dienen, konzentriert sich die „**Jugendarmee**“ stärker auf paramilitärische Ausbildung. 2016 vom damaligen Verteidigungsminister Sergej Schoigu gegründet, ist sie eng mit dem Militär verwoben. So finanziert das Verteidigungsministerium die „Jugendarmee“ und ernennt deren Kommandeur. Die Maßnahmen konzentrieren sich darauf, Kindern und Jugendlichen zwischen 8 und 18 Jahren nicht nur ein positives Bild der Streitkräfte und Werte wie Opferbereitschaft und Heldenmut zu vermitteln, sondern auch praktische militärische Fähigkeiten.¹⁹⁵

Nach 2022 wurde auf Initiative Putins mit der „**Bewegung der Ersten**“ (dwischenije perwych), eine weitere Großorganisation gegründet. Sie knüpft an die Pioniere der Sowjetzeit an und ist thematisch breiter als die beiden anderen Organisationen aufgestellt. Die „Bewegung der Ersten“ verbindet patriotische Maßnahmen wie das Schmücken von Fenstern an Feiertagen mit aktiver politischer, medialer und kultureller Arbeit. Es werden Treffen mit hochrangigen Politikern abgehalten, wobei Putin persönlich auf Kongressen der Organisation auftritt. Zudem werden paramilitärische Übungen angeboten. Nachdem 2024 800.000 Kinder teilgenommen hatten, sollen es 2025 offiziellen Angaben zufolge 3,1 Millionen gewesen sein.¹⁹⁶

192 Margarete Klein/Susan Stewart: Militärische und patriotische Erziehung in Russland. Kommende Generationen werden auf Regimelinie gebracht. In: SWP-Aktuell 46, Oktober 2025, S. 3, abrufbar unter <https://www.swp-berlin.org/publikation/militaerische-und-patriotische-erziehung-in-russland>

193 Ebenda, S. 5 und 7.

194 Ebenda, S. 5.

195 Ebenda, S. 5.

196 Ebenda, S. 5f.

2.3.2.5. Die geschichtspolitische Rolle und Bedeutung des „Sieges über den Faschismus“ im „Großen Vaterländischen Krieg“

Schon in seiner Antrittsrede als Präsident nach seiner Wahl im Mai 2000 sprach Putin von einer Rückkehr zu einem Russland, in dem die gesamte Geschichte des Landes – so gewaltsam einige Perioden auch gewesen sein mögen – gewürdigt werden müsse. Die russische Bevölkerung solle wissen, wer den russischen Staat „groß und mächtig gemacht hat“.¹⁹⁷ Diese Rückbesinnung hatte zur Folge, dass das sowjetische Erbe für die nationale Identitätsbildung zumindest partiell nutzbar gemacht werden sollte. Neben eher symbolpolitischen Entscheidungen wie der Wiedereinführung der alten sowjetischen Hymne im Jahr 2000 und weiteren Rückgriffen auf die sowjetische Staatssymbolik entwickelte sich der „Sieg über den Faschismus“ im „Großen Vaterländischen Krieg“ zu dem zentralen geschichtspolitischen Bezugspunkt. Unverkennbares Symbol für den Stellenwert, den der „Große Vaterländische Krieg“ heute auf offizieller Ebene genießt, ist die jährliche Militärparade, die aus Anlass des „Tag des Sieges“ am 9. Mai begangen wird. Während der Präsidentschaft Wladimir Putins hat die Parade enorm an Bedeutung gewonnen, nachdem sie Ende der 1980er Jahre nicht mehr stattgefunden und in den 1990er Jahren nur sporadisch, bei wichtigen Jahrestagen, eine Rolle gespielt hatte. Putin hat die Parade, die die militärische Stärke des Landes unterstreichen soll, als jährliches Ereignis wieder eingeführt. Auch die übliche Präsenz hochrangiger russischer Politikerinnen und Politiker sowie Militärs demonstriert deren Bedeutung.¹⁹⁸

Seit einigen Jahren werden die Siegesfeiern durch eine neue Form der Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ ergänzt: das „Unsterbliche Regiment“. Dabei handelt es sich ursprünglich um eine 2012 gestartete gesellschaftliche Gedenkaktion einer privaten Bürgerinitiative im sibirischen Tomsk, bei der Menschen am „Tag des Sieges“ am 9. Mai mit vergrößerten Porträtfotos ihrer Angehörigen, die als Soldaten der Roten Armee am „Großen Vaterländischen Krieg“ teilgenommen haben, durch die Straßen zogen. Seit 2015 nahmen Wladimir Putin und andere hochrangige russische Politikerinnen und Politiker am „Unsterblichen Regiment“ teil und vereinbarten sukzessive die private Initiative für ihre staatliche geschichtspolitische Agenda. Schulen organisieren inzwischen ihre eigenen „Regimenter“, die zumindest teilweise verpflichtend sind. Auch im Ausland wird die Gedenkaktion inzwischen praktiziert.¹⁹⁹

Der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ über das nationalsozialistische Deutschland 1945 reihe sich nicht nur in eine lange Reihe ruhmreicher Siege in der russischen bzw. sowjetischen Geschichte ein, sondern er sei in den geschichtspolitischen Narrativen der russischen Staatsführung „*der Sieg schlechthin*“, wie die Politologin Susan Stewart hervorhebt. „Damit wird er zum Fundament der heutigen russischen nationalen Identität stilisiert, die eng mit Legenden von Heldentum und mit militärischer Macht verbunden ist. Um solche Siege zu erreichen, ist eine Einheit des Staates und des Volkes notwendig, was in der Praxis eine Unterordnung des Volkes

197 Alexa von Winning, Klaus Gestwa: Umkämpfte Geschichte zwischen imperialen Obsessionen und nationalen Traumata. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht in 75 (2024), Heft 3/4, S. 133-147, Zitat: S. 135.

198 Susann Stewart: Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands., a.a.O., S. 23.

199 Ebenda, S. 24; Anna Kim: Mythos des Sieges: Russlands Geschichtspolitik seit 2000, a.a.O., S. 16f.; Julie Fedor: Russlands „Unsterbliches Regiment“. Der Staat, die Gesellschaft und die Mobilisierung der Toten. In: Osteuropa, 67. Jg., 5/2017, S. 61-85.

unter den Staat bedeutet. Wird die offizielle Version der Ereignisse hinterfragt, bedroht dies die nötige Einheit und kommt einem Verrat nahe bzw. gleich.“²⁰⁰

In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass der Umgang mit dem „Großen Vaterländischen Krieg“ auch zu einer teilweisen Rehabilitation des Diktators Josef Stalin geführt habe, was sich u.a. in den Geschichtslehrbüchern ablesen lasse, in denen die Fähigkeiten Stalins als effektiver Manager und Kriegsgewinner hervorgehoben würden. Die mit Stalins Namen verbundenen Massenrepressionen würden zwar nicht grundsätzlich abgestritten, würden aber durch die vermeintlichen Erfolge des Diktators im Bereich der Industrialisierung und den ihm persönlich zugeschriebenen Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ zunehmend relativiert. Beobachterinnen und Beobachter sähen darin eine schleichende Rehabilitierung Stalins, die sich zum Beispiel in der wachsenden Zahl von Stalin-Denkmalen auf staatlichem Gelände in der russischen Provinz manifestiere, konstatiert Susan Stewart von der Stiftung Wissenschaft und Politik.²⁰¹

Neben der innenpolitischen hat der viel beschworene „Sieg über den Faschismus“ im „Großen Vaterländischen Krieg“ auch eine wichtige außenpolitische Komponente, in dem der Triumph im Zweiten Weltkrieg in den geschichtspolitischen Narrativen des Kremls „russifiziert“ und die Ukraine zugleich mit der einseitig überspitzten Thematisierung der Kollaboration von Teilen der ukrainischen Gesellschaft mit der deutschen Besatzungsmacht „nazifiziert“ wird. Das solle die gegenwärtige russische Großinvasion in den ukrainischen Nachbarstaat als fortgesetzten Kampf gegen den Faschismus erscheinen lassen, urteilen die Osteuropahistoriker Alexa von Winning und Klaus Gestwa.²⁰² Aus dem Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ leitet die russische Staatsführung nach Auffassung des Historikers Kai Struve zudem ein Anrecht Russlands auf eine ähnlich herausgehobene Stellung in den internationalen Beziehungen ab, wie sie die Sowjetunion innegehabt hatte, sowie einen historischen Anspruch auf die Vorherrschaft über die Territorien im früheren sowjetischen Machtbereich.²⁰³

200 Susan Stewart: Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands., a.a.O., S. 35.

201 Susan Stewart: Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands, a.a.O., S. 30; in einem ausführlichen Geschichtsessay zum 75. Jahrestag des Weltkriegsendes im Juni 2020 rechtfertigte Putin das Geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt. Er relativierte darin Stalins Rolle, indem er die Schuld an diesem „Teufelspakt der Diktatoren“ europäisierte und vor allem polonisierte. Nachdem, so Putins Lesart, die europäischen Demokratien und Polen immer wieder bemüht gewesen seien, mit der nationalsozialistischen Diktatur politisch ins Geschäft zu kommen, vor allem im Rahmen des Münchener Abkommens 1938, habe sich Stalin gezwungen gesehen, einen temporären Ausgleich mit Hitler zu finden, um Zeit für die dringend benötigte Aufrüstung der sowjetischen Streitkräfte zu gewinnen. (Alexa von Winning, Klaus Gestwa: Umkämpfte Geschichte zwischen imperialen Obsessionen und nationalen Traumata, a.a.O., S. 140, der englischsprachige Text Putins ist abrufbar unter <https://nationalinterest.org/feature/vladimir-putin-real-lessons-75th-anniversary-world-war-ii-162982>)

202 Alexa von Winning, Klaus Gestwa: Umkämpfte Geschichte zwischen imperialen Obsessionen und nationalen Traumata, a.a.O., S. 143.

203 Kai Struve: Der 8./9. Mai 1945 und Russlands Krieg gegen die Ukraine. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 314 (07.05.2025), S. 2-7, hier: S. 4, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/314/8-9-mai-1945-und-russlands-krieg-gegen-die-ukraine/>.

2.3.2.6. Geschichtskommissionen und Erinnerungsgesetze

2009 wurde die „Kommission beim Präsidenten der Russländischen Föderation zur Verhinderung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands“ per Dekret durch den damaligen Präsidenten Dmitri Medwedew gegründet. Unter den 28 Mitgliedern befanden sich neben fünf Historikern hohe Beamtinnen und Beamte der Ministerien, der Sicherheitsdienste und der Präsidialverwaltung. Die Kommission sollte

- 1) Informationen über Fälschungen historischer Fakten und Ereignisse zum Zweck der Herabsetzung des internationalen Ansehens der Russländischen Föderation zusammenfassen und analysieren und dem Präsidenten darüber Bericht erstatten;
- 2) eine Strategie zur Verhinderung von Fälschungen historischer Fakten und Ereignisse zum Nachteil der Interessen Russlands erarbeiten;
- 3) dem Präsidenten Vorschläge über geeignete Maßnahmen zur Verhinderung der Fälschung historischer Fakten und Ereignisse zum Nachteil der Interessen Russlands unterbreiten;
- 4) die Vorschläge von föderalen Behörden und Organisationen zur Verhinderung von Fälschungen historischer Fakten und Ereignisse zum Nachteil der Interessen Russlands prüfen und ihre Tätigkeit koordinieren;
- 5) Empfehlungen zu angemessenen Reaktionen auf Versuche der Fälschung historischer Fakten und Ereignisse und zur Abwendung von deren negativen Konsequenzen erarbeiten.²⁰⁴

Die Kommission hat als Antwort auf vermeintliche Geschichtsfälsifikationen Analysen zu strittigen Fragen des 20. Jahrhunderts vorgelegt und ehemals geheime Archivdokumente, u.a. zu dem Morden von Katyń 1940, publiziert. Im Jahr 2012 wurde die Kommissionsarbeit eingestellt.²⁰⁵

Die russische Regierung hat ihre geschichtspolitischen Narrative durch eine Reihe von Erinnerungsgesetzen rechtlich normiert. 2014 wurde Paragraf 354.1 in das Strafgesetzbuch aufgenommen, der die „Rehabilitierung des Nazismus“ unter Strafe stellt. Er zielt ab:

- 1) Auf die Leugnung von Sachverhalten, die durch ein Urteil des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg festgestellt wurden, auf das Gutheißen von Verbrechen, die durch ein solches Urteil festgestellt wurden, auf die Verbreitung von wissentlich falschen Informationen über das Vorgehen der UdSSR während des Zweiten Weltkriegs; sowie

204 Russland kämpft, Gesetz und Kommission gegen Geschichtsfälscher. In: Osteuropa, 59. Jg., 7-8-2009, S. 273-275, abrufbar unter <https://zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/2741/oe090717.pdf>

205 Anna Kim: Mythos des Sieges: Russlands Geschichtspolitik seit 2000, a.a.O., S. 12.

- 2) auf die Verbreitung despektierlicher Äußerungen über militärische Ruhmestaten, auf die Schändung von Symbolen militärischen Ruhmes wie auch auf die Beleidigung von Kriegsveteranen.²⁰⁶

Die Sanktionen reichen von Geldstrafen bis zu 300.000 Rubel bis zu einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren.²⁰⁷ Im Kontext von Russlands Erinnerungspolitik solle die Gesetzesänderung das offizielle russische Geschichtsnarrativ bekräftigen, das eine sowjetische Beteiligung am Ausbruch des Krieges 1939 und den verbrecherischen Charakter von Stalins Regime leugne, so Andrii Nekoliak und Elizaveta Klochkova in den Russland-Analysen. Eine Untersuchung der Inhalte der 2023 eingeleiteten Strafverfahren zeige, dass bei Paragraph 354.1 statt des Schutzes vor NS-Verherrlichung der Schutz der offiziellen staatlichen Geschichtspolitik im Vordergrund stehe.²⁰⁸

2020 wurde der Kampf gegen die Verfälschung der Geschichte auch in der Verfassung festgeschrieben. Dort heißt es seitdem in Artikel 67: „Die Russische Föderation, geeint durch ihre tausendjährige Geschichte, bewahrt die Erinnerung an die Vorfahren, die uns ihre Ideale und den Glauben an Gott weitergegeben haben, sowie die Kontinuität in der Entwicklung des russischen Staates. Sie erkennt die historisch gewachsene Einheit an. [...] Die Russische Föderation ehrt das Andenken an die Verteidiger des Vaterlandes und trägt Sorge für eine Verteidigung der historischen Wahrheit. Die Herabsetzung der Bedeutung des heldenhaften Einsatzes des Volkes bei der Verteidigung des Vaterlandes ist unzulässig.“²⁰⁹

Im Juni 2021 verabschiedet das russische Parlament ein Gesetz, das es verbietet, die Sowjetunion mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu vergleichen. Darüber hinaus stellt es auch eine Leugnung „der entscheidenden Rolle des sowjetischen Volkes beim Sieg über Nazi-Deutschland sowie der humanitären Mission des UdSSR bei der Befreiung der Länder Europas“ unter Strafe (§ 13.48 des russischen Gesetzbuches über Ordnungswidrigkeiten). Das Verbot bezieht sich auf Äußerungen in der Öffentlichkeit oder in den Medien wie auch auf Posts in sozialen Medien.²¹⁰

206 Andrii Nekoliak, Elizaveta Klochkova: Wie sehr geht es bei der Verfolgung gemäß dem Paragraphen 354.1 des russischen Strafgesetzbuches „Rehabilitierung des Nazismus“ um politische Repressionen? In: Russland-Analysen, Ausgabe 440 (23.09.2023), S. 15-17, hier S. 15, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/russland-analysen/440/strafrechtlichen-verfolgung-von-rehabilitierung-des-nazismus-politische-repressionen/>; Philipp Bürger: Geschichte im Dienst für das Vaterland, a.a.O., S. 297f.

207 Arnd Bauernkämper: Putins Gedächtnispolitik als Waffe. Fälschungen und Verzerrungen der Geschichte im Kampf gegen die Ukraine. In: Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 2023, S. 377-394, hier: S. 388; Dietmar Neutatz: Putins Geschichtspolitikmaschine. Die Russländische Militärhistorische Gesellschaft, a.a.O., S. 163.

208 Andrii Nekoliak, Elizaveta Klochkova: Wie sehr geht es bei der Verfolgung gemäß dem Paragraphen 354.1 des russischen Strafgesetzbuches „Rehabilitierung des Nazismus“ um politische Repressionen?, a.a.O., S. 15.

209 Zitiert nach: Dietmar Neutatz: Putins Geschichtspolitikmaschine. Die Russländische Militärhistorische Gesellschaft, a.a.O., S. 163.

210 Arnd Bauernkämper: Putins Gedächtnispolitik als Waffe, a.a.O., S. 388; Andrii Nekoliak, Elizaveta Klochkova: Wie sehr geht es bei der Verfolgung gemäß dem Paragraphen 354.1 des russischen Strafgesetzbuches „Rehabilitierung des Nazismus“ um politische Repressionen?, a.a.O., S. 15.

2.3.2.7. Putins historische Narrative zur Rechtfertigung des Krieges gegen die Ukraine

Im **Juli 2021** veröffentlichte Wladimir Putin den **Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“**, in dem er ausführlich auf die mehr als 1.000-jährige Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen eingeht. Der Aufsatz eröffnet Einblicke in seine Gedankenwelt, in der sich Sowjetpatriotismus, imperialer und russischer Ethnonationalismus sowie revisionistisches Denken vermischen, so der Osteuropahistoriker Andreas Kappeler.²¹¹ Putins zentrale These laute, dass Russen und Ukrainer ein Volk, eine „geistige Einheit“, seien. Er begründe diese mit historischen Gemeinsamkeiten, die bis zur Kiewer Rus des 10. bis 13. Jahrhunderts zurückreichten, als die Vorfahren der Russen, Ukrainer und Belarussen durch eine gemeinsame Sprache und Religion geeint gewesen seien.²¹² Seine Botschaften verdichtet Putin in drei zentralen Botschaften:

- 1) Es gebe keine nationalstaatlichen Traditionen in der Ukraine;
- 2) schon die Idee von einem ukrainischen Staat sei künstlich und von Polen oder Österreichern Anfang des 20. Jahrhunderts erfunden worden. Heute unterstütze der Westen diese künstliche Vorstellung als Antipode zu Russland, gewissermaßen als „Anti-Russland“;
- 3) die nationalen Grenzen der Ukraine seien ungerechtfertigt gezogen. Der Donbas, die Küste des Asowschen Meeres wie auch die Schwarzmeerregion mit der Krim seien Putin zufolge „angestammtes russisches Territorium“, das der Ukraine von Lenin und den Bolschewiki nur vorübergehend zugesprochen worden sei.²¹³

Mit dem Rückgriff tief in die Geschichte, so der Osteuropahistoriker Andreas Kappeler, stellte Putin die Existenz einer eigenen, unabhängigen Ukraine zur Disposition.²¹⁴ Im zweiten Teil seines Aufsatzes geht Putin auf die politischen Beziehungen zwischen der Russländischen Föderation und der Ukraine seit 1991 ein. Russland habe sich um gute Beziehungen zur Ukraine bemüht. Diese Bemühungen seien jedoch von den USA und der EU mit der von langer Hand geplanten Intention konterkariert worden, die Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen, sie aus den traditionellen engen Bindungen mit Russland zu lösen und damit Russland zu schwächen. Dies sei bereits während der Massenproteste auf dem Majdan vom Winter 2013/2014 offenkundig geworden, als sich die westlichen Mächte offen in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einge-mischt und den Umsturz unterstützt hätten. Dadurch sei die Ukraine zur „Geisel eines fremden

211 Andreas Kappeler: Revisionismus und Drohungen. Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern. In: Osteuropa, 71. Jg., 7/2021, S. 67-76, hier: S. 67.

212 Ebenda, S. 67-70.

213 Sergii Pakhomenko: Geschichte als „Waffe“? Russlands Instrumentalisierung der Erinnerungskultur im Zuge des Angriffskrieges gegen die Ukraine. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 270 (22.06.2022), S. 2-5, hier: S. 3f., abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/270/geschichte-als-waffe-russlands-instrumentalisierung-der-erinnerungskultur-im-zuge-des-angriffskrieges-gegen-die-ukraine/>; Joachim von Puttkamer: Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Putins Kriegsziele in der Ukraine. In: Die Ukraine, Russland und Deutschland 1990/91 bis heute, hrsg. von Sybille Steimacher und Dietmar Süß, Göttingen 2024, S. 187-204, hier: S. 194; Timm Schönfelder: Radikalisierte Geschichte. Putins Propaganda und der Angriff auf die Ukraine. In: Die Ukraine, Russland und Deutschland 1990/91 bis heute, hrsg. von Sybille Steimacher und Dietmar Süß, Göttingen 2024, S. 162-183, hier: S. 170.

214 Andreas Kappeler: Revisionismus und Drohungen, a.a.O., S. 76

geopolitischen Willens“ geworden.²¹⁵ Außerdem erneuert Putin in seinem Aufsatz den Vorwurf, dass radikale neonazistische Kräfte wesentlich die ukrainische Politik beeinflussten, und verbreitet das Schreckensbild, dass die in der Ukraine lebenden ethnischen Russen durch eine gewaltsame Politik der Ukrainisierung zu einem „Identitätswechsel“ gezwungen werden sollten.²¹⁶

In seiner **Rede vom 21. Februar 2022** anlässlich der Anerkennung der „Volksrepubliken“ **Donetsk und Luhansk** durch Russland verschärfte Putin noch einmal den geschichtspolitischen Ton gegenüber der Ukraine. Die „Lenin-Ukraine“, so Putin abfällig über die Sowjetukraine, verdiene ihre Staatsgrenzen nicht eigenen Anstrengungen; auch ihre moderne Entwicklung verdanke sie ausschließlich russischen Errungenschaften. Ihr überhaupt Grenzen gegeben und das so umschriebene Gebiet „Ukrainische SSR“ genannt zu haben, sei ein historischer Fehler der kommunistischen Herrscher gewesen, der den Spaltpilz zwischen Russen und Ukrainern gesät und den ukrainischen „Nazis“ den Weg geebnet habe. Mit diesen Äußerungen habe Putin, so die Osteuropahistorikerin Anna Veronika Wendland, den Weg für weitergehende Forderungen seiner Propagandisten gewiesen, „die unter ‚Entnazifizierung‘ der Ukraine schlichtweg eine ‚Entukrainisierung‘ verstehen und damit wiederum die physische Liquidierung, im glimpflichsten Falle gewaltsame Umerziehung aller Träger der ukrainischen Kultur rechtfertigen.“²¹⁷

In seiner **Rede vom 24. Februar 2022** begründete Russlands Präsident Wladimir Putin den Angriff auf die Ukraine unter anderem damit, dass die Ukraine von „Nazis“ regiert werde,²¹⁸ und erklärte die „Entnazifizierung“ neben der „Entmilitarisierung“ zum wichtigsten russischen Kriegsziel. In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass der Vorwurf, dass die Ukraine von „Nazis“ beherrscht werde, eine jahrzehntelange Tradition aufweist. Er gehe zurück auf das sowjetische Feindbild des „ukrainischen Nationalismus“, das im Kern darin bestanden habe, dass der anti-sowjetische ukrainische Nationalismus von den äußeren Feinden der Sowjetunion gelenkt werde, keine wirkliche Basis im ukrainischen Volk habe und letztlich eine Form des Faschismus sei.²¹⁹ Dieses propagandistische Feindbild habe schon der Legitimierung der sowjetischen Bekämpfung

215 Andreas Kappeler: Revisionismus und Drohungen, a.a.O., S. 73f.; der Osteuropahistoriker Kappeler dazu weiter: „Putins Vorstellung von der Ukraine als ‚Anti-Russland‘ passt in sein bipolares Weltbild eines sowjetisch sozialisierten Geheimdienstlers. Er kann sich nicht vorstellen, dass die ukrainischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von sich aus auf die Straße gingen und mit ihren Demonstrationen einen Machtwechsel erzwangen. Er will nicht glauben, dass es die demokratisch gewählte ukrainische Führung ist, die eine Annäherung an die EU und die NATO anstrebt und nicht die Westmächte.“ (Ebenda, S. 74)

216 Ebenda, S. 74.

217 Anna Veronika Wendland: Zur Gegenwart der Geschichte im russisch-ukrainischen Krieg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 28-29/2022, S. 28-34, Zitat: S. 34, abrufbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krieg-in-europa-2022/510255/zur-gegenwart-der-geschichte-im-russisch-ukrainischen-krieg/>.

218 Schon im März 2014, bei der Annexion der Krim, hatte Putin das Bild einer Ukraine gezeichnet, in der „Nationalisten, Neonazis, Russenhasser und Antisemiten und ihre Hintermänner das Sagen hätten“ und hatte die staatliche Existenz der Ukraine an die Bedingung geknüpft, dass deren Bürger „im eigenen Haus für Ordnung sorgen“. (Rede von Präsident Vladimir Putin zur Eingliederung der Krim in die Russländische Föderation. In: Osteuropa 64 (2014), H. 5-6, S. 87-100, Zitate: S. 90 und 97)

219 Kai Struve: Das sowjetische Feindbild des ukrainischen Nationalismus und Russlands Krieg gegen die Ukraine. In: Der Krieg gegen die Ukraine: Berichte, Positionen, Perspektiven, hrsg. von Jürgen Kähler, Kay Kirchmann, Elżbieta Garza, Elżbieta Kocur, Nicole Wiedenmann, Erlangen 2026, S. 51-65, hier: S. 51.

des ukrainischen bewaffneten Widerstands gegen die Wiedereinnahme der Westukraine im Jahr 1944 gedient, der bis Anfang der 1950er Jahre andauerte, so der Historiker Kai Struve.²²⁰

Die Inszenierung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine folgte nach Auffassung von Klaus Gestwa dem Prinzip einer stetigen Radikalisierung. Die Stigmatisierung der Ukrainer als „faschistisches Tätervolk“ habe einerseits darauf abgezielt, „die Ukraine mit geschichtspolitischen Mitteln international zu diskreditieren“. Andererseits habe „die seit 2014 exzessive, unter Zuhilfenahme sowjetischer Propagandaklischees betriebene Russifizierung des Weltkriegstriumphs und die maßlose Ukrainisierung der NS-Kollaboration“ dazu gedient, „mit dem überlieferten Mythos vom makellosen sowjetischen Antifaschismus die russische Intervention in der Ukraine als Fortsetzung des Kampfes gegen die NS-Barbarei präsentieren und damit legitimieren zu können“.²²¹

3. Literaturverzeichnis

Bachmann, Klaus: Viel Feind, viel Ehr. Geschichtspolitik in Polen. In: Osteuropa, 68. Jg., 3-5/2018, S. 413-434

Balcer, Adam: Die polnische Außenpolitik im Schatten von Geschichte und Identität. In: Polen-Analysen, Ausgabe 353 (25.10.2025), S. 2-6, abrufbar unter <https://laenderanalysen.de/polen-analysen/polen-aussenpolitik-ostpolitik-geschichtspolitik-identitaetspolitik-ukraine/aussenpolitik-geschichte-identitaet/>

Bauernkämper, Arnd: Putins Gedächtnispolitik als Waffe. Fälschungen und Verzerrungen der Geschichte im Kampf gegen die Ukraine. In: Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 2023, S. 377-394

Becker, Anna: Mythos Stalin. Stalinismus und staatliche Geschichtspolitik im postsowjetischen Russland der Ära Putin, Berlin 2016

Bingen, Dieter: Drei Phasen des politischen Umbruchs in Polen. In: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Referate der Tagung des BStU und der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 26.-28.10.1998, hrsg. von Dagmar Unverhau, Münster 1999, S. 19-34

Bingen, Dieter: Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen. In: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Referate der Tagung des BStU und der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 26.-28.10.1998, hrsg. von Dagmar Unverhau, Münster 1999, S. 57-97

220 Ebenda, S. 54; dieser Krieg forderte zehntausende von Opfern auf beiden Seiten. Hunderttausende Ukrainer wurden im Zuge der sowjetischen Aufstandsbekämpfung ins Innere der Sowjetunion deportiert.

221 Klaus Gestwa: Putin, der Cliotherapeut. Überdosis an Geschichte und politisierte Erinnerungskonflikte in Osteuropa. In: Neue Politische Literatur 67 (2022), S.15-53, Zitate: S. 36, abrufbar unter <https://www.neue-politische-literatur.tu-darmstadt.de/article/id/5059/print/>.

Bingen, Dieter: Die deutschpolnischen Beziehungen nach 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6/2005, S. 9-17, abrufbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29248/die-deutsch-polnischen-beziehungen-nach-1945/>

Borodziej, Włodzimierz: Geschichtspolitik in Polen. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011, S. 269-273, abrufbar unter https://www.kommunismusgeschichte.de/fileadmin/user_upload/JHK/2011/20_JHK_2011_Borodziej_S._269_274.pdf

Bredis, Ingmar: Volle Fahrt zurück! Richtungswechsel in der Geschichts- und Identitätspolitik. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 75 (25.05.2010), S.2-6, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/75/volle-fahrt-zurueck-richtungswechsel-in-der-geschichts-und-identitaetspolitik/>

Buchholz, Martin-Paul: Populismus für Opfer und Sieger. Zwei Gedenktage und die ukrainische Geschichtspolitik. In: Gedenktage im Schatten des Populismus, hrsg. von Bettina Degner und Małgorzata Świder, Heidelberg 2022, S. 173-194

Bürger, Philipp: Geschichte im Dienst für das Vaterland. Traditionen und Ziele der russländischen Geschichtspolitik seit 2000, Göttingen 2018

Davies, Franziska: Verdrängen, erinnern, aufarbeiten. Vom Umgang mit Holodomor und Holocaust in der Ukraine. In: Die Ukraine, Russland und die Deutschen. 1990/91 bis heute, hrsg. von Sybille Steinbacher und Dietmar Süß, Göttingen 2024, S. 61-79

Dokumentation: Beschlüsse des Sejm zum Jahrestag der Verbrechen von Wolhynien (2016 und 2023). In: Polen-Analysen, Ausgabe 319 (07.11.2023), S. 9-11, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analysen/319/beschluesse-des-sejm-zum-jahrestag-der-verbrechen-von-wolhynien-2016-und-2023/>

Dudek, Antoni: Die Auseinandersetzung über das Erbe des Kommunismus im heutigen Polen. In: Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 12 (2018/19), S. 11-30

Fedor, Julie: Russlands „Unsterbliches Regiment“. Der Staat, die Gesellschaft und die Mobilisierung der Toten. In: Osteuropa, 67. Jg., 5/2017, S. 61-85

Fenin, Elke: Die Gesellschaft „Memorial“ und die postsowjetische Erinnerungskultur in Russland. In: Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland, hrsg. von Lars Karl und Igor J. Polianski, Göttingen 2009, S. 165-186

Garsztecki, Stefan: Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis in Polen. In: Polen-Analysen, Ausgabe 279 (07.09.2021), S. 2-7, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analysen/279/geschichtspolitik-und-kollektives-gedaechtnis-in-polen/>

Garsztecki, Stefan: Polen, Deutschland und die Reparationen. Der lange Schatten des Zweiten Weltkrieges. In: Osteuropa, 72. Jg., 9–10/2022, S. 58–68

Garsztecki, Stefan: Mühsamer Wiedereinzug der Demokratie – das erste Jahr der Regierung Tusk. In: Polen-Analysen, Ausgabe 335 (15.10.2024), S. 2-8, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analysen/335/muehsamer-wiedereinzug-der-demokratie-das-erste-jahr-der-regierung-tusk/>

Gestwa, Klaus: Putin, der Cliotherapeut. Überdosis an Geschichte und politisierte Erinnerungskonflikte in Osteuropa. In: Neue Politische Literatur 67 (2022), S.15-53, abrufbar unter <https://www.neue-politische-literatur.tu-darmstadt.de/article/id/5059/print/>

Grabowski, Sabine: Vergangenheitsbewältigung in Polen. Dossier und Analyse. In: Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, hrsg. von Helmut König, Michael Kohlstruck, Andreas Wöll, Wiesbaden 1998, S. 261-291

Grabowski, Sabine: Mit den Mitteln des Rechtsstaats. Legislative Aspekte der Vergangenheitsbewältigung in Polen nach 1989, In: Welt-Trends: Zeitschrift für internationale Politik, Nr. 34 (2002), S. 114-126

Hausmann, Guido, Olha Martyniuk: Geschichtspolitik unter der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyj. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 234 (15.05.2020), S. 7-10, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/234/geschichtspolitik-unter-der-praesidentschaft-von-wolodymyr-selenskyj/>

Heinemann, Monika: Politik im Museum – der Kampf um Deutungshoheiten im polnischen Museumsboom. In: Polen-Analysen, Ausgabe 259 (07.07.2020), S. 2-7, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analysen/259/politik-im-museum-der-kampf-um-deutungshoheiten/>

Historischer Hintergrund: Aus dem Untergrund in den Untergrund. Zur Geschichte der Menschenrechtsorganisation Memorial von deren Gründung 1989 bis zu deren Verbot 2021, abrufbar unter <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/memorial/historischer-hintergrund>

Hörbelt, Christian: Eine erinnerungskulturelle Zerreißprobe: Wie das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung ein neues nationalukrainisches Narrativ konstruiert, Ukraine-Analysen, Ausgabe 193, (13.12.2017), S. 11-15, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/193/eine-erinnerungskulturelle-zerreissprobe-wie-das-ukrainische-institut-fuer-nationale-erinnerung-ein-neues-nationalukrainisches/>

Honcarenko, Nadija: Die Erinnerung an den Holodomor in der Ukraine. Vom sowjetischen Vergessen über individuelles Gedenken zur staatlichen Politik. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht in 75 (2024), Heft 3/4, S. 148-163

Hud, Bohdan: Das ukrainisch-polnische Verhältnis. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9/2007, S. 31-38, abrufbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30642/das-ukrainisch-polnische-verhaeltnis/>

Jilge, Wilfried: Holodomor und Nation. Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild, in: Osteuropa, 54. Jg., 12/2004, S. 147-163

Jilge, Wilfried: Nationale Geschichtspolitik während der Zeit der Perestrojka in der Ukraine. In: GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, hrsg. von Helmut Altrichter, München 2006, S. 99-128

Jilge, Wilfried: Geschichtspolitik in der Ukraine. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9/2007, S. 24-30, abrufbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30640/geschichtspolitik-in-der-ukraine/>

Jilge, Wilfried: Von der Perestrojka zur orangefarbenen Revolution. Geschichtspolitik und nationalstaatliche Symbole in der Ukraine. In: Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen, Ukraine, hrsg. von Zdzisław Krasnodębski, Stefan Garsztecki und Rüdiger Ritter, Hamburg 2008, S. 427-468

Jilge, Wilfried: Die Ukraine aus Sicht der „Russkij Mir“. In: Russland-Analysen, Ausgabe 278 (06.06.2014), S. 2-6, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/russland-analysen/278/die-ukraine-aus-sicht-der-russkij-mir/>

Jobst, Kerstin S.: Geschichte der Ukraine, 3., aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Ditzingen 2022

Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine, München 2014

Kappeler, Andreas: Revisionismus und Drohungen. Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern. In: Osteuropa, 71. Jg., 7/2021, S. 67-76

Kappeler, Andreas: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Bonn 2023

Kim, Anna: Mythos des Sieges: Russlands Geschichtspolitik seit 2000, Konrad-Adenauer-Stiftung, Zeitgeschichte Aktuell, Nr. 9/September 2022, Berlin 2022, <https://www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/zeitgeschichte-aktuell/detail/-/content/mythos-des-sieges>

Klein, Margarete, Stewart, Susan: Militärische und patriotische Erziehung in Russland. Kommende Generationen werden auf Regimelinie gebracht. In: SWP-Aktuell 46, Oktober 2025, abrufbar unter <https://www.swp-berlin.org/publikation/militaerische-und-patriotische-erziehung-in-russland>

Klymenko, Lina: Die Politik der Umbenennung: Nationsbildung und Straßennamen in der Ukraine. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 214 (15.03.2019), S. 2-5, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/214/die-politik-der-umbenennung-nationsbildung-und-strassennamen-in-der-ukraine/>

Kolesnikov, Andrej: Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes. In: Osteuropa, 70. Jg., 6/2020, S. 3-28

Kolyagina, Natalia: Offizielles und inoffizielles Gedenken an den sowjetischen Terror in Russland. Die Gesellschaft Memorial im Kontext staatlicher Geschichtspolitik (1989-2022). In: Die

Ukraine, Russland und die Deutschen. 1990/91 bis heute, hrsg. von Sybille Steinbacher und Dietmar Süß, Göttingen 2024, S. 23-41

Kończal, Kornelia: Über den Tellerrand. Dritte in den deutsch-polnischen Beziehungen. In: Osteuropa, 73. Jg., 1–2/2023, S. 97–122

Konieczna-Sałamatin, Joanna: Geschichte und Gegenwart in den polnisch-ukrainischen Beziehungen: In: Polen Analysen, Ausgabe 319 (07.11.2023), S. 2-8, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analysen/319/polenanalysen319.pdf>

Kraft, Claudia: *Pacto de silencio* und *gruba kreska*. Vom Umgang mit Vergangenheit in Transformationsprozessen. In: Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, hrsg. von Katrin Hammerstein, Ulrich Mählert, Julie Trappe, Edgar Wolfrum, Göttingen 2009, S. 97-107

Kreutzberg, Ilse: Russlands großartiges 20. Jahrhundert. Geschichtsbild im Schulbuch. In: Osteuropa, 75. Jg., 5/2025, S. 27-43

Lau, Carola: Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989. Institute für nationales Gedenken im östlichen Europa im Vergleich, Göttingen 2017

Leschnik, Hubert: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Polen 1998-2010, Marburg 2018

Locke, Stefan: Mit Versandbestätigung zurück nach Warschau. In: Frankfurter Allgemeine, 22.06.2026

Locke, Stefan: Selenskyj deeskaliert. Kiew will Archive zu Massakern öffnen, Frankfurter Allgemeine, 20.07.2026, S. 2

Loew, Peter Oliver, Röttger, Julia: Zur Einführung: Ein Museum als Lehrstück – ein Museum als Warnung? In: Paweł Machcewicz: Der umkämpfte Krieg. Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Entstehung und Streit, Wiesbaden 2018, S. VII-XII

Makhotina, Ekaterina: Ein „victim turn“? Gesellschaftliche und staatliche Formen der Opfererinnerung in Russland. In: Totalitarismus und Demokratie, 16 (2019), S. 61-74

Materski, Wojciech: Tsars, Soviets, Putin. A Study of Russia's Politics of History, Berlin/Boston 2024

Merl, Stephan: Die Hungersnot 1932/33 in der Ukraine – ein Völkermord? In: Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 2023, S. 175-198

Myeshkov, Dmytro: Die Geschichtspolitik in der Ukraine seit dem Machtwechsel im Frühjahr 2014. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 149 (15.04.2015), S. 17-21, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/149/die-geschichtspolitik-in-der-ukraine-seit-dem-machtwechsel-im-fruehjahr-2014/>

Myshlovska, Oksana: Regelung der Vergangenheit per Gesetz – Einordnung der ukrainischen „Erinnerungsgesetze“. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 199 (12.04.2018), S. 2-6, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/199/regelung-der-vergangenheit-per-gesetz-einordnung-der-ukrainischen-erinnerungsgesetze/>

Nekliak, Andrii, Klochko, Elizaveta: Wie sehr geht es bei der Verfolgung gemäß dem Paragraphen 354.1 des russischen Strafgesetzbuches „Rehabilitierung des Nazismus“ um politische Repressionen? In: Russland-Analysen, Ausgabe 440 (23.09.2023), S. 15-17, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/russland-analysen/440/strafrechtlichen-verfolgung-von-rehabilitierung-des-nazismus-politische-repressionen/>

Neutatz, Dietmar: Putins Geschichtspolitikmaschine. Die Russländische Militärgeschichtliche Gesellschaft. In: Osteuropa, 72. Jg., 12/2022, S. 143-164

Nijakowski, Lech M.: Die polnische Erinnerungspolitik. In: Polen Jahrbuch 2017 Politik, hrsg. vom Deutschen Polen Institut, Wiesbaden 2017, S. 29-48

Onlineredaktion der Bundeszentrale für politische Bildung: Vor 85 Jahren: Verbrechen von Katyn, „Hintergrund Aktuell“, April 2020, zuletzt aktualisiert am 28.03.2025, abrufbar unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/203716/vor-85-jahren-verbrechen-von-katyn/>

Pachaljuk, Konstantin: Schmierstoff Geschichte. Russlands Kriegs- und Propagandamaschine. In: Osteuropa, 74. Jg., 5/2024, S. 147-166

Pakhomenko, Sergii: Geschichte als „Waffe“? Russlands Instrumentalisierung der Erinnerungskultur im Zuge des Angriffskrieges gegen die Ukraine. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 270 (22.06.2022), S. 2-5, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/270/geschichte-als-waffe-russlands-instrumentalisierung-der-erinnerungskultur-im-zuge-des-angriffskrieges-gegen-die-ukraine/>

Peters, Florian: Roter Mohn statt Rotem Stern. „Entkommunisierung“ der Geschichtskultur in der Ukraine, In: Osteuropa, 66. Jg., 3/2016, S. 59-77

Plath, Tilman: Vom Weg in die vorhersehbare Vergangenheit. Geschichtspolitik in Polen und Russland 2010-2020. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70 (2022), H. 9, S. 744-760

Portnov, Andrii: Der Holodomor als Genozid. Historiographische und juristische Diskussionen: In: Osteuropa, 70. Jg., 1-2/2020, S. 31-49

Portnov, Andrii: Wolhynien-Massaker, veröffentlicht im Rahmen der „Gnose“-Reihe in Kooperation mit dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) am 1. August 2025, abrufbar unter <https://www.dekoder.org/de/gnose/wolhynien-massaker-1943-ukraine-polen/#7bd22a10-ee97-4b91-bf96-375cef1b9f8c>

Puttkamer, Joachim von: Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Putins Kriegsziele in der Ukraine. In: Die Ukraine, Russland und Deutschland 1990/91 bis heute, hrsg. von Sybille Steimacher und Dietmar Süß, Göttingen 2024, S. 187-204

Riefer, Felix: Die Erzählung vom Ende der Sowjetunion als außenpolitischer Referenzpunkt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2017, S. 22-26, abrufbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/248508/die-erzaehlung-vom-ende-der-sowjetunion-als-aussenpolitischer-referenzpunkt/>

Rossoliński-Liebe, Grzegorz: Die Massengewalt der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufständischen Armee. In: Die Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 2023, S. 199-217

Rossoliński-Liebe, Grzegorz: Stepan Bandera. Leben und Kult. Wallstein, Göttingen 2025

Ruchniewicz, Krzysztof: Das polnische Kriegstrauma Katyn: zwischen Instrumentalisierung durch die Kommunisten und Heroisierung der nationalen Opfer durch Polen. In: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 21, Heft 2/2008, S. 268-284, abrufbar unter <https://d-nb.info/1187051624/34>

Ruchniewicz, Krzysztof: Die knifflige Vergangenheit. Geschichtspolitik, innenpolitische Instrumentalisierung und große Debatten in den deutsch-polnischen Beziehungen. In: Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991 bis 2011, hrsg. von Dieter Bingen, Peter Oliver Loew, Krzysztof Ruchniewicz und Marek Zybura, Wiesbaden 2011, S. 128-145

Russland kämpft, Gesetz und Kommission gegen Geschichtsfälscher. In: Osteuropa, 59. Jg., 7-8/2009, S. 273-275, abrufbar unter <https://zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/2741/oe090717.pdf>

Saryusz-Wolska, Magdalena, Stach, Sabine, Stoll, Katrin: Verordnete Geschichte. Nationalistische Narrative in Polen. In: Osteuropa, 68. Jg., 3-5/2018, S. 447-464

Sawicki, Peter: Neustart verschoben. Polen, Deutsche und der Schatten des Krieges. In: Osteuropa, 74. Jg., 11-12/2024, S. 181-194

Scherbakowa, Irina: Memorial unter Druck. In: Osteuropa, 70. Jg., 3/4-2020, S. 215-218

Schmid, Ulrich: Russki Mir, abrufbar unter <https://www.dekoder.org/de/gnose/russki-mir/#38608081-1ec2-4746-b449-38fc4fec71f0>

Schönfelder, Timm: Radikalisierte Geschichte. Putins Propaganda und der Angriff auf die Ukraine. In: Die Ukraine, Russland und Deutschland 1990/91 bis heute, hrsg. von Sybille Steimacher und Dietmar Süß, Göttingen 2024, S. 162-183

Schubert, Christiane, Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern. Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Berlin 2015

Schulze Wessel, Martin, Hrytsak, Yaroslav: Einleitung. In: Hunger als Waffe. Der Holodomor in der Ukraine als Völkermord und europäischer Erinnerungsort, hrsg. von Martin Schulze Wessel und Yaroslav Hrytsak, Leipzig 2024, S. 7-16, abrufbar unter https://www.duhk.org/fileadmin/data_duhk/documents/DUHK_Hunger-als-Waffe_Ebook.pdf

Siebold, Angela: Zwischen Annäherung und Entfremdung. Zur geschichtspolitischen Neukonzeption des deutsch-polnischen Verhältnisses nach 1989. In: Deutschlandarchiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 42. Jg., 4/2009, S. 677-683

Siebold, Angela: Zwischen Kommunismus, Pluralisierung und Populismus. Polen und seine Vergangenheit in der offiziellen Geschichtspolitik vom Kalten Krieg bis in die Gegenwart. In: Gedenktage im Schatten des Populismus, hrsg. von Bettina Degner und Malgorzata Swider, Heidelberg 2023, S. 91-114

Simon, Gerhard: Der Holodomor als Völkermord – Tatsachen und Kontroversen. Referat bei der Tagung „Holodomor 1932-33. Politik der Vernichtung“. Mannheim 2007, abrufbar unter <https://osteuropa.lpb-bw.de/simon-holodomor-als-voelkerm>

Simon, Gerhard: Good Bye, Lenin! Die Ukraine verbietet kommunistische Symbole. In: Osteuropa, 66. Jg., 3/2016, Heft 3, S. 79–94

Stewart, Susann: Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands. Wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst, SWP-Studie 22, Berlin, November 2020, abrufbar unter https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S22_geschichtspolitik_russland.pdf

Struve, Kai: Stepan Bandera: Geschichte, Erinnerung und Propaganda. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 270 (22.06.2022), S. 10-14, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/270/stepan-bandera-geschichte-erinnerung-und-propaganda/>

Struve, Kai: Wolhynien 1943. In Frankfurter Allgemeine, 03.07.2023

Struve, Kai: Der 8./9. Mai 1945 und Russlands Krieg gegen die Ukraine. In: Ukraine-Analysen, Ausgabe 314 (07.05.2025), S. 2-7, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/314/8-9-mai-1945-und-russlands-krieg-gegen-die-ukraine/>

Struve, Kai: Das sowjetische Feindbild des ukrainischen Nationalismus und Russlands Krieg gegen die Ukraine. In: Der Krieg gegen die Ukraine: Berichte, Positionen, Perspektiven, hrsg. von Jürgen Kähler, Kay Kirchmann, Elżbieta Garza, Elżbieta Kocur, Nicole Wiedenmann, Erlangen 2026, S. 51-65

Stryjek, Tomasz: Opfer und Helden – vergangenheitspolitische Strategien der ukrainischen Eliten. In: Geschichtspolitik in Europa nach 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, hrsg. von Etienne François, Kornelia Konczal, Robert Traba und Stefan Troebst, Göttingen 2013, S. 264-297

Stryjek, Tomasz, Konieczna-Salamatin, Joanna: Geschichte und Gegenwart in den polnisch-ukrainischen Beziehungen 1989-2023: In: Polen Analysen, Ausgabe 319 (07.11.2023), S. 2-8, abrufbar unter <https://laender-analysen.de/polen-analysen/319/geschichte-und-gegenwart-in-den-polnisch-ukrainischen-beziehungen-1989-2023/>

Troebst, Stefan: „Geschichtspolitik“. In: Dokupedia-Zeitgeschichte. Begriffe. Methoden und Debatten der zeithistorischen Forschung, 4.8.2014, abrufbar unter <https://docupedia.de/zg/Geschichtspolitik>

Weber, Claudia: „Too closely identified with Dr. Goebbels“. Die Massenerschießungen von Katyn in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs. In: Zeithistorische Forschungen 8 (2011), S. 37-59, abrufbar unter https://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/Druckausgabe/2011-1/ZF_1_2011_37_59_Weber.pdf

Weber, Claudia: Die Massenerschießungen von Katyn, abrufbar unter <https://www.dekoder.org/de/gnose/massenerschiessungen-katyn-aufarbeitung-polen/>

Wehowski, Matthäus: Empörung, Polarisierung und schwierige Versöhnung. Die umstrittene Erinnerung in Polen und der Ukraine an Stepan Bandera und die OUN. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 75 (2024), Heft 3/4, S. 164-179

Weiss-Wendt, Anton: Putin's Russia and the Falsification of History. Reasserting Control over the Past, London, New York, Oxford, New Delhi, Sydney 2020

Wendland, Anna Veronika: Zur Gegenwart der Geschichte im russisch-ukrainischen Krieg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 28-29/2022, S. 28-34, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krieg-in-europa-2022/510255/zur-gegenwart-der-geschichte-im-russisch-ukrainischen-krieg/>

Winning, Alexa von, Gestwa, Klaus: Umkämpfte Geschichte zwischen imperialen Obsessionen und nationalen Traumata. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 75 (2024), Heft 3/4, S. 133-147

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Fragen zur ukrainischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Die Hungersnot in der Ukraine 1932/33 („Holodomor“) sowie die Folgen der Resowjetisierung nach Ende des Zweiten Weltkrieges, WD 1-065/08, Berlin 2008, abrufbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/411750/6631dd7f4c04c6a13165e33295b62733/WD-1-065-08-pdf-data.pdf>

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) während des Zweiten Weltkrieg. Aktuelle Studien zur Beteiligung am Holocaust und an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, WD 1 - 3000 - 022/22, Berlin 2022, abrufbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/908756/a40b294b8006bf7b3fc97b2295007b79/WD-1-022-22-pdf.pdf>

Zabirko, Oleksandr: Russkij mir. Vom kulturellen Konzept zur geopolitischen Ersatzideologie, Bundeszentrale für politische Bildung, 15.06.2023, abrufbar unter <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/522375/russkij-mir/>

Ziemer, Klaus: Der Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg in Polen und im deutsch-polnischen Verhältnis: In: Berliner Debatte Initial 36, 1/2025, S. 102-114